

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1997

MONTAG, 29. SEPTEMBER 1997

Nr. 39

| Seite | Seite | Seite |
|--|--|---|
| <p>Hessisches Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz Ausländerrecht; hier: Härtefallregelung für ausländische Familien und Alleinlebende mit langjährigem Aufenthalt 2910 Funktionszulage für Angestellte im Schreibdienst; hier: Anwendung der Protokollnotizen Nr. 3 und 6 des Teils II Abschnitt N Unterabschnitt I der Anlage 1 a zum BAT 2910</p> <p>Hessisches Ministerium der Finanzen Zuständigkeit für die Festsetzung des Kindergelds und des Ortszuschlags für das künstlerische Personal des Hessischen Staatstheaters Wiesbaden; hier: Übertragung der Zuständigkeit auf die Zentrale Vergütungs- und Lohnstelle Hessen 2910</p> <p>Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst Wahlordnung der Justus-Liebig-Universität Gießen; hier: 12. Novelle 2911</p> <p>Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Abstufung einer Teilstrecke der Landesstraße 3408 zur Gemeindestraße und Aufstufung der Gemeindestraßen Bahnhofstraße, Ringstraße und Zimmerstraße in der Ortslage Birkenau zur Teilstrecke der Landesstraße 3408, Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt 2911 Vollzug der Bautechnischen Prüfungsverordnung; hier: Prüfeningenieure für Baustatik 2912</p> <p>Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit Vollversammlung des Landesjugendhilfeausschusses Hessen 2914 Änderung der Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen Bergbehörde und Landesbevollmächtigten für technische Bahnaufsicht 2914</p> | <p>Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes; hier: Gebühren bei vorläufiger Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft 2914 Verzeichnis der für die Durchführung von Bildungsurlaubsveranstaltungen als geeignet anerkannten Träger 2915</p> <p>Personalnachrichten im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst ... 2925</p> <p>Die Regierungspräsidien DARMSTADT Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Rabensteiner Grund“ vom 2. 9. 1997 2926 Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Neuhofer Heide“ vom 12. 9. 1997 2926 Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 11. 9. 1997 (Bad Homburg v. d. Höhe) 2929 Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 12. 9. 1997 (Nidda) 2929 Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 15. 9. 1997 (Lindensfels) 2929 Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 15. 9. 1997 (Oberursel [Taunus]) 2929 Genehmigung der „Stiftung der Paul-Ehrlich-Gesellschaft für Chemotherapie e. V.“, Sitz Frankfurt am Main ... 2929 Genehmigung der „Forberg-Schneider-Stiftung“, Sitz Frankfurt am Main 2930</p> | <p>Genehmigung der „Stiftung zur Erforschung der Hypercholesterinämie“, Sitz Bad Homburg v. d. Höhe 2930</p> <p>GIESSEN Verordnung über das Naturschutzgebiet „Aschborn und Uderborn bei Rödgen“ vom 4. 9. 1997 2930 Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage Tiefbrunnen „Im Grund“ der Gemeinde Brechen, Ortsteil Werschau, Landkreis Limburg-Weilburg vom 20. 8. 1997 2936 Berichtigung der Änderungsverordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Freiensteinau, Ortsteil Fleschenbach, Vogelsbergkreis, vom 22. 10. 1996 2941 Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 8. 9. 1997 (Weilburg/Lahn) 2941 Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 8. 9. 1997 (Gladenbach) 2941 Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 9. 9. 1997 (Wetzlar) 2941 Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 9. 9. 1997 (Homburg [Ohm]) 2941 Überschwemmungsgebiet im Regierungsbezirk Gießen – Arbeitskarten des Wasserwirtschaftsamtes Marburg ... 2942 Buchbesprechungen 2942 Öffentlicher Anzeiger 2943 Andere Behörden und Körperschaften 2955 Öffentliche Ausschreibungen 2960 Stellenausschreibungen 2961</p> |

Die neunte Folge 1997 der regelmäßig beigelegten, monatlich erscheinenden Beilage

RECHTSPRECHUNG DER HESSISCHEN VERWALTUNGSGERICHTE

ist dieser Ausgabe des Staatsanzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt. Sie kann auch in einem Jahresabonnement zum Preis von 15,- DM plus Versandkosten zuzüglich 7 Prozent Mehrwertsteuer bezogen werden.

Bestellungen richten Sie bitte an:

VERLAG KULTUR UND WISSEN GMBH
MARKTPLATZ 13 · 65183 WIESBADEN · TELEFON 06 11 / 3 60 98-57

**HESSISCHES MINISTERIUM
DES INNERN UND FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ**

1023

Ausländerrecht;

hier: Härtefallregelung für ausländische Familien und Alleinstehende mit langjährigem Aufenthalt

Bezug: Mein Erlaß vom 12. April 1996 (StAnz. S. 1579) sowie Erlaß vom 19. Juli 1996 — II A 4 — 23 d

Da es in der Praxis der Anwendung der Bezugserrlässe zu Unsicherheiten gekommen ist, präzisiere ich gemäß § 32 AuslG den Kreis der begünstigten Personen dahingehend, daß ein vor dem 1. Juli 1990 ohne weitere Familienmitglieder eingereister Asyl- oder Vertriebenenbewerber nicht in den Genuß der Bleiberechtsregelung kommt, wenn erst nach dem 1. Juli 1990 weitere Familienmitglieder ins Bundesgebiet eingereist oder hier geboren sind.

Das Bundesministerium des Innern hat mitgeteilt, daß nur dieses Verständnis der Bleiberechtsregelung von seinem erforderlichen Einvernehmen nach § 32 Satz 2 AuslG gedeckt sei.

Sollten in der Vergangenheit in Abweichung von der nunmehr präzisierten Fassung der Bleiberechtsregelung Aufenthaltsbefugnisse erteilt worden sein, so unterbleibt bei diesen Personen eine Rücknahme der Aufenthaltsgenehmigung. Die erteilten Genehmigungen sind weiter zu verlängern, soweit die übrigen Voraussetzungen der Bleiberechtsregelung von den Personen weiterhin erfüllt werden.

Wiesbaden, 22. August 1997

Hessisches Ministerium des
Innern und für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
II A 4 — 23 d
— Gült.-Verz. 3106 —

StAnz. 39/1997 S. 2910

1024

Funktionszulage für Angestellte im Schreibdienst;

hier: Anwendung der Protokollnotizen Nr. 3 und 6 des Teils II Abschnitt N Unterabschnitt I der Anlage 1 a zum BAT

Bezug: Mein Rundschreiben vom 5. Februar 1987 (StAnz. S. 484)

Dem Beispiel für die Bundesverwaltung folgend hat die Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder beschlossen, an neu eingestellte Angestellte im Schreibdienst die Funktionszulage nach den Protokollnotizen Nr. 3 und 6 des Teils II Abschnitt N Unterabschnitt I der Anlage 1 a zum BAT nicht mehr zu zahlen. Zu diesen Protokollnotizen, die seit 1. Januar 1984 nur noch im Wege tariflicher Nachwirkung fortgelten, hatte ich in dem Bezugsschreiben Grundsätze zur Anwendung nach arbeitsvertraglicher Nebenabrede festgelegt.

Die Ermächtigung zur Vereinbarung der genannten Nebenabrede entsprechend Absatz 2 meines Bezugsschreibens widerrufe ich daher mit Wirkung ab 1. November 1997. In den Arbeitsverträgen mit nach dem 31. Oktober 1997 neu eingestellten Angestellten im Schreibdienst ist zu vereinbaren, daß eine Zulage nach den Protokollnotizen Nr. 3 und 6 zu Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I der Anlage 1 a zum BAT nicht gezahlt wird.

Ansprüche, die auf nachwirkendem Tarifrecht in einem am 31. Oktober 1997 bestehenden Arbeitsverhältnis beruhen, bleiben für die Dauer dieses Arbeitsverhältnisses und unter Anwendung des Bezugsschreibens widerruflich bis auf weiteres erhalten.

Wiesbaden, 9. September 1997

Hessisches Ministerium des
Innern und für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
I B 43 — P 2105 A — 307

StAnz. 39/1997 S. 2910

1025

HESSISCHES MINISTERIUM DER FINANZEN

Zuständigkeit für die Festsetzung des Kindergelds und des Ortszuschlags für das künstlerische Personal des Hessischen Staatstheaters Wiesbaden;

hier: Übertragung der Zuständigkeit auf die Zentrale Vergütungs- und Lohnstelle Hessen (ZVL)

Mit Wirkung vom 1. September 1997 wird im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst die Zuständigkeit für die Festsetzung des Kindergelds und des Ortszuschlags für das künstlerische Personal des Hessischen Staatstheaters Wiesbaden — Kap 15 41 — auf die ZVL übertragen.

Die Übernahmearbeiten sind zwischen den beteiligten Stellen einvernehmlich so rechtzeitig vorzunehmen, daß die ZVL die Zahlung auch künftig pünktlich veranlassen kann.

Ich bitte, entsprechend den Zahlungsbestimmungen für Vergütungen und Löhne vom 7. Dezember 1989 (StAnz. 1990 S. 66) zu verfahren.

Bei diesem Erlaß sind die zuständigen Personalvertretungen beteiligt worden.

Wiesbaden, 15. September 1997

Hessisches Ministerium der Finanzen
O 1953 A — 2/31.E — I A 2 a
StAnz. 39/1997 S. 2910

1026

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Wahlordnung der Justus-Liebig-Universität Gießen;

hier: 12. Novelle

Nach § 21 Abs. 1 Nr. 1 des Hessischen Hochschulgesetzes habe ich die vom 14. Konvent am 9. Juli 1997 beschlossene 12. Novelle zur Änderung und Ergänzung der Wahlordnung der Justus-Liebig-Universität Gießen vom 8. November 1972 (StAnz. S. 2055) mit Erlaß HI 5.1 — 410/03(2) — 317 — vom 14. August 1997 genehmigt. Sie wird nachstehend bekanntgemacht.

Wiesbaden, 8. September 1997

**Hessisches Ministerium für
Wissenschaft und Kunst**
HI 5.1 — 410/03 (2) — 318
StAnz. 39/1997 S. 2911

Beschluß:

Der 14. Konvent der Justus-Liebig-Universität hat am 9. Juli 1997 beschlossen, die „Wahlordnung der Justus-Liebig-Universität Gießen vom 8. November 1972“ (StAnz. S. 2055) — zuletzt geändert durch die 11. Novelle vom 16. April 1997 (StAnz. S. 2287) — durch die 12. Novelle in der folgenden Weise zu ergänzen und zu ändern:

12. Novelle der Wahlordnung der Justus-Liebig-Universität Gießen

Artikel 1

1. § 17 Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:
„Bei den Wahlen zum Konvent bedarf jeder Wahlvorschlag der Unterstützung durch mindestens zehn aktiv Wahlberechtigte aus der jeweiligen Gruppe (Unterstützerliste).“
2. In § 17 Abs. 5 werden nach Satz 4 folgende Sätze 5 und 6 neu angefügt:
„Die Unterstützerlisten werden nach ihrer Einreichung beim Wahlamt vertraulich behandelt. Auskünfte über Unterstützungsunterschriften und -listen dürfen nur dann Behörden, Gerichten und sonstigen amtlichen Stellen erteilt werden, wenn die Auskunft zur Durchführung der Wahl oder eines Wahlprüfungsverfahrens oder zur Aufklärung des Verdachts einer Straftat erforderlich ist.“

Artikel 2

Die 12. Novelle tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Gießen, 22. August 1997

Prof. Dr. E. Eingebrodt
Sitzungsleiter und Mitglied des
Konventsvorstandes

1027

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR UND LANDESENTWICKLUNG

Abstufung einer Teilstrecke der Landesstraße 3408 zur Gemeindestraße und Aufstufung der Gemeindestraßen Bahnhofstraße, Ringstraße und Zimmerstraße in der Ortslage Birkenau zur Teilstrecke der Landesstraße 3408, Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3408 zwischen NK 6418 215 und NK 6418 207
„Brückenstraße/Kreuzgasse“
von km 0,004 (Einmündung B 38) = 0,239 km
bis km 0,243 (Bahnübergang)
von km 0,249 (Bahnübergang) = 0,003 km
bis km 0,252 (Einmündung Bahnhofstraße) gesamt = 0,242 km

haben die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1997 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecken, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Birkenau über (§ 43 HStrG).

2. Die bisherige Teilstrecke der Kreisstraße 13 zwischen NK 6418 217 und NK 6418 218
„Zimmerstraße“
von km 0,003 (Einmündung B 38) = 0,052 km
bis km 0,055 (K 13, Hornbacher Straße)
- wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1997 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG). Sie wird als Landesstraße 3408 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf das Land Hessen über.

3. Die in der Gemeinde Birkenau gelegenen Gemeindestraßen zwischen NK 6418 217 und NK 6418 207
„Zimmerstraße/Ringstraße“
von km 0,055 (Hornbacher Straße) = 0,493 km
bis km 0,548 (Bahnübergang)
„Bahnhofstraße“
von km 0,560 (Bahnübergang) = 0,384 km
bis km 0,944 (Obergasse) gesamt = 0,877 km

werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1997 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG). Sie werden als Landesstraße 3408 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

Die Straßenbaulast für die aufgestuften Strecken geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf das Land Hessen über.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die vorstehend genannte Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht Darmstadt, Neckarstraße 3, 64283 Darmstadt, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erheben. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 10. September 1997

**Hessisches Ministerium
für Wirtschaft, Verkehr und
Landesentwicklung**
V a 52 — 63 a 30 — 1818

StAnz. 39/1997 S. 2911

1028

Vollzug der Bautechnischen Prüfungsverordnung (BauprüfVO);

hier: Prüfsingenieure für Baustatik

Bezug: Erlaß vom 14. Juni 1996 (StAnz. S. 2109)

Das mit Erlaß vom 14. Juni 1996 veröffentlichte Verzeichnis der im Land Hessen anerkannten Prüfingenieure für Baustatik wird durch das aktualisierte als Anlage abgedruckte Verzeichnis vom September 1997 ersetzt.

Der Erlaß vom 14. Juni 1996 wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 8. September 1997

Hessisches Ministerium für
Wirtschaft, Verkehr
und Landesentwicklung
VII a 201 — 64 a 06/03 — 1/97
StAnz. 39/1997 S. 2912

Liste der anerkannten Prüfingenieure für Baustatik im Lande Hessen Stand: September 1997

| | Fachrichtungen: S = Metallbau M = Massivbau H = Holzbau | | |
|---|---|---|---|
| Prof. Dr.-Ing. Klausjürgen Becker Ahornweg 80, 63150 Heusenstamm Tel. 06104/63265 | — | — | H |
| Dipl.-Ing. Hans Bergmann Rheinstraße 66, 65185 Wiesbaden Tel. 0611/39919 | — | M | H |
| Prof. Dr.-Ing. Klaus Berner Neckarstraße 20, 64283 Darmstadt Tel. 06151/1731-0 | S | — | H |
| Dipl.-Ing. Gerold Bernhardt Hanauer Landstraße 287-289, 60314 Frankfurt am Main Tel. 069/94439390 | — | M | — |
| Dr.-Ing. Georg Bretthauer Kloppenheimer Steige 5, 65191 Wiesbaden Tel. 0611/540457 | — | M | H |
| Dipl.-Ing. Hans-Joachim Buckert Mainzer Landstraße 129, 60327 Frankfurt am Main Tel. 069/242318-20 | S | M | H |
| Dipl.-Ing. Otto Deneke Friesenweg 10, 65187 Wiesbaden Tel. 0611/87483, 85872 | — | M | — |
| Dr.-Ing. Ulrich Deutsch Mainzer Landstraße 129, 60327 Frankfurt am Main Tel. 069/242318-40 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Horst Dietz Weilersweg 43, 63628 Bad Soden-Salmünster Tel. 06056/4526 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Marin Dimitroff Ferdinand-Braun-Straße 1, 36093 Künzell Tel. 0661/32015/16 | — | M | — |
| Dr.-Ing. Hans Dieter Eisert Hermannstraße 31, 60318 Frankfurt am Main Tel. 069/95921-440 | S | M | H |
| Dipl.-Ing. Wolfgang Eisfeld Elsässer Straße 12, 34131 Kassel Tel. 0561/32803 | — | M | H |
| Dipl.-Ing. Karl Wilhelm Engelhardt Rathausstraße 8, 35683 Dillenburg Tel. 02771/897811 | S | — | — |
| Dipl.-Ing. Günter Ernst Hilpertstraße 20, 64295 Darmstadt Tel. 06151/8850 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Günther Fahrmann Eberstädter Straße 34, 64319 Pfungstadt Tel. 06157/6026-27 | — | M | — |
| Prof. Dr.-Ing. Ekkehard Fehling Friedrich-Naumann-Straße 23, 34131 Kassel-Wilhelmshöhe Tel. 0561/93766-0, Fax 0561/9376640 | S | M | — |
| Dipl.-Ing. Peter Fischer Kürhessenstraße 95, 60431 Frankfurt am Main Tel. 069/951414-0 | — | M | H |
| Dipl.-Ing. Günter Funcke Friedensstraße 34, 61118 Bad Vilbel Tel. 06101/83011 | — | M | H |
| Dipl.-Ing. Stephan Göhler Theodor-Heuss-Straße 6, 63179 Obertshausen Tel. 06104/9507-0 | — | M | — |
| Dr.-Ing. Franz Gossia Römerstraße 61, 64291 Darmstadt Tel. 06151/376284 | — | M | — |
| Dr.-Ing. Rainer Gräfe Freudenberger Straße 37, 60599 Frankfurt am Main Tel. 069/681713 | — | M | H |
| Prof. Dr.-Ing. Carl-Alexander Graubner Alexanderstraße 31, 64283 Darmstadt Tel. 06151/162144 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Hans-Friedrich Haarmann Auf der Krautweide 30, 65812 Bad Soden Tel. 06196/50670 | — | M | — |
| Prof. Dr.-Ing. Dieter Haberland Kölnische Straße 59, 34117 Kassel Tel. 0561/70713-0 | — | M | H |
| Prof. Dr.-Ing. Jürgen Hagedorn Am Kasimir 9, 35398 Gießen Tel. 06403/4561 | — | M | H |
| Dipl.-Ing. Günther Haggenmüller Südring 14, 63165 Mühlheim am Main Tel. 06108/9112-0 | — | M | — |
| Dr.-Ing. Hanspeter Harries Friedhofstraße 74, 63263 Neu-Isenburg Tel. 06102/3093-0 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Bodo Hensel Kölnische Straße 115-117, 34119 Kassel Tel. 0561/70970 | — | M | — |
| Dr.-Ing. Michael Heunisch Oskar-Sommer-Straße 15-17, 60596 Frankfurt am Main Tel. 069/630008-0 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Rudolf Hofmann Hermannstraße 31, 60318 Frankfurt am Main Tel. 069/95921-317 / Fax 069/95921204 | — | M | — |
| Prof. Dipl.-Ing. Hans-J. Holzapfel Grafenstraße 39, 64283 Darmstadt Tel. 06151/26487 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Hans-Peter Jordan Borsigstraße 10, 65205 Wiesbaden Tel. 06122/2023 / Fax 06122/16737 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Martin Kaiser Louisenstraße 40, 61348 Bad Homburg v. d. Höhe Tel. 06172/67770 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Macit Karakas Luisenstraße 43-45, 63067 Offenbach am Main Tel. 069/8003911 | S | M | — |
| Dr.-Ing. Gerhard Kiefer Hilpertstraße 20, 64295 Darmstadt Tel. 06151/8850 | S | M | H |
| Prof. Dr.-Ing. Steffen Kind Robert-Koch-Straße 30, 65520 Bad Camberg Tel. 06434/6971, Fax 06434/3540 | S | — | — |
| Dr.-Ing. Horst Kinkel Friedhofstraße 74, 63263 Neu-Isenburg Tel. 06102/309310 | — | M | H |
| Dr.-Ing. Hans-Herbert Klein Sophienstraße 48, 60487 Frankfurt am Main Tel. 069/771817-19 / Fax 069/706619 | — | M | — |
| Prof. Dr.-Ing. Gert König Oskar-Sommer-Straße 15-17, 60596 Frankfurt am Main Tel. 069/630008-0 | S | M | H |
| Dipl.-Ing. Hans Kosub Berliner Straße 23, 34233 Fukdatal Tel. 05541/6019 | S | M | H |

| | Fachrichtungen: S = Metallbau M = Massivbau H = Holzbau | | | | Fachrichtungen: S = Metallbau M = Massivbau H = Holzbau | | |
|---|---|---|---|--|---|---|---|
| Prof. Dr.-Ing. Albert Krebs Hilpertstraße 20, 64295 Darmstadt Tel. 06151/8850 | S | M | H | Dr.-Ing. Rolf Pottharst Schleussnerstraße 90, 63263 Neu-Isenburg Tel. 06102/4086 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Raman Kürkchübasche Am Lindenbaum 24, 60433 Frankfurt am Main Tel. 069/511819 | — | M | H | Dipl.-Ing. Henner Rößner Gießener Straße 25, 61118 Bad Vilbel Tel. 06101/64046 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Harry Lachmann Untere Albrechtstraße 17, 65185 Wiesbaden Tel. 0611/374893 | — | M | H | Dipl.-Ing. Lothar Sachmann Liebigstraße 59, 35392 Gießen Tel. 0641/97517-0 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Wilhelm Laux Geleitstraße 76, 63067 Offenbach am Main Tel. 069/816835 | — | M | — | Dr.-Ing. Hellmuth Sassenberg Bürgermeister-Ramspeck-Straße 5, 36304 Alsfeld Tel. 06631/919070 / Fax 06631/919071 | — | M | — |
| Dr.-Ing. Hans-Gerd Lindlar Hilpertstraße 20, 64295 Darmstadt Tel. 06151/885-211 | — | M | — | Dipl.-Ing. Jürgen H. Sattler An der Trift 65, 63303 Dreieich Tel. 06103/80980 | — | M | — |
| Dr.-Ing. Siegfried Liphardt Oskar-Sommer-Straße 15-17, 60596 Frankfurt am Main Tel. 069/630008-0 | — | M | — | Dr.-Ing. Wilhelm Schmaus Martin-Luther-Straße 43, 61118 Bad Vilbel Tel. 06101/85163 | S | M | — |
| Dipl.-Ing. Gottfried Magirius Eibenweg 1, 64569 Nauheim Tel. 06152/61837 | S | — | — | Dipl.-Ing. Lothar Schmidt Gießener Straße 25, 61118 Bad Vilbel Tel. 06101/64069 | — | M | — |
| Prof. Dr.-Ing. Walther Mann Birkenweg 9, 64295 Darmstadt Tel. 06151/3665-0 | — | M | H | Dr.-Ing. Klaus-Dieter Schmidt-Hurtienne Am Alten Rathaus 5, 34253 Lohfelden Tel. 0561/95088-0 | — | M | H |
| Dr.-Ing. Klaus Marten Hermannstraße 31, 60318 Frankfurt am Main Tel. 069/95921-420 / Fax 069/95921204 | — | M | — | Dr.-Ing. Klaus Schneider Oskar-Sommer-Straße 15-17, 60596 Frankfurt am Main Tel. 069/630008-0 | S | M | — |
| Dr.-Ing. Gerhard Maurer Humboldtstraße 20, 34117 Kassel Tel. 0561/103661 | S | M | — | Dr.-Ing. Wilhelm Schulenberg Kiesstraße 62, 64283 Darmstadt Tel. 06151/45032 | — | M | — |
| Prof. Dr.-Ing. Gerhard Mehlhorn Kohlenstraße 53, 34121 Kassel Tel. 0561/24055 | — | M | H | Dr.-Ing. Peter Schwarz Marienburgstraße 27, 64297 Darmstadt Tel. 06151/9415-0 | — | M | — |
| Dr.-Ing. Lothar Mertens Westring 36, 64711 Erbach Tel. 06062/5352 | — | M | — | Dr.-Ing. Heinz Schwing Am Schwimmbad 5, 64347 Griesheim Tel. 06155/64206 | — | M | — |
| Dr.-Ing. Reinhold Meyer Heckerstraße 32, 34121 Kassel Tel. 0561/92878-0 | — | M | — | Dipl.-Ing. Oskar Sint Schillerstraße 1, 37269 Eschwege Tel. 05651/31028 | — | M | H |
| Dr.-Ing. Rainer Möll An der Schleifmühle 6, 64289 Darmstadt Tel. 06151/713051 | S | — | — | Dipl.-Ing. Wolfgang Slomski Am Alten Rathaus 5, 34253 Lohfelden Tel. 0561/95088-0 | — | M | H |
| Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Moosecker Sommerberg 31, 35394 Gießen Tel. 0641/494973 | — | M | — | Dipl.-Ing. Willi Sonnenschein Im Wiesental 5, 34225 Baunatal Tel. 0561/94925-0 | — | M | H |
| Dipl.-Ing. Ewald Müller Bierstadter Straße 4, 65189 Wiesbaden Tel. 0611/999130 | — | M | — | Dipl.-Ing. Heinz Steiger Hilpertstraße 20, 64295 Darmstadt Tel. 06151/885143 / Fax 06151/885118 | — | M | — |
| Dr.-Ing. Thomas Müller Schützenstraße 30 b, 35039 Marburg Tel. 06421/67146 | — | M | H | Prof. Dr.-Ing. Jürgen Stöffler Marburger Straße 13, 64289 Darmstadt Tel. 06151/74016 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Reinhard Münch Albert-Einstein-Straße 34/M16, 63322 Rödermark Tel. 06074/95081 / Fax 06074/94801 | — | M | — | Dipl.-Ing. Peter Strauß Kölnische Straße 115-117, 34119 Kassel Tel. 0561/7097128 / Fax 7097197 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Werner Natusch Konrad-Adenauer-Straße 6, 35781 Weilburg/Lahn Tel. 06471/2603 | — | M | — | Dr.-Ing. Christian Strehl Konrad-Adenauer-Straße 41, 63150 Heusenstamm Tel. 06104/63317 | S | — | — |
| Dr.-Ing. Fritz Nötzold An der Steinkaute 11, 63225 Langen (Hessen) Tel. 06103/21033 | — | M | H | Dipl.-Ing. Wolfgang Then Wilhelm-Busch-Ring 11, 63486 Bruchköbel Tel. 06181/9743-0 | — | M | — |
| Dipl.-Ing. Odd Walter Olsen Steinackerstraße 10, 64285 Darmstadt Tel. 06151/49600 | S | M | H | Prof. Dr.-Ing. Frieder Thiele Elfbuchenstraße 32, 34119 Kassel Tel. 0561/71835 | S | — | — |
| Dipl.-Ing. Wilfried Oswald Schwalbenweg 3, 35435 Wettenberg Tel. 06406/2495 | — | M | — | Dipl.-Ing. Jacek Tomaschewski Am Hahndorn 3, 65529 Waldems Tel. 06126/51564 | S | M | — |
| Dipl.-Ing. Hartmut Paul Savignystraße 55, 60325 Frankfurt am Main Tel. 069/9757340 | — | M | — | Dr.-Ing. Wolfgang Vogel Humboldtstraße 11, 65189 Wiesbaden Tel. 0611/396860 | S | M | — |
| Dipl.-Ing. Herbert Pfeifhofer Ulmenweg 16-18, 61169 Friedberg (Hessen) Tel. 06031/7307-0 | — | M | H | Dr.-Ing. Kurt Wagner Lersnerstraße 22, 60322 Frankfurt am Main Tel. 069/590121 | — | M | — |

| | Fachrichtungen: S = Metallbau M = Massivbau H = Holzbau | | Fachrichtungen: S = Metallbau M = Massivbau H = Holzbau |
|--|---|--|---|
| Dipl.-Ing. Lenz Weber Hügelstraße 2, 60435 Frankfurt am Main Tel. 069/954407-0 | S M H | Prof. Dr.-Ing. Johann-Dietrich Wörner Butzbacher Weg 6, 64289 Darmstadt Tel. 06151/76035 | — M — |
| Prof. Dr.-Ing. Dietger Weischede El-Lissitzky-Straße 1, 64287 Darmstadt Tel. 06151/162136 / Fax 06151/163236 | — M — | Dr.-Ing. Winfried Zeitler Marienburgstraße 27, 64297 Darmstadt Tel. 06151/9415-0 | — M H |
| Dipl.-Ing. Jürgen Weiß Steinackerstraße 10, 64285 Darmstadt Tel. 06151/49600 / Fax 06151/424576 | — M — | Dipl.-Ing. Erich J. Zettl Südhang 30, 35394 Gießen Tel. 0641/45041+42 | — M — |
| Dipl.-Ing. Werner Winges Heidköpfchenweg 5, 36251 Bad Hersfeld Tel. 06621/3939 | — M — | | |

1029

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT

Vollversammlung des Landesjugendhilfeausschusses Hessen

Die nächste öffentliche Vollversammlung des Landesjugendhilfeausschusses Hessen findet am **29. September 1997** im Landratsamt Kassel, Humboldtstraße 22—26, 34117 Kassel, Großer Sitzungssaal, statt. **Sitzungsbeginn ist um 10.00 Uhr.**

Kassel, 9. September 1997

Landesjugendamt Hessen
LJA — L a/52 e 06 39
StAnz. 39/1997 S. 2914

1030

Änderung der Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen Bergbehörde und Landesbevollmächtigten für technische Bahnaufsicht (LfB)

Bezug: Veröffentlichung vom 14. Dezember 1993 (StAnz. 1994 S. 4)

— Satz 1 der Nr. 2 wird wie folgt gefaßt:

„Neuanlagen, Änderungen oder Erweiterungen von Grubenanschlußbahnen bedürfen der eisenbahntechnischen Abnahme durch den LfB; Abnahmen von Neuanlagen, wesentlichen Änderungen und Erweiterungen sind im Beisein der zuständigen Bergbehörde durchzuführen.“

— Nr. 4 erhält folgende Fassung:

„Vor Erlaß oder Änderung von Bergverordnungen, die Vorschriften für Grubenanschlußbahnen enthalten, führt die für das Bergrecht und die Angelegenheiten des Bergbaus zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister das Einvernehmen mit dem LfB herbei.“

— In Nr. 6 Satz 5 werden die Worte „auch nach Einschaltung des Hessischen Oberbergamtes“ gestrichen.

— In Nr. 7 Satz 1 werden die Worte „das zuständige Bergamt“ durch die Worte „die zuständige Bergbehörde“ ersetzt.

Der Erlass ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und tritt mit Wirkung zum 1. Oktober 1997 in Kraft.

Wiesbaden, 8. September 1997

Hessisches Ministerium
für Wirtschaft, Verkehr und
Landesentwicklung
VI a 2 A

Hessisches Ministerium
für Umwelt, Energie, Jugend,
Familie und Gesundheit
IV C 2 — 76 d — 14.01 — 2203/97
— Gült.-Verz. 53 —
StAnz. 39/1997 S. 2914

1031

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR FRAUEN, ARBEIT UND SOZIALORDNUNG

Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG);

hier: Gebühren bei vorläufiger Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft

Der durch das 1. Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes geänderte § 7 AsylbLG sieht Pauschalen bei der Erstattung der Kosten für Unterbringung und Heizung nicht mehr vor. Im § 7 Abs. 1 AsylbLG — n. F. — werden die Länder ermächtigt, Pauschalbeträge festzusetzen oder die zuständige Behörde dazu zu ermächtigen. Durch das Gesetz über die vorläufige Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vom 27. März 1996 wurde die Grundlage geschaffen, um bei Ausländerinnen und Ausländern, die vorläufig in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, für die Unterbringung und bei Inanspruchnahme von Leistungen der Einrichtung Gebühren zu erheben. Die aufgrund des § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die vorläufige Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erlassene Gebührenordnung sieht in ihrem § 1 entsprechende Beträge vor. § 3 des Gesetzes über die vorläufige

Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften schließt derzeit die Anwendung bei Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG aus, so daß die Gebührenordnung nicht ohne eine Bestimmung durch die Landesregierung angewendet werden kann.

Die seit 1. Juni 1997 geltende Rechtslage und sich abzeichnende Schwierigkeiten bei der Umsetzung der geänderten Vorschrift des § 7 AsylbLG erfordern eine vorläufige Regelung. Bis auf weiteres werden daher in Fällen der Kostenerstattung nach § 7 Abs. 1 AsylbLG die Bestimmungen in den §§ 1 und 2 der Gebührenordnung für die vorläufige Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vom 26. August 1996 für entsprechend anwendbar erklärt. Dieser Erlass gilt bis zu einer anderweitigen Regelung.

Wiesbaden, 2. Juli 1997

Hessisches Ministerium für Frauen,
Arbeit und Sozialordnung
IV B 1 A — 50 a — 1428
StAnz. 39/1997 S. 2914

1032

Verzeichnis der für die Durchführung von Bildungsurlaubsanstaltungen als geeignet anerkannten Träger

Hinweis:

Als anerkannt geltende Mitgliedsorganisationen anerkannter Träger sind nur aufgeführt, soweit sie daneben selbst als Träger ausdrücklich anerkannt sind.

Die im nachfolgenden Verzeichnis — Stand: 28. August 1997 — aufgeführten Träger sind im Sinne des Hessischen Bildungsurlaubsgesetzes (§ 9 Abs. 2 und 5) vom 16. Oktober 1984 (GVBl. I S. 261 ff.) anerkannt:

| Lfd. Nr. | Träger |
|----------|--|
| 1 | Akademie der katholischen Landjugend Berner Straße 31 97084 Würzburg Tel.: 0931/6677895 Fax.: 0931/6677896 |
| 2 | Akademie des Handwerks Bockenheimer Landstraße 21 60325 Frankfurt am Main Tel.: 069/710001-61/62 Fax.: 069/722690 |
| 3 | Akademie für Erwachsenenbildung des Hessischen Volksschulverbandes GmbH Schulstraße 2 34471 Volkmarsen Tel.: 05693/98950 Fax.: 05693/989520 |
| 4 | Akademie für Kommunalpolitik in Hessen Leberberg 4 65193 Wiesbaden Tel.: 0611/523044 Fax.: 0611/520740 |
| 5 | Akademie für Motopädagogik Mototherapie des Aktionskreises Psychomotorik e.V. Kleiner Schratweg 32 32657 Lemgo Tel.: 05261/970971 Fax.: 05261/970972 |
| 6 | Arbeit und Leben Landesarbeitsgemeinschaft Bayern e.V. Bayerstraße 77 A 80335 München Tel.: 089/539345 Fax.: 089/5389716 |
| 7 | Arbeit und Leben Landesarbeitsgemeinschaft Hessen Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77 60329 Frankfurt am Main Tel.: 069/2428447 Fax.: 069/27300555 |
| 8 | Arbeit und Leben Landesarbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz e.V. Walpodenstraße 10 55116 Mainz Tel.: 06131/234491 Fax.: 06131/225543 |
| 9 | Arbeitnehmerbildungsstätte Retzbach Benediktushöhe Retzbach e.V. Benediktushöhe 1 97225 Zellingen-Retzbach Tel.: 09364/80980 Fax.: 09364/6276 |
| 10 | Arbeitsgemeinschaft Umweltkontrolle e.V. (ARGUK) Fritz-Kalle-Straße 38-40 65187 Wiesbaden Tel.: 0611/801074 Fax.: 0611/807886 |
| 11 | Arbeitsgemeinschaft der Jugendwerke evangelischer Freikirchen in Hessen c/o Herrn Klaus Stumpfer Licher Straße 107 35394 Gießen Tel.: 0641/43164 |
| 12 | Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung e.V. Bleichstraße 5-7 63065 Offenbach am Main Tel.: 069/821888 Fax.: 069/821116 |
| 13 | BUNDjugend Kelsterbacher Straße 28 64546 Mörfelden-Walldorf Tel.: 06105/44041 Fax.: 06105/44691 |
| 14 | Berufsbildungswerk für Versicherungswissenschaft in Hessen e.V. Postfach 16 60 61406 Oberursel (Taunus) Tel.: 06171/66-3169 Fax.: 06171/662255 |
| 15 | Bildungsstätte des Deutschen Gartenbaus e.V. Gießener Straße 47 35305 Grünberg Tel.: 06401/91010 Fax.: 06401/910191 |
| 16 | Bildungswerk Hessen Metall e.V. Bildungshaus Bad Nauheim Metallindustrie e.V. Parkstraße 17 61231 Bad Nauheim Tel.: 06032/948-0 Fax.: 06032/948-173 |
| 17 | Bildungswerk Springen e.V. Am Geisberg 65321 Heidenrod-Springen Tel.: 06124/519124 Fax.: 06124/519184 |
| 18 | Bildungswerk der Arbeiterwohlfahrt Hessen e.V. Tannenweg 56 35394 Gießen Tel.: 0641/4019-255/56 Fax.: 0641/4019-254 |
| 19 | Bildungswerk der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft im Lande Hessen e.V. Bockenheimer Landstraße 72 60323 Frankfurt am Main Tel.: 069/729516 Fax.: 069/172066 |
| 20 | Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e.V. Emil-von-Behring-Straße 4 60439 Frankfurt am Main Tel.: 069/95808-0 Fax.: 069/95808259 |
| 21 | Bildungswerk des Landessportbundes Hessen e.V. Otto-Fleck-Schneise 4 60528 Frankfurt am Main Tel.: 069/6789-112/220 Fax.: 069/6789-306 |
| 22 | Bildungswerk für Paddel-, Bewegungs- und Reisekultur e.V. Obergasse 15 65428 Rüsselsheim Tel.: 06142/34900 Fax.: 06142/31559 |
| 23 | Bildungszentrum Oberjosbach Bildung und Beruf e.V. An der Eiche 12 65527 Niedernhausen Tel.: 06127/90560 Fax.: 06127/78959 |

| Lfd. Nr. | Träger | Lfd. Nr. | Träger |
|----------|---|----------|--|
| 24 | Bund Deutscher Pfadfinder-Innen e.V. im Bund Demokratischer Jugend Landesverband Hessen e.V. Baumweg 10 60316 Frankfurt am Main Tel.: 069/431076 Fax.: 069/4059595 | 36 | DGB-Bildungswerk Hessen e.V. Gemeinnütziges Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77 60329 Frankfurt am Main Tel.: 069/273005-61 Fax.: 069/273005-55 |
| 25 | Bund der Deutschen Kath. Jugend Landesstelle Hessen Roßmarkt 12 65549 Limburg a. d. Lahn Tel.: 06431/295370 Fax.: 06431/295395 | 37 | DGB-Bildungswerk e.V. Hans-Böckler-Straße 39 40476 Düsseldorf Tel.: 0211/4301-258 Fax.: 0211/4301-500 |
| 26 | Bund der Kaufmannsjugend im DHV Landesjugendführung Hessen Fahrgasse 4 60311 Frankfurt am Main Tel.: 069/280204 Fax.: 069/280468 | 38 | Deutsche Beamtenbund-Jugend Hessen Landesjugendleitung Sellerstraße 15 60313 Frankfurt am Main Tel.: 069/281410 Fax.: 069/282799 |
| 27 | Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder Landesverband Hessen Königsteiner Straße 33 61476 Kronberg im Taunus Tel.: 06173/78673 Fax.: 06173/4705 | 39 | Deutsche Angestellten-Gewerkschaft Landesverband Hessen Bockenheimer Landstraße 72-74 60323 Frankfurt am Main Tel.: 069/719116-0/34 Fax.: 069/71911660 |
| 28 | Bund kultureller Jugend Heinrich-Heine-Straße 25 35091 Cölbe Tel.: 06421/81303 | 40 | Deutsche Angestellten-Gewerkschaft Landesverband Hessen/ Landesjugendleitung Bockenheimer Landstraße 72-74 60323 Frankfurt am Main Tel.: 069/719116-16/17 Fax.: 069/71911660 |
| 29 | Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V. Raiffeisenstraße 18 35043 Marburg Tel.: 06421/491-0 Fax.: 06421/491-167 | 41 | Deutsche Jugend in Europa Landesverband Hessen e.V. Gesamteuropäische Bildungsstätte 36163 Poppenhausen (Wasserkuppe) Tel.: 06658/919000 Fax.: 06658/919002 |
| 30 | DAG-Bundesbildungszentrum Walsrode Sunderstraße 77 29664 Walsrode Tel.: 05161/979-0 Fax.: 05161/979-562 | 42 | Deutsche Lebensrettungsgesellschaft e.V. Landesjugendsekretariat Hessen Bertramstraße 12 65185 Wiesbaden Tel.: 0611/301231 Fax.: 0611/309006 |
| 31 | Burckhardtthaus Evangelisches Institut für Jugend- und Sozialarbeit e.V. Herzbachweg 2 63571 Gelnhausen Tel.: 06051/89-0/-212 Fax.: 06051/89240 | 43 | Deutsche Stenografenjugend Auf der Heide 12 35510 Butzbach Tel.: 06447/7406 |
| 32 | CENTRO CULTURALE „Italkontakt e.V.“ Am Brachfelde 14 37077 Göttingen Tel.: 0551/24718 Fax.: 0551/25262 | 44 | Deutsche Waldjugend Landesverband Hessen e.V. Hersfelder Straße 25 34626 Neukirchen/Knüllgebirge Tel.: 06694/7000 Fax.: 06694/6962 |
| 33 | CENTRO DI CULTURA FORMAZIONE Bildungswerk e.V. Kronberger Straße 28 60323 Frankfurt am Main Tel.: 069/723928 Fax.: 069/724920 | 45 | Deutsche Wanderjugend Landesverband Hessen St.-Peray-Straße 7 64823 Groß-Umstadt Tel.: 06078/74812 Fax.: 06078/74813 |
| 34 | Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Landesverband Hessen Frankfurter Straße 6 65189 Wiesbaden Tel.: 0611/86061 Fax.: 0611/373611 | 46 | Deutscher Beamtenbund Landesbund Hessen Goetheplatz 7 60313 Frankfurt am Main Tel.: 069/281780 Fax.: 069/282946 |
| 35 | Christliche Gewerkschaft Metall Landessekretariat Hessen Darmstädter Straße 67 65428 Rüsselsheim Tel.: 06142/63169 Fax.: 06142/61787 | 47 | Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. Bundesverband Hauptstraße 392 65760 Eschborn Tel.: 06173/65086 Fax.: 06173/61644 |

| Lfd. Nr. | Träger | Lfd. Nr. | Träger |
|----------|---|----------|--|
| 48 | Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Hessen Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77 60329 Frankfurt am Main Tel.: 069/2730050 und die ihm angeschlossenen Bezirksleitungen der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften | 60 | Evangelisches Landesjugendpfarramt Kurahessen Waldeck (Mitglied der Ev. Jugend in Hessen, Darmstadt) Wilhelmshöher Allee 330 34131 Kassel Tel.: 0561/9378341 Fax.: 0561/9378409 |
| 49 | Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Hessen Abteilung Jugend Wilhelm-Leuschner-Straße 69—77 60329 Frankfurt am Main Tel.: 069/273005-56/57 | 61 | Fachhochschule Frankfurt am Main Referat Weiterbildung Nibelungenplatz 1 60318 Frankfurt am Main Tel.: 069/1533-2778 Fax.: 069/15332749 |
| 50 | Deutsches Institut für Erwachsenenbildung Hansaallee 150 60320 Frankfurt am Main Tel.: 069/95626-0 Fax.: 069/95626174 | 62 | Familien-Bildungsstätte der Stadt Darmstadt Frankfurter Straße 71 64293 Darmstadt Tel.: 06151/1330-30 Fax.: 06151/1332-60 |
| 51 | Deutsches Institut für Betriebswirtschaft e.V. Friedrichstraße 10-12 60323 Frankfurt am Main Tel.: 069/971650 Fax.: 069/9716525 | 63 | Forschungs- und Informationsstelle beim Bund deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) e.V. Gisselberger Straße 7 35037 Marburg Tel.: 06421/15627 Fax.: 06421/24654 |
| 52 | Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Hessen e.V. Abraham-Lincoln-Straße 7 65189 Wiesbaden Tel.: 0611/7909-51/52 Fax.: 0611/701099 | 64 | Frankfurter Frauenschule Verein SFBF e.V. Hohenstaufenstraße 8 60327 Frankfurt am Main Tel.: 069/745674 Fax.: 069/740842 |
| 53 | Europa-Schule Rhein-Main-Schule Dr. Obermayr Bierstädter Straße 15 65189 Wiesbaden Tel.: 0611/991380 Fax.: 0611/9913899 | 65 | Frankfurter Jugendring Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Jugendverbände Hansaallee 150 60320 Frankfurt am Main Tel.: 069/5600010 Fax.: 069/56000170 |
| 54 | Europa-Union Deutschland Landesverband Hessen e.V. Arthur-Zitscher-Straße 4 63065 Offenbach am Main Tel.: 069/882668 Fax.: 069/880215 | 66 | Franziskanisches Bildungswerk e.V. Niederwaldstraße 1 63538 Großkrotzenburg Tel.: 06186/200810 Fax.: 06186/200817 |
| 55 | Evangelische Altenhilfe Gesundbrunnen e.V. Gesundbrunnen 12 34369 Hofgeismar Tel.: 05671/882248 Fax.: 05671/882259 | 67 | Französisches Sprachatelier e.V. Martin-Luther-Straße 8 60316 Frankfurt am Main Tel.: 069/4930422 |
| 56 | Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Klubarbeit e.V. Kurt-Schumacher-Straße 14 51145 Köln Tel.: 069/591346 Fax.: 069/552676 | 68 | Frauen Notruf für den Wetteraukreis Schillerstraße 37 63667 Nidda Tel.: 06043/4471 |
| 57 | Evangelische Landesorganisation für Erwachsenenbildung in Hessen Geschäftsstelle Pallaswiesenstraße 63 64293 Darmstadt Tel.: 06151/859716 Fax.: 06151/859721 | 69 | Frauen-Softwarehaus e.V. Hohenstaufenstraße 8 60327 Frankfurt am Main Tel.: 069/7411404 Fax.: 069/7410671 |
| 58 | Evangelische Medienakademie/cpa Im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. Emil-von-Behring-Straße 3 60439 Frankfurt am Main Tel.: 069/58098-161 | 70 | Frauenzentrum Bockenheim Ludolfusstraße 3 60487 Frankfurt am Main Tel.: 069/708528 Fax.: 069/7078361 |
| 59 | Evangelischer Fachverband für Kranken- und Sozialpflege e.V. Wilhelmshöher Straße 34 60389 Frankfurt am Main Tel.: 069/4704-215 Fax.: 069/4704-215 | 71 | Frauenzentrum Friedberg e.V. Kaiserstraße 164 61169 Friedberg (Hessen) Tel.: 06031/2511 |
| | | 72 | Friedrich-Ebert-Stiftung Abteilung Akademie der politischen Bildung Godesberger Allee 149 53175 Bonn Tel.: 0228/8830 Fax.: 0228/883695 |

| Lfd. Nr. | Träger | Lfd. Nr. | Träger |
|----------|---|----------|--|
| 73 | GENI Gestalt Education Network Institut für Gestalt Bildung e.V. Oberweg 54 60318 Frankfurt am Main Tel.: 069/559867 Fax.: 069/1640748 | 87 | Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie e.V. Niddastraße 64 60329 Frankfurt am Main Tel.: 069/231090 Fax.: 069/239478 |
| 74 | Gesellschaft für Politische Bildung e.V. Akademie Frankenwarte Postfach 55 80 97005 Würzburg Tel.: 0931/8046414 Fax.: 0931/8046444 | 88 | Hessische Heimvolkshochschule Burg Fürsteneck e.V. Volkshochschule Fürsteneck e.V. Am Schloßgarten 3 36132 Eiterfeld Tel.: 06672/9202-0 Fax.: 06672/9202-30 |
| 75 | Gesellschaft für Wirtschaftskunde Martin-Luther-King-Straße 1 63401 Hanau Tel.: 06181/997520 Fax.: 06181/9975111 | 89 | Hessische Jugendbildungsstätte Dietzenbach Jugendbildungsstätte des Landes Hessen Offenthaler Straße 75 63128 Dietzenbach Tel.: 06074/853912 Fax.: 06074/853929 |
| 76 | Gesellschaft für interkulturelle Bildung und Supervision e.V. Hans-Thoma-Straße 5 60596 Frankfurt am Main Tel.: 069/597 2760 | 90 | Hessische Jugendfeuerwehr - Geschäftsstelle - Umgehungsstraße 15 35043 Marburg Tel.: 06421/43631 Fax.: 06421/43743 |
| 77 | Gesellschaft zur Förderung der Literatur und Kultur türkischsprachiger Völker Merianstraße 27 60316 Frankfurt am Main Tel.: 069/438138 Fax.: 069/436154 | 91 | Hessische Landeszentrale für politische Bildung Rheinbahnstraße 2 65185 Wiesbaden Tel.: 0611/99197-0 Fax.: 0611/99197-44 |
| 78 | Gestalt-Institut e.V. Wilhelm-Hauff-Straße 5 60325 Frankfurt am Main Tel.: 069/740699 Fax.: 069/748722 | 92 | Hessische Landjugend Landesverband Tanusstraße 151 61381 Friedrichsdorf Tel.: 06172/7106-127 Fax.: 06172/710610 |
| 79 | Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands Hauptvorstand Beethovenstraße 12-16 60325 Frankfurt am Main Tel.: 069/75360 | 93 | Hessische Landvolk-Hochschule Verein für Landvolkbildung e.V. Lochmühlenweg 3 61381 Friedrichsdorf Tel.: 06172/7106121 Fax.: 06172/7106313 |
| 80 | Grüne und Alternative in den Kommunalvertretungen Hessen e.V. GAK Hessen Frankfurter Straße 48 35037 Marburg Tel.: 06421/15856 Fax.: 06421/14721 | 94 | Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Leimenrode 29 60322 Frankfurt am Main Tel.: 069/959104-0 Fax.: 069/558481 |
| 81 | Handwerkskammer Mannheim B1, 1 - 2 68159 Mannheim Tel.: 0621/18002-0 | 95 | Hessischer Jugendring Arbeitsgemeinschaft Hessischer Jugendverbände e.V. Bismarckring 23 65183 Wiesbaden Tel.: 0611/990830 Fax.: 0611/9908360 |
| 82 | Handwerkskammer Wiesbaden Bahnhofstraße 63 65185 Wiesbaden Tel.: 0611/1360 Fax.: 0611/136155 | 96 | Hessischer Verwaltungsschulverband Der Verbandsvorsteher Kiesstraße 5 - 15 64283 Darmstadt Tel.: 06151/49820 Fax.: 06151/498260 |
| 83 | Haus der Gewerkschaftsjugend DGB-Bundesjugendbildungszentrum Königsteiner Straße 29 61440 Oberursel im Taunus Tel.: 06171/5903-0 Fax.: 06171/5903-27 | 97 | Hessischer Volkshochschulverband Winterbachstraße 38 60320 Frankfurt am Main Tel.: 069/560008-0 Fax.: 069/560008-10 |
| 84 | Heimvolkshochschule Gensungen Heiligenbergstraße 25 34587 Felsberg-Gensungen Tel.: 05662/2101 | 98 | Hessisches Fortbildungswerk für soziale Fachkräfte Blücherstraße 68 65195 Wiesbaden Tel.: 0611/944740 Fax.: 0611/9447411 |
| 85 | Heinrich-Pesch-Haus Bildungszentrum Ludwigshafen e.V. Frankenthaler Straße 229 67059 Ludwigshafen/Rhein Tel.: 0621/5999-0 Fax.: 0621/517225 | 99 | Hessisches Landesamt für Regional- entwicklung und Landwirtschaft Frankfurter Straße 69 35578 Wetzlar Tel.: 06441/92890 |
| 86 | Hessische Akademie für Bürowirtschaft e.V. Kastanienstraße 4 61352 Bad Homburg v. d. Höhe Tel.: 06172/459225 Fax.: 06172/459225 | | |

| Lfd. Nr. | Träger | Lfd. Nr. | Träger |
|----------|---|----------|--|
| 100 | Hochtaunuskreis Der Kreisausschuß Kreisvolkshochschule Oberhöchstadter Straße 7 61440 Oberursel (Taunus) Tel.: 06171/584800 Fax.: 06171/584810 | 112 | Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hessen Geschäftsstelle Nord Lilienthalstraße 3 34123 Kassel Tel.: 0561/5077454 Fax.: 0561/5077453 |
| 101 | IG Metall Vorstand Lyoner Straße 32 60528 Frankfurt am Main Tel.: 069/6693-2404 Fax.: 069/6693-2843 | 113 | Junge Liberale Landesverband Hessen Bleichstraße 36 35390 Gießen Tel.: 0641/970428 Fax.: 0611/307613 |
| 102 | Institut Francais Jordanstraße 7 60486 Frankfurt am Main Tel.: 069/778001 Fax.: 069/779074 | 114 | Junge Union Deutschlands Landesverband Hessen Frankfurter Straße 6 65189 Wiesbaden Tel.: 0611/379097 Fax.: 0611/371020 |
| 103 | Institut für Forschung und Management e.V. Moltkestraße 21 76829 Landau Tel.: 06341/81475 Fax.: 06341/906200 | 115 | Jungsozialisten in der SPD Landesverband Hessen Fischerfeldstraße 7-11 60311 Frankfurt am Main Tel.: 069/29988836 Fax.: 069/287227 |
| 104 | Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) e.V. Sozialpädagogik Gemeinnütziger Verein e.V. Am Stockborn 5 - 7 60439 Frankfurt am Main Tel.: 069/957890 Fax.: 069/95789190 | 116 | Kanu- und Naturfreunde Frankfurt und Umgebung c/o Obergasse 15 65428 Rüsselsheim Tel.: 06142/3 49 00 |
| 105 | Institut für berufliche und politische Bildung e.V. Postfach 12 34 61191 Rosbach v. d. Höhe Tel.: 05692/1807 | 117 | Karl-Hermann-Flach Stiftung e.V. Marktplatz 13 65183 Wiesbaden Tel.: 0611/39891 Fax.: 0611/374664 |
| 106 | Internationaler Bund für Sozialarbeit, Jugendsozialwerk e.V. Jugendbildung Hessen II Linkstraße 39 65933 Frankfurt am Main Tel.: 069/388890 | 118 | Katholische Landesarbeits- gemeinschaft für Erwachsenen- bildung in Hessen e.V. Postfach 13 55 65533 Limburg an der Lahn Tel.: 06431/295349 Fax.: 06431/295437 |
| 107 | Internationaler Bund für Sozialarbeit, Jugendsozialwerk e.V. Jugendbildung Hessen I Ehrlhaltener Straße 11-13 65779 Kelkheim Tel.: 06198/573418 Fax.: 06198/573444 | 119 | Katholischer Berufsverband für Pflegeberufe e.V. Kaiserstraße 42 55116 Mainz Tel.: 06131/232349 Fax.: 06131/227149 |
| 108 | Jugenddorf Bildungszentrum Rheinpfalz - Sozialpädagogisches Institut im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. Amtsstraße 27-29 67292 Kirchheimbolanden Tel.: 06352/4114 Fax.: 06352/1799 | 120 | Kolping-Bildungswerk Landesverband Hessen e.V. Lange Straße 26 60311 Frankfurt am Main Tel.: 069/281937 Fax.: 069/20895 |
| 109 | Jugendhof Dörnberg Jugendbildungsstätte des Landes Hessen 34289 Zierenberg Tel.: 05606/8780 Fax.: 05606/87811 | 121 | Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Politische Bildung Frauenbergstraße 19 35039 Marburg Tel.: 06421/43940 Fax.: 06421/46800 |
| 110 | Jugendrotkreuz Hessen im Deutschen Roten Kreuz Landesverband Hessen Abraham-Lincoln-Straße 7 65189 Wiesbaden Tel.: 0611/790951 Fax.: 0611/701099 | 122 | Kreis Bergstraße Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Gräffstraße 5 64646 Heppenheim Tel.: 06252/15704/05 Fax.: 06252/15767 |
| 111 | Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hessen Geschäftsstelle Süd Borsigallee 19 60388 Frankfurt am Main Tel.: 069/42009210 Fax.: 069/42009219 | 123 | Kreis Bergstraße Der Kreisausschuß Volkshochschule Laudenbacher Tor 4 64646 Heppenheim Tel.: 06252/15438 Fax.: 06252/4099 |
| | | 124 | Kreis Groß-Gerau Der Kreisausschuß Kreisvolkshochschule Wilhelm-Seipp-Straße 4 64521 Groß-Gerau Tel.: 06152/989442 Fax.: 06152/989446 |

| Lfd. Nr. | Träger | Lfd. Nr. | Träger |
|----------|--|----------|--|
| 125 | Kreis Offenbach am Main Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Frankfurter Straße 74a 63067 Offenbach am Main Tel.: 069/8068-886 Fax.: 069/8068-888 | 137 | Landeshauptstadt Wiesbaden Amt für Soziale Arbeit Kommunales Jugendbildungswerk Postfach 39 20 65029 Wiesbaden Tel.: 0611/312672 Fax.: 0611/313952 |
| 126 | Kreis Offenbach Der Kreisausschuß Kreivolkshochschule Postfach 10 11 63 63011 Offenbach am Main Tel.: 069/8068-566/570 Fax.: 069/8068-567 | 138 | Landesverband der Ev. Jugend in Hessen Elisabethenstraße 51 64283 Darmstadt Tel.: 06151/175428 Fax.: 06151/175429 |
| 127 | Kreisausschuß des Landkreises Limburg-Weilburg - Jugendamt - Postfach 15 52 65535 Limburg a. d. Lahn Tel.: 06431/296350 Fax.: 06431/296444 | 139 | Landesverband der Jugendbünde für Entschiedenes Christentum Oberhessen/Saar Bildungsarbeit Am Scheid 4 35447 Reiskirchen Tel.: 06408/62939 |
| 128 | Kreisstadt Korbach Der Magistrat Kommunales Jugendbildungswerk Kirchstraße 20 34497 Korbach Tel.: 05631/53-338 Fax.: 05631/53200 | 140 | Landesärztekammer Hessen Akademie für ärztliche Fort- und Weiterbildung Carl-Oelemann-Weg 7 61231 Bad Nauheim Tel.: 06032/7820 Fax.: 06032/782220 |
| 129 | Kreisverband für Erwachsenenbildung Waldeck-Frankenberg e.V. Kreivolkshochschule Klosterstraße 11 34497 Korbach Tel.: 05631/97730 Fax.: 05631/977322 | 141 | Landkreis Darmstadt-Dieburg Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Rheinstraße 65-67 64295 Darmstadt Tel.: 06151/881-415 Fax.: 06151/881-320 |
| 130 | Kreivolkshochschule Limburg-Weilburg e.V. Diezer Straße 35 65549 Limburg a. d. Lahn Tel.: 06431/91160 Fax.: 06431/911619 | 142 | Landkreis Darmstadt-Dieburg Der Kreisausschuß Kreivolkshochschule Landratsamt Albinstraße 23 64807 Dieburg Tel.: 06071/29250 |
| 131 | Kreivolkshochschule Vogelsberg e.V. Baumgartenweg 11 36341 Lauterbach (Hessen) Tel.: 06641/3018/19 Fax.: 06641/62750 | 143 | Landkreis Fulda Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Jugend- und Sportamt Wörthstraße 15 36037 Fulda Tel.: 0661/6006-426 Fax.: 0661/6006-449 |
| 132 | LAG-Soziale Brennpunkte Hessen e.V. Moselstraße 25 60329 Frankfurt am Main Tel.: 069/250038 Fax.: 069/235584 | 144 | Landkreis Fulda Der Kreisausschuß Volkshochschule Gallasiniring 30 36043 Fulda Tel.: 0661/6006225 Fax.: 0661/6006430 |
| 133 | Lagergemeinschaft Auschwitz Freundeskreis der Auschwitzer e.V. Schillerstraße 18 35516 Mützenberg Tel.: 06033/60168 | 145 | Landkreis Gießen Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Ostanlage 41 35390 Gießen Tel.: 0641/9390392 Fax.: 0641/33448 |
| 134 | Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung Abteilung Volkshochschule des Lahn-Dill-Kreises Bahnhofstraße 10 35683 Dillenburg Tel.: 02771/6084/85 Fax.: 02771/24304 | 146 | Landkreis Gießen Der Kreisausschuß Kreivolkshochschule Kreuzweg 33 35423 Lich Tel.: 06404/91630 Fax.: 06404/916340 |
| 135 | Lahn-Dill-Kreis Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Karl-Kellner-Ring 51 35576 Dillenburg Tel.: 02771/407468 Fax.: 02771/407814 | 147 | Landkreis Groß-Gerau Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Wilhelm-Seipp-Straße 4 64521 Groß-Gerau Tel.: 06152/989449 Fax.: 06152/989456 |
| 136 | Landesfilmdienst Hessen e.V. Fachstelle für Medien- und Kommunikationspädagogik Kennedyallee 105A 60596 Frankfurt am Main Tel.: 069/630094-28 Fax.: 069/630094-35 | | |

| Lfd. Nr. | Träger | Lfd. Nr. | Träger |
|----------|--|----------|---|
| 148 | Landkreis Hersfeld-Rotenburg Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Friedloser Straße 12 36251 Bad Hersfeld Tel.: 06621/87-301 Fax.: 06621/87-244 | 159 | Main-Taunus-Kreis Der Kreisausschuß Volkshochschule Pfarrgasse 38 65719 Hofheim am Taunus Tel.: 06192/99010 Fax.: 06192/990144 |
| 149 | Landkreis Hersfeld-Rotenburg Der Kreisausschuß Volkshochschule Friedloser Straße 12 36251 Bad Hersfeld Tel.: 06621/87-228 Fax.: 06621/87-244 | 160 | Marburger Geographische Gesellschaft Deutschhausstraße 10 35037 Marburg Tel.: 06421/284295/61 Fax.: 06421/288950 |
| 150 | Landkreis Kassel Der Kreisausschuß Jugendburg Sensenstein 34329 Nieste Tel.: 05605/944915 Fax.: 05605/7791 | 161 | Möwe Jonathan Verein zur Förderung der Jugend- und Erwachsenenbildung Pestalozzistraße 8 61118 Bad Vilbel Tel.: 06101/89478 Fax.: 06101/84755 |
| 151 | Landkreis Kassel Der Kreisausschuß Volkshochschule Humboldtstraße 22 34117 Kassel Tel.: 0561/1003410 Fax.: 0561/779964 | 162 | Naturfreundejugend Deutschlands Landesverband Hessen Sandweg 21 HH 60316 Frankfurt am Main Tel.: 069/430203 Fax.: 069/4059595 |
| 152 | Landkreis Marburg-Biedenkopf Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Kiesackerstraße 12 35216 Biedenkopf Tel.: 06461/79192 Fax.: 06461/79121 | 163 | Naturschutz-Zentrum Hessen e.V. Friedenstraße 38 35578 Wetzlar Tel.: 06441/24025-27 Fax.: 06441/24028 |
| 153 | Landkreis Marburg-Biedenkopf Der Kreisausschuß Volkshochschule Kiesackerstraße 10 und 12 35216 Biedenkopf Tel.: 06461/79140 Fax.: 06461/79121 | 164 | Naturschutzbund Deutschlands Landesverband Hessen e.V. Garbenheimer Straße 32 35578 Wetzlar Tel.: 06441/45043 Fax.: 06441/43957 |
| 154 | Landkreis Waldeck-Frankenberg Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Am Kniep 50 34497 Korbach Tel.: 05631/954-461 Fax.: 05631/954-490 | 165 | Naturschutzjugend Hessen im Naturschutzbund Hessen e.V. Garbenheimer Straße 32 35578 Wetzlar Tel.: 06441/43551 Fax.: 06441/43551 |
| 155 | Lehranstalt für angewandte Technik GmbH (DEULA) Am Sande 20 37213 Witzhausen Tel.: 05542/4026 Fax.: 05542/5346 | 166 | Nordhessische Bildungsinitiative „Weitblick“ e.V. Pestalozzistraße 16 34119 Kassel Tel.: 0561/719307 |
| 156 | Main-Kinzig-Kreis Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Barbarossastraße 20 63571 Gelnhausen Tel.: 06051/854480 Fax.: 06051/854434 | 167 | Odenwald-Institut für personale Pädagogik der Karl Kübel Stiftung Trommstraße 25 69483 Wald-Michelbach Tel.: 06207/5071 Fax.: 06207/1390 |
| 157 | Main-Kinzig-Kreis Der Kreisausschuß Kreisvolkshochschule Barbarossastraße 16-18 63571 Gelnhausen Tel.: 06151/854487 Fax.: 06151/854299 | 168 | Odenwaldkreis Der Kreisausschuß Jugendbildungswerk Michelstädter Straße 12 64711 Erbach Tel.: 06061/72550 Fax.: 06061/4772 |
| 158 | Main-Taunus-Kreis Der Kreisausschuß Jugendamt (Kreisjugendpflege) Am Kreishaus 1-5 65719 Hofheim am Taunus Tel.: 06192/201617 Fax.: 06192/201719 | 169 | Ostakademie Königstein e.V. Postfach 14 49 61454 Königstein im Taunus Tel.: 06174/4075 Fax.: 06174/21490 |
| | | 170 | Out Take Film e.V. Postfach 10 28 06 34028 Kassel Tel.: 0561/21508 |
| | | 171 | Paritätisches Bildungswerk Hessen e.V. Auf der Körnerwiese 5 60322 Frankfurt am Main Tel.: 069/5508978 Fax.: 069/5972024 |

| Lfd. Nr. | Träger | Lfd. Nr. | Träger |
|----------|--|----------|---|
| 172 | Pro Familia Bildungswerk Hessen e.V. Schichaustraße 3 - 5 60314 Frankfurt am Main Tel.: 069/441140 | 183 | Sozialverband VdK Hessen e.V. Verband der Kriegs- und Wehr- dienstopfer, Behinderten und Rentner Deutschlands e.V. Elsheimer Straße 10 60322 Frankfurt am Main Tel.: 069/71400225 Fax.: 069/71400222 |
| 173 | Psychodrama-Institut für Europa e.V. Landessektion Deutschland Osterstraße 68 32105 Bad Salzufflen Tel.: 05222/50363 Fax.: 05222/4868 | 184 | Sportjugend Hessen Sport- und Bildungsstätte Friedenstraße 99 35578 Wetzlar Tel.: 06441/979613 Fax.: 06441/979644 |
| 174 | Pädagogisches Institut Falkenstein im Hessischen Landesinstitut für Pädagogik Reichenbachweg 36 61462 Königstein im Taunus Tel.: 06174/9260-0 Fax.: 06174/926050 | 185 | Sprachzentrum für Japanisch e.V. Stiftstraße 30 60313 Frankfurt am Main Tel.: 069/20727 Fax.: 069/20627 |
| 175 | Rheingau-Taunus-Kreis Der Kreisausschuß Jugendbildungswerk Jugend- und Sozialamt Heimbacher Straße 7 65307 Bad Schwalbach Tel.: 06124/510-766 Fax.: 06124/510-723 | 186 | Stadt Baunatal Der Magistrat Jugendbildungswerk Marktplatz 14 34225 Baunatal-Altenbauna Tel.: 0561/4992216 Fax.: 0561/4992208 |
| 176 | SEFO Frauenselbsthilfe und Fortbildungszentrum e.V. Wiener Straße 78 64287 Darmstadt Tel.: 06151/41230 Fax.: 06151/423701 | 187 | Stadt Darmstadt Der Magistrat Jugendamt Groß-Gerauer-Weg 1—3 64295 Darmstadt Tel.: 06151/132485 |
| 177 | Schwalm-Eder-Kreis Der Kreisausschuß Jugendbildungswerk Parkstraße 6 34576 Homberg (Efze) Tel.: 05681/775447 Fax.: 05681/775438 | 188 | Stadt Darmstadt Der Magistrat Volkshochschule Große Bachgasse 2 64283 Darmstadt Tel.: 06151/132787 Fax.: 06151/133260 |
| 178 | Schwalm-Eder-Kreis Der Kreisausschuß Volkshochschule Freiheitsstraße 16 34576 Homberg (Efze) Tel.: 05681/775-401 Fax.: 05681/775-283 | 189 | Stadt Dreieich Der Magistrat Sozialamt/Jugendpflege Pestalozzistraße 1 63303 Dreieich Tel.: 06103/601320 Fax.: 06103/601330 |
| 179 | Selbsthilfe hessischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V. Schwalbenweg 18 35043 Marburg Tel.: 06421/51422 | 190 | Stadt Frankfurt am Main Der Magistrat Kommunales Jugendbildungswerk Jugendamt/Jugendpflege Zell 57 60313 Frankfurt am Main Tel.: 069/212-38531 Fax.: 069/212-30788 |
| 180 | Seminar-Forum in Berlin Begegnungs- und Bildungsstätte für Gesellschaft und Politik GGmbH Franz-Mett-Straße 3-9 10319 Berlin Tel.: 030/5162102 Fax.: 030/51628404 | 191 | Stadt Frankfurt am Main Der Magistrat Amt für Volksbildung/ Volkshochschule Im Galluspark 19 60326 Frankfurt am Main Tel.: 069/212-38361 Fax.: 069/212-30718 |
| 181 | Sozialinstitute der Katholische Arbeiter- bewegung (KAB) Mühlweg 17 92648 Vohenstrauß Tel.: 09651/92280 Fax.: 09651/3795 | 192 | Stadt Fulda Der Magistrat Kommunales Jugendbildungswerk Bonifatiusplatz 1-3 36037 Fulda Tel.: 0661/102569 Fax.: 0661/102586 |
| 182 | Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken“ Garde du Corps Straße 1 34117 Kassel Tel.: 0561/771742 Fax.: 0561/772275 | 193 | Stadt Fulda Der Magistrat Volkshochschule Esperantostraße 13 36037 Fulda Tel.: 0661/102-306 Fax.: 0661/102-480 |

| Lfd. Nr. | Träger | Lfd. Nr. | Träger |
|----------|--|----------|---|
| 194 | Stadt Griesheim Der Magistrat Jugendpflege Postfach 12 40 64344 Griesheim Tel.: 06155/701-0 Fax.: 06155/701131 | 205 | Stadt Rüsselsheim Der Magistrat Kommunales Jugendbildungswerk Frankfurter Straße 12 65428 Rüsselsheim Tel.: 06142/83-2107 Fax.: 06142/83-2110 |
| 195 | Stadt Hanau Der Magistrat Freizeit- und Sportamt Kommunales Jugendbildungswerk Nordstraße 88 63450 Hanau Tel.: 06181/295956 Fax.: 06181/295548 | 206 | Stadt Rüsselsheim Der Magistrat Volkshochschule Am Treff 1 65428 Rüsselsheim Tel.: 06142/832737 Fax.: 06142/832548 |
| 196 | Stadt Hanau Der Magistrat Volkshochschule Philippsruher Allee 22 63450 Hanau Tel.: 06181/295902 Fax.: 06181/258267 | 207 | Stadt Schwalbach am Taunus Der Magistrat Kommunales Jugendbildungswerk Marktplatz 1—2 65824 Schwalbach am Taunus Tel.: 06196/804151 |
| 197 | Stadt Kassel Der Magistrat Kommunales Jugendbildungswerk Mühlengasse 15 34125 Kassel Tel.: 0561/7875186 Fax.: 0561/7875065 | 208 | Stadt Weiterstadt Der Magistrat Familien- und Frauenbeauftragte Darmstädter Straße 42 64331 Weiterstadt Tel.: 06150/15335 Fax.: 06150/400289 |
| 198 | Stadt Kassel Der Magistrat Gesamt-Volkshochschule Wilhelmshöher Allee 19 - 21 34117 Kassel Tel.: 0561-7874020 | 209 | Stadt Weiterstadt Jugendförderung Arheilgerstraße 45 64331 Weiterstadt Tel.: 06150/400274 Fax.: 06150/400289 |
| 199 | Stadt Maintal Der Magistrat Amt für Jugend, Kultur und Sport Klosterhofstraße 4-6 63477 Maintal Tel.: 06181/400-716 | 210 | Stadt Wetzlar Der Magistrat Kommunales Jugendbildungswerk Ernst-Leitz-Straße 30 35573 Wetzlar Tel.: 06441/99-467 Fax.: 06441/99-687 |
| 200 | Stadt Marburg Der Magistrat Kommunales Jugendbildungswerk Frankfurter Straße 21 35037 Marburg Tel.: 06421/201495 Fax.: 06421/201449 | 211 | Stadt Wetzlar Der Magistrat Volkshochschule Brühlsbachstraße 2 B 35578 Wetzlar Tel.: 06441/99751 Fax.: 06441/99760 |
| 201 | Stadt Marburg Der Magistrat Volkshochschule Deutschhausstraße 38 35037 Marburg Tel.: 06421/201246 Fax.: 06421/201594 | 212 | Stadt Witzenhausen Der Magistrat Kommunales Jugendbildungswerk Postfach 15 43 37213 Witzenhausen Tel.: 05542/508-58 Fax.: 05542/72157 |
| 202 | Stadt Neu-Isenburg Der Magistrat Amt für Kinder und Jugend Hugenottenallee 53 63263 Neu-Isenburg Tel.: 06102/241-533 Fax.: 06102/241-549 | 213 | Stadtjugendring Darmstadt e.V. Eckhardtstraße 7 64289 Darmstadt Tel.: 06151/79733 Fax.: 06151/719610 |
| 203 | Stadt Offenbach am Main Der Magistrat Kommunales Jugendbildungswerk Landgrafenstraße 5 63071 Offenbach am Main Tel.: 069/85000911 Fax.: 069/85000946 | 214 | Stadtjugendring Offenbach c/o Alexander Herbert Senefelderstraße 15 63069 Offenbach am Main Tel.: 069/848088 Fax.: 069/848087 |
| 204 | Stadt Offenbach am Main Der Magistrat Volkshochschule Kaiserstraße 7 63065 Offenbach am Main Tel.: 069/8065-3154 Fax.: 069/8065-3144 | 215 | Stiftung Scheuergasse e.V. Jugendprojekt „Wilde 13“ Platz der deutschen Einheit 25 64293 Darmstadt Tel.: 06251/76118 |
| | | 216 | Stiftung Blindenanstalt Polytechnische Gesellschaft Adlerfychtstraße 8—14 60318 Frankfurt am Main Tel.: 069/95512461 Fax.: 069/5976296 |

| Lfd. Nr. | Träger | Lfd. Nr. | Träger |
|----------|---|----------|---|
| 217 | Stiftung Jugendburg Ludwigstein und Archiv der Deutschen Jugendbewegung Jugendbildungsstätte Burg Ludwigstein 37214 Witzhausen Tel.: 05542/5151 Fax.: 05542/3649 | 229 | Verein für Bildung und Kultur e.V. Wittelbacher Allee 45 60316 Frankfurt am Main Tel.: 069/553629 |
| 218 | TOPAS - Bildung und Sport Marburg e.V. Mörikestraße 2 - 4 35039 Marburg Tel.: 06421/15959 | 230 | Verein für Gestalttherapie, Gestaltpädagogik und Gestaltkörperarbeit e.V. Uferstraße 10 A 35037 Marburg Tel.: 06421/62211 Fax.: 06421/62211 |
| 219 | Technologieberatungsstelle des DGB Berliner Straße 48 63065 Offenbach am Main Tel.: 069/824087-9 Fax.: 069/812142 | 231 | Verein für Sozialpolitik, Bildung und Berufsförderung e.V. Karthäuserstraße 23 34117 Kassel Tel.: 0561/109153 Fax.: 0561/713392 |
| 220 | Touristenverein Die Naturfreunde Bundesgruppe Deutschland e.V. Postfach 60 04 41 70304 Stuttgart Tel.: 0711/40954-0 Fax.: 0711/40954-4 | 232 | Verein für interkulturelle Bildung und Austausch e.V. Alter Kirchhainer Weg 21 35039 Marburg Tel.: 06421/23777 Fax.: 06421/21293 |
| 221 | Touristenverein „Die Naturfreunde“ Landesverband Hessen e.V. Am Poloplatz 15 60528 Frankfurt am Main Tel.: 069/6662677 Fax.: 069/6662677 | 233 | Verein für politische Bildung und Information e.V. Georgstraße 26 53111 Bonn Tel.: 0228/650911 Fax.: 0228/698023 |
| 222 | Umweltakademie e.V. UmAK Berthold-Brecht-Allee 12 1309 Dresden Tel.: 0351/3117948 Fax.: 0351/3117948 | 234 | Verein zur Förderung der Land- und Forstarbeiter e.V. Wiesenstraße 13c 34246 Vellmar Tel.: 0561/8209034/35 Fax.: 0561/8209037 |
| 223 | Universität Gesamthochschule Kassel Mönchebergerstraße 19 34125 Kassel Tel.: 0561/8040 Fax.: 0561/8047472 | 235 | Verein zur interdisziplinären Entwicklung und Umsetzung zukunftsorientierter Bildungskonzepte Niddastraße 66—68 60329 Frankfurt am Main Tel.: 069/239011 Fax.: 069/236235 |
| 224 | Universitätsstadt Gießen Der Magistrat Kommunales Jugendbildungswerk Jugendamt Ostanlage 25a 35390 Gießen Tel.: 0641/306-2496 Fax.: 0641/306-2494 | 236 | Vogelsbergkreis Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Goldhelg 20 36341 Lauterbach (Hessen) Tel.: 06641/977431 Fax.: 06641/977336 |
| 225 | Universitätsstadt Gießen Der Magistrat Volkshochschule Südanlage 4 35390 Gießen Tel.: 0641/3062469 Fax.: 0641/3062526 | 237 | Volksbildungskreis Bad Homburg e.V. Volkshochschule Elisabethenstraße 4—8 61348 Bad Homburg v. d. Höhe Tel.: 06172/23006 Fax.: 06172/23009 |
| 226 | Verein Arbeitsgemeinschaft außerschulische Bildung e.V. Adolf-Haeuser-Straße 7 65929 Frankfurt am Main Tel.: 069/30852258 Fax.: 069/302637 | 238 | Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V. Konrad-Adenauer-Straße 15 65232 Taunusstein-Bleidenstadt Tel.: 06128/91470 Fax.: 06128/914735 |
| 227 | Verein Berufs-, Sprach- und Freizeitbildung e.V. Königstor 4-6 34117 Kassel Tel.: 0561/141192 Fax.: 0561/102249 | 239 | Volkshochschule Wetterau Kreisvolkshochschule Gymnasiumsstraße 2 63652 Büdingen Tel.: 06042/963131 Fax.: 06042/963139 |
| 228 | Verein für Arbeitsorientierte Erwachsenenbildung Rotlintstraße 70 60316 Frankfurt am Main Tel.: 069/94419417 Fax.: 069/94419428 | 240 | Volkshochschule Odenwaldkreis e.V. Bahnstraße 43 64711 Erbach Tel.: 06062/952-0 Fax.: 06062/952-29 |

| Lfd. Nr. | Träger | Lfd. Nr. | Träger |
|----------|--|----------------------------|---|
| 241 | Volkshochschule Wiesbaden e.V. Dotzheimer Straße 23 65185 Wiesbaden Tel.: 0611/1609-0 Fax.: 0611/3081941 | 246 | Wiesbadener Medienzentrum e.V. Medienzentrale Felsenstraße 24 65199 Wiesbaden Tel.: 0611/521708 Fax.: 0611/521708 |
| 242 | Weiterbildungszentrum an den beruflichen Schulen des Kreises Bergstraße e.V. Wilhelmstraße 91 - 93 64625 Bensheim Tel.: 06251/73605 | 247 | Wildwasser Arbeitsgemeinschaft für sexuell mißbrauchte Mädchen, Frauen, Lesben gegen sexuelle Gewalt e.V. Saalbaustraße 13—15 64283 Darmstadt Tel.: 06151/28871 |
| 243 | Werra-Meißner-Kreis Der Kreisausschuß Kreisvolkshochschule Schloßplatz 1 37269 Eschwege Tel.: 05651/302322 Fax.: 05651/302355 | 248 | ZAUG GmbH Zentrum für Arbeit und Umwelt Frauenförderung Abt. Fort- und Weiterbildung Kiesweg 31 35396 Gießen Tel.: 0641/952250 Fax.: 0641/51594 |
| 244 | Werra-Meißner-Kreis Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Schloßplatz 1 37269 Eschwege Tel.: 05651/302200 Fax.: 05651/302355 | 249 | Zentrum für Weiterbildung e.V. Trakehner Straße 5 60487 Frankfurt am Main Tel.: 069/970723-0 Fax.: 069/970723-44 |
| 245 | Wetteraukreis Der Kreisausschuß Kommunales Jugendbildungswerk Europaplatz 61169 Friedberg (Hessen) Tel.: 06031/83-103 Fax.: 06031/83-170 | Wiesbaden, 28. August 1997 | |

Hessisches Ministerium für
Frauen, Arbeit und Sozialordnung
II A 3 — 55 n — 4165

StAnz. 39/1997 S. 2915

1033

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst

bei der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
ernannt:

zu **Universitätsprofessoren (BaL)** Dr. Manfred Schubert-Zsilavez (30. 6. 97), Dr. Thomas Frisner (14. 7. 97), Dr. Armin von Bogdandy (1. 8. 97), Dr. Manfred Horlebein (11. 8. 97), Dr. Wolfgang Brüggemann (15. 8. 97);

zur **Hochschuldozentin (BaZ)** Dr. Marianne Braig (8. 7. 97);

zu **Wissenschaftlichen Assistenten (BaZ)** Dr. Raimar Löbenberg (1. 7. 97), Dr. Joachim Houtmann (17. 7. 97), Dr. Peter Köster (2. 8. 97), Dr. Alexander Woll (12. 8. 97), Dr. Gerald Schenk (20. 8. 97), Dr. Andreas Gotzmann (27. 8. 97);

zu **Akademischen Direktoren** die Akademischen Oberräte Dr. Klaus-Dieter Scharf, Dr. Klaus-Peter Winter (beide 1. 7. 97);

zum **Akademischen Oberrat (BaL)** Oberassistent Dr. Walter Volknandt (3. 7. 97);

zu **Oberstudienräten/rätinnen** im Hochschuldienst die Studienräte/rätinnen im Hochschuldienst Dr. Ursula Fritsch, Dr. Heide-Karin Maraun, Dr. Frank Nonnenmacher (sämtlich 1. 7. 97);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

Wissenschaftlicher Assistent Dr. Thomas Braun (29. 4. 97).

Frankfurt am Main, 2. September 1997

Der Präsident der
Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main
3.10.00 P PA — 3/Is

StAnz. 39/1997 S. 2925

1034

DARMSTADT

DIE REGIERUNGSPRÄSIDIEN

Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Rabensteiner Grund“ vom 2. September 1997

Aufgrund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Art. 46 des Gesetzes vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 217, 224), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Rabensteiner Grund“ vom 31. Juli 1996 (StAnz. S. 3133) wird wie folgt geändert: § 4 Nr. 6 erhält folgende Fassung:

- „6. a) die Ausübung der Einzeljagd auf Haarwild, jedoch nicht die Fallenjagd,
b) die Unterhaltung und Instandsetzung der vorhandenen jagdlichen Einrichtungen in der Zeit vom 1. September bis Ende Februar.“

Artikel 2

Die Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Darmstadt, 2. September 1997

Regierungspräsidium Darmstadt
In Vertretung
gez. Dr. Hirschler
Regierungsvizepräsident
StAnz. 39/1997 S. 2926

1035

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Neuhofer Heide“ vom 12. September 1997

Aufgrund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Art. 46 des Gesetzes vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 217, 224), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 809), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Neuhofer Heide“ vom 22. November 1988 (StAnz. S. 2680) geändert durch Art. 32 der Verordnung vom 20. September 1993 (StAnz. S. 2687), wird wie folgt geändert:

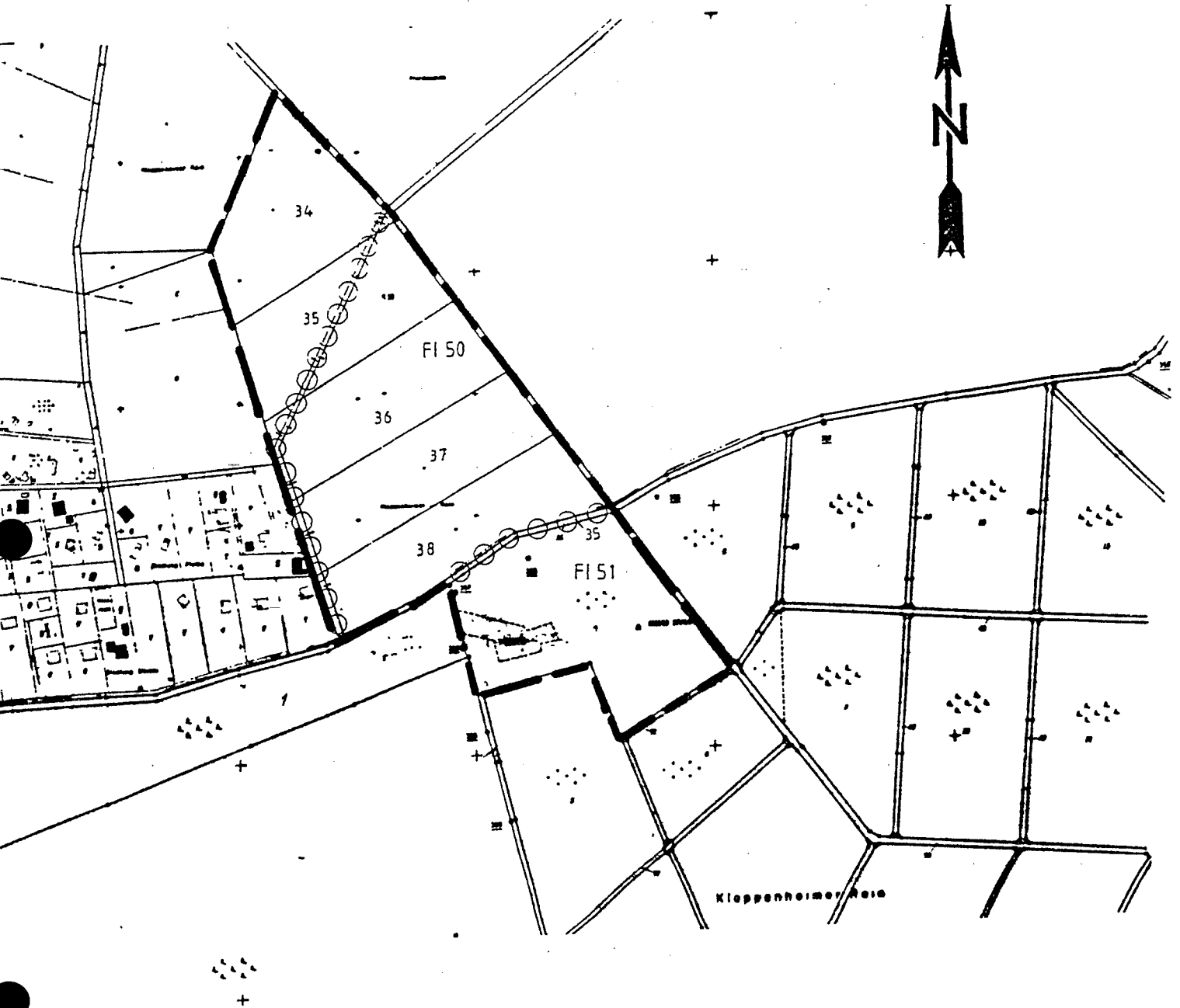
1. § 3 Nr. 8 erhält folgende Fassung:
„8. das Naturschutzgebiet außerhalb der in der Abgrenzungskarte gekennzeichneten Wege zu betreten, dort Fahrrad zu fahren oder dort zu reiten;“
2. § 3 Nr. 9 erhält folgende Fassung:
„9. zu lagern, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten;“
3. § 6 Nr. 8 erhält folgende Fassung:
„8. das Naturschutzgebiet außerhalb der in der Abgrenzungskarte gekennzeichneten Wege betritt, dort Fahrrad fährt oder dort reitet;“
4. § 6 Nr. 9 erhält folgende Fassung:
„9. lagert, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmt, Feuer anzündet oder unterhält;“
5. a) Die mit Art. 32 der Änderungsverordnung vom 20. September 1993 veröffentlichte Abgrenzungskarte wird durch eine neue Abgrenzungskarte (Anlage 1) ersetzt, in der die Reit-, Fuß- und Radwege eingezeichnet sind. Sie wird als Anlage 1 zu dieser Verordnung veröffentlicht.
b) Zur Darstellung der örtlichen Lage des Naturschutzgebietes wird die Übersichtskarte (Anlage) der Verordnung vom 22. November 1988 als Anlage 2 mitveröffentlicht.

Artikel 2

Die Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Darmstadt, 12. September 1997

Regierungspräsidium Darmstadt
In Vertretung
gez. Dr. Hirschler
Regierungsvizepräsident
StAnz. 39/1997 S. 2926

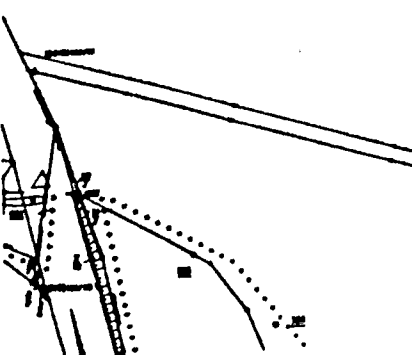


Anlage 1, Abgrenzungskarte, Maßstab 1 : 5 000, Bestandteil der zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Neuhofener Heide“ vom 12. September 1997

Darmstadt, 12. September 1997
 Regierungspräsidium Darmstadt
 In Vertretung
 gez. Dr. Hirschler
 Regierungsvizepräsident

----- Grenze des Schutzgebietes
 ○○○○ Reit-, Fuß- und Radweg

Landkreis: Rheingau-Taunus-Kreis
 Stadt: Taunusstein
 Gemarkung: Neuhof
 Flur: 50, 51



1036**Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 11. September 1997**

Aufgrund des § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß und zur Neuregelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1186), in Verbindung mit der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen aufgrund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Stadt **Bad Homburg v. d. Höhe**, beschränkt auf den Europakreisel über Louisenstraße, die Ferdinandstraße bis zur Louisenstraße, den Hessianring, die Thomasstraße, die Dorotheenstraße, die Löwengasse, den Schulberg, die Ritter-von-Marx-Brücke, Vor dem Untertor, die Saalburgstraße, die Dietigheimer Straße, die Kirdorfer Straße, die Hohestraße, die Kaiser-Friedrich-Promenade und den Niederstetter Weg, aus Anlaß des „Erntedankmarktes“ am Sonntag, dem 28. September 1997 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 28. September 1997 in Kraft.

Darmstadt, 11. September 1997

Regierungspräsidium Darmstadt
In Vertretung
gez. Dr. Hirschler
Regierungsvizepräsident
StAnz. 39/1997 S. 2929

1037**Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 12. September 1997**

Aufgrund des § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß und zur Neuregelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1186), in Verbindung mit der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen aufgrund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Stadt **Nidda**, mit Ausnahme der Stadteile Kohden, Bad Salzhausen, Geiß-Nidda, Ober-Widdersheim, Unter-Widdersheim, Borsdorf, Harb, Ulfa, Stornfels, Unter-Schmitten, Ober-Schmitten, Ober-Lais, Fauernbach, Wallernhausen, Michelnau, Schwickartshausen und Eichelsdorf, aus Anlaß des „Niddaer Martinimarktes“ am Sonntag, dem 2. November 1997 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 2. November 1997 in Kraft.

Darmstadt, 12. September 1997

Regierungspräsidium Darmstadt
In Vertretung
gez. Dr. Hirschler
Regierungsvizepräsident
StAnz. 39/1997 S. 2929

1038**Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 15. September 1997**

Aufgrund des § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß und zur Neure-

gelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1186), in Verbindung mit der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen aufgrund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Stadt **Lindenfels**, beschränkt auf den Schloßwaldweg, die Burgstraße und die Nibelungenstraße (von Parkplatz Luisenkrankenhaus bis Moelauplatz), aus Anlaß der „Lindenfelder Brauchtumstage“ am Sonntag, dem 5. Oktober 1997 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 5. Oktober 1997 in Kraft.

Darmstadt, 15. September 1997

Regierungspräsidium Darmstadt
In Vertretung
gez. Dr. Hirschler
Regierungsvizepräsident
StAnz. 39/1997 S. 2929

1039**Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 15. September 1997**

Aufgrund des § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß und zur Neuregelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1186), in Verbindung mit der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen aufgrund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Stadt **Oberursel (Taunus)**, beschränkt auf die Liebfrauenstraße, die Vorstadt, die Adenauer Allee, den Teilbereich der Oberhöchstader Straße, die Kumeliusstraße, den Holzweg, die Feldbergstraße, die Holzweg-Passage, die Untere Hainstraße, die Ackergasse, die Weidengasse, die Strackgasse, Am Marktplatz, die Eppsteiner Straße, den Teilbereich der Hohemarkstraße, den Rathausplatz, die Austraße, den Teilbereich der Nassauer Straße, die Henchenstraße, die Hospitalstraße, die Josef-Baldes-Passage, die Obere Hainstraße, die Korfstraße, die Schlenkergasse und den Epinay-Platz, aus Anlaß der „Traditionellen Taunuskorb und des Marktschreier-Wettbewerbs“ am Sonntag, dem 12. Oktober 1997 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 12. Oktober 1997 in Kraft.

Darmstadt, 15. September 1997

Regierungspräsidium Darmstadt
In Vertretung
gez. Dr. Hirschler
Regierungsvizepräsident
StAnz. 39/1997 S. 2929

1040**Genehmigung der „Stiftung der Paul-Ehrlich-Gesellschaft für Chemotherapie e. V.“, Sitz Frankfurt am Main**

Gemäß § 80 BGB in Verbindung mit § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 5. August 1997 errichtete Stiftung des bürgerlichen Rechts „Stiftung der Paul-Ehrlich-Gesellschaft für Chemotherapie e. V.“, Sitz Frankfurt am Main, mit Stiftungsurkunde vom 11. September 1997 genehmigt.

Darmstadt, 11. September 1997

Regierungspräsidium Darmstadt
III 11 a — 25 d 04.11 (12) — 394
StAnz. 39/1997 S. 2929

1041

Genehmigung der „Forberg-Schneider Stiftung“, Sitz Frankfurt am Main

Gemäß § 80 BGB in Verbindung mit § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 21. Juli 1997 errichtete Stiftung des bürgerlichen Rechts „Forberg-Schneider Stiftung“, Sitz Frankfurt am Main, mit Stiftungsurkunde vom 11. September 1997 genehmigt.

Darmstadt, 11. September 1997

Regierungspräsidium Darmstadt
III 11 a — 25 d 04.11 (12) — 395
StAnz. 39/1997 S. 2930

1042

Genehmigung der „Stiftung zur Erforschung der Hypercholesterinämie“, Sitz Bad Homburg v. d. Höhe

Gemäß § 80 BGB in Verbindung mit § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 24. Juni 1997 errichtete Stiftung des bürgerlichen Rechts „Stiftung zur Erforschung der Hypercholesterinämie“, Sitz Bad Homburg v. d. Höhe, mit Stiftungsurkunde vom 15. September 1997 genehmigt.

Darmstadt, 15. September 1997

Regierungspräsidium Darmstadt
III 11 a — 25 d 04.11 (4) — 65
StAnz. 39/1997 S. 2930

1043

GIESSEN

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Aschborn und Uderborn bei Rödgen“ vom 4. September 1997

Aufgrund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 18. April 1996 (GVBl. I S. 145), geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 217), wird, nachdem dem nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

§ 1

(1) Die Wald- und Grünlandbereiche, Brachflächen, Quellen, Teiche und Fließgewässer südwestlich von Rödgen werden in den Grenzen, die sich aus der in Abs. 3 genannten Abgrenzungskarte ergeben, zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Das Naturschutzgebiet „Aschborn und Uderborn bei Rödgen“ besteht aus Flächen der Fluren 5 und 6 der Gemarkung Rödgen und der Flur 55 der Gemarkung Gießen der Stadt Gießen im Landkreis Gießen. Es hat eine Größe von 50,37 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage 1 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 2 500 festgelegt, in der das Naturschutzgebiet mit einer unterbrochenen schwarzen Linie umrandet ist. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlicht.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

§ 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es, eines der wertvollsten Quell-Niedermoores im Bereich des Gießener Beckens, die artenreichen Feuchtwiesen-Gesellschaften, die angrenzenden Glatthaferwiesen, die Eichen-Hainbuchen- und Schwarzerlen-Galeriewälder des Krebsbaches als Lebensraum bedrohter Pflanzen- und Tierarten zu erhalten und langfristig zu sichern. Pflege- und Entwicklungsziele sind insbesondere die Entwicklung von Brach- und Ackerflächen in extensives Grünland, die ökologische Aufwertung der Teichanlagen durch Extensivierung und die Überführung der nicht standortheimischen Pappel- und Fichtenbestände in einen der potentiell natürlichen Vegetation entsprechenden Laubwald.

§ 3

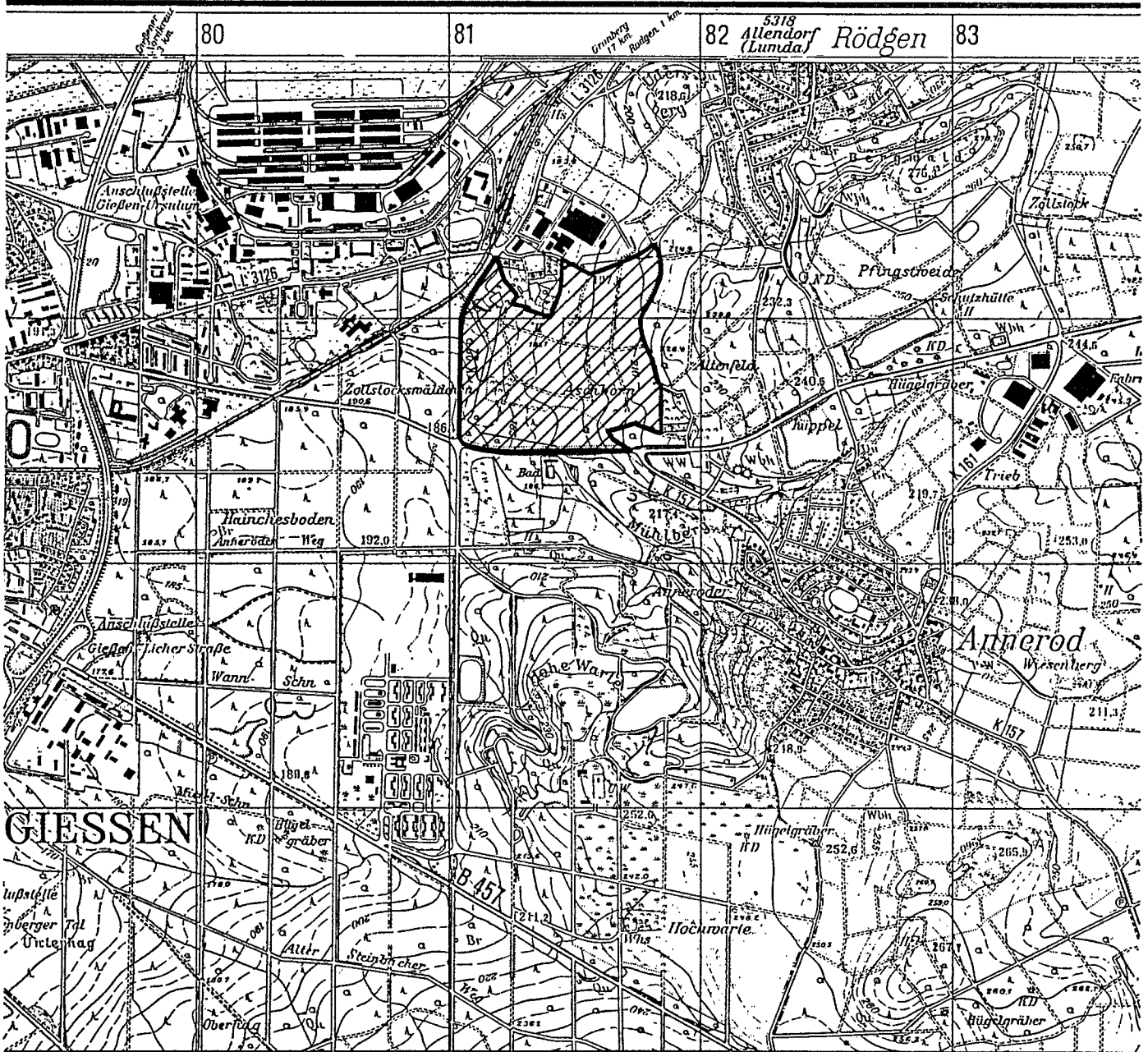
Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 Satz 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, ungeachtet des in § 1 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung ausgenommenen Anwendungsbereiches oder einer aufgrund anderer Rechtsvorschriften erteilten Genehmigung;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen, Bohrungen oder Ablagerungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verdrängen oder zu beseitigen, insbesondere Wasserläufe, Wasserflächen, Tümpel oder Quellbereiche einschließlich deren Ufer oder den Zu- oder Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern oder Sumpfe oder Moore oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;
5. Pflanzen, einschließlich der Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;
6. wildlebenden Tieren, einschließlich Fischen in Teichen oder sonstigen Gewässern nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
9. zu baden, zu lagern, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Luftmatratzen oder Modellschiffe einzusetzen oder Drachen steigen oder Modellflugzeuge oder Heißluftballons starten oder landen zu lassen;
10. mit Kraftfahrzeugen oder Fahrrädern außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken oder außerhalb dieser Wege zu reiten;
11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
12. Wiesen, Weiden oder Brachflächen umzubrechen, die Nutzung der Wiesen zu ändern oder Drainmaßnahmen durchzuführen;
13. Grünland nach dem 1. April zu eggen, zu walzen oder zu schleifen;
14. Grünland vor dem 15. Juni oder mehr als zweischürig oder vom Außenrand der Flächen nach innen zu mähen;
15. Flächen ackerbaulich zu nutzen;
16. Gülle oder Klärschlamm auszubringen oder städtische Flächen zu düngen;
17. Pflanzen- oder Holzschutzmittel anzuwenden;
18. Freigärhaufen anzulegen oder Stallmist, Dünger, Silageabfälle, Stroh-, Silage- oder Heuballen zu lagern;
19. Tiere weiden zu lassen;
20. Fische zu füttern;
21. Hunde frei laufen zu lassen;
22. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.

§ 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. folgende landwirtschaftliche Maßnahmen:
 - a) die ackerbauliche Nutzung der Flurstücke — 92 bis 101, 105, 129, 145 bis 150, 174 bis 176 und der westlichen Hälfte der Flurstücke 106 bis 114 der Flur 5, der Flurstücke 24 bis 26, der südlichen Hälfte des Flurstücks 27 und der Flurstücke 4 bis 10, mit Ausnahme eines 5 m breiten südlichen Randstreifens sowie der ehemaligen Wegeparzellen 313 bis 316 soweit sie an die zuvor genannten Flurstücke angrenzen — unter Verwendung von Gründünger und Stallmist — jedoch unter den in § 3 Nr. 16 bis 19 genannten Einschränkungen,
 - b) die Nutzung des Grünlandes durch Mahd, jedoch unter den in § 3 Nr. 12 bis 19 genannten Einschränkungen,
 - c) die Beweidung der Flurstücke 89 bis 91, 127, 128, 131 bis 135, 138 bis 144, 151, der westlichen Hälfte der Flurstücke 115 bis 119, der nördlichen Hälfte der Flurstücke 171 bis 173 der Flur 5 und der nördlichen Hälfte der Flurstücke 1

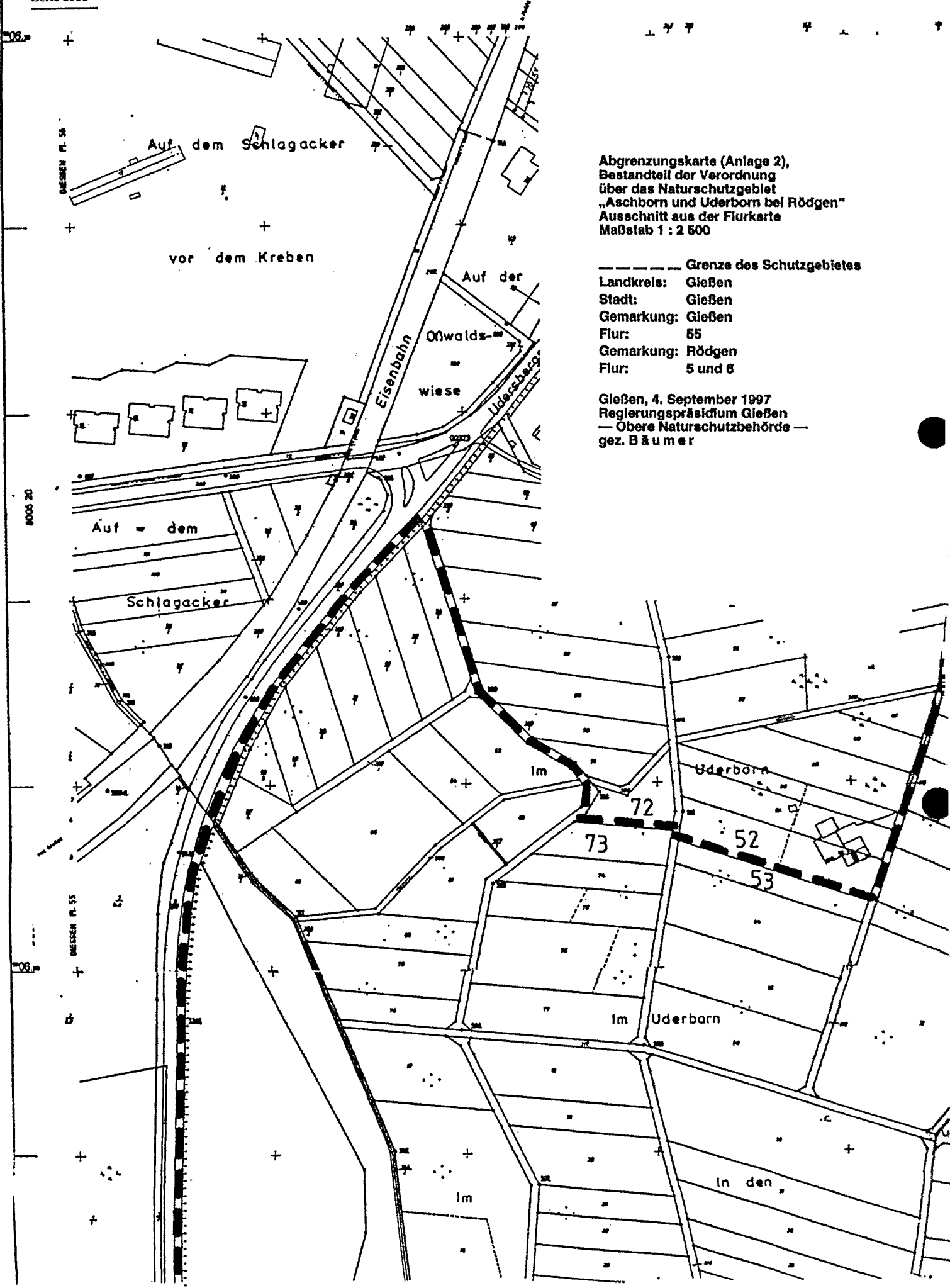


Übersichtskarte als Anlage 1 zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Aschborn und Uderborn bei Rödgen“

Auszug aus der Top. Karte, Maßstab 1 : 25 000, Nr. 5418, des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 97 — 1 — 007

- bis 3 der Flur 6 der Gemarkung Rödgen einschließlich der ehemaligen Wegeparzellen soweit sie an die zuvor genannten Flurstücke angrenzen mit kleinrahmigen Rindern oder Schafen in der Zeit vom 15. Mai bis 31. Oktober ohne Zufütterung,
- d) die Nachbeweidung anstelle der zweiten Mahd der Flurstücke 102 bis 104 der Flur 5 der Gemarkung Rödgen mit kleinrahmigen Rindern oder Schafen in der Zeit vom 15. August bis 31. Oktober ohne Zufütterung,
- e) die Beweidung oder Nachbeweidung der unter a) genannten Ackerflächen mit Schafen oder kleinrahmigen Rindern ohne Zufütterung,
- 2. folgende waldbauliche Maßnahmen zur Schaffung, Erhaltung und Förderung naturnaher, standortgemäßer, struktur- und artenreicher Hainsternmieren-Erlen-Auenwälder, Eichen-Hainbuchenwälder, Buchenwälder und Ufergehölzsäume:
 - a) die Überführung und Nutzung der nicht standortsheimischen Nadelholz- und Pappelbestände in einen der potentiell natürlichen Vegetation entsprechenden Laubwald,

- b) die einzelstammweise Entnahme und Nutzung von Laubbäumen zur Regelung der Mischungs- und Lichtverhältnisse in den Laubholzbeständen,
 - c) der Aufbau und die Pflege standortsheimischer Ufergehölzsäume und Waldränder
- jedoch unter den in § 3 Nr. 16 und 17 genannten Einschränkungen und unter Anwendung bodenschonender Aufbereitungsverfahren in der Zeit vom 16. Juli bis 28. Februar;
- 3. die Ausübung der Jagd auf Schalenwild, Fuchs und Waschbär:
 - a) in der Flur 5 der Gemarkung Rödgen,
 - b) in der Flur 6 der Gemarkung Rödgen und der Flur 55 der Gemarkung Giessen in der Zeit vom 16. Juli bis 28. Februar;
 - 4. die extensive Nutzung der Teiche durch:
 - a) Angelfischerei,
 - b) kurzzeitiges gestaffeltes Ablassen der Teiche in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember und sofortiger vollständiger Wiederbespannung in einem Turnus von mindestens fünf Jahren,
- (Fortsetzung siehe Seite 2936)

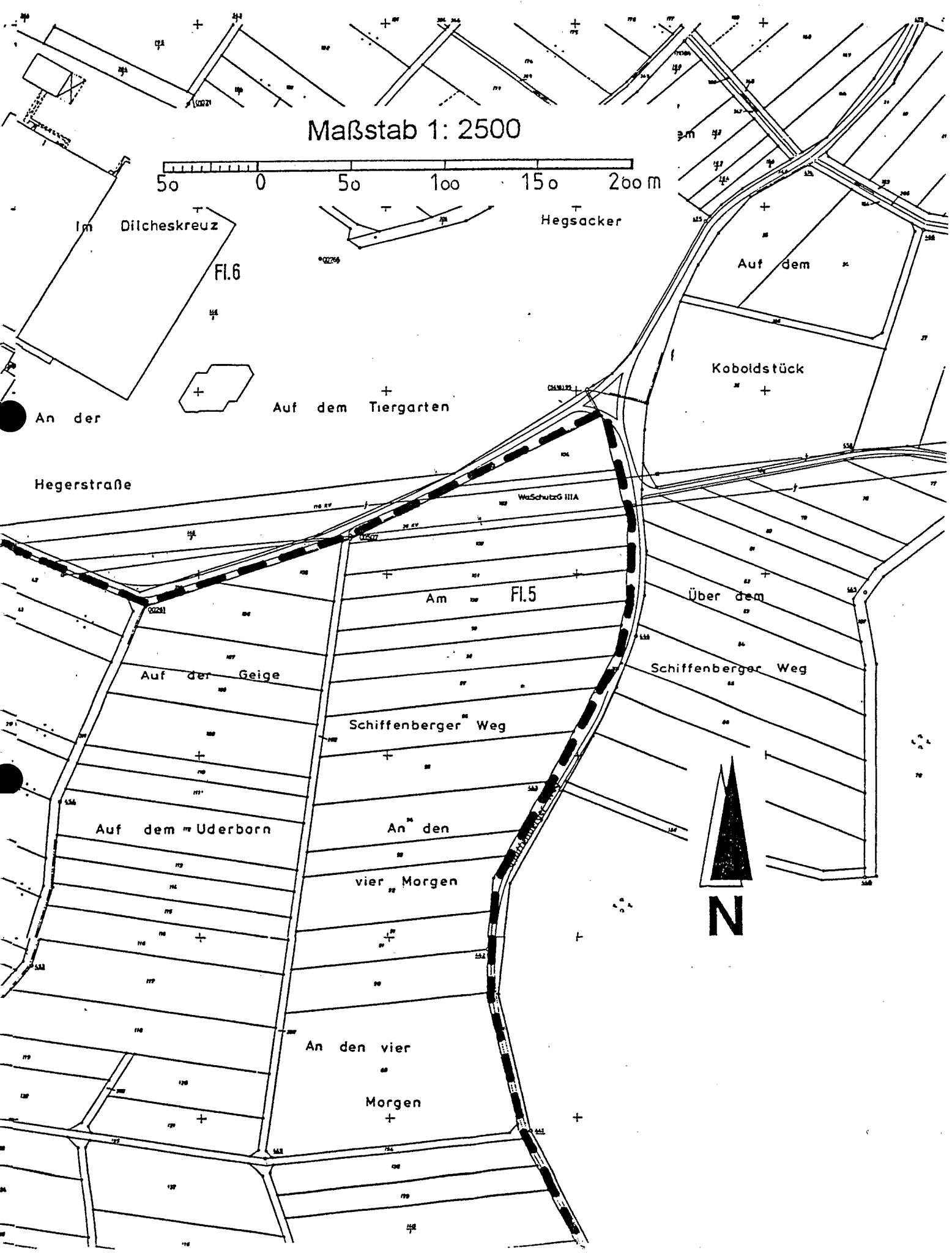
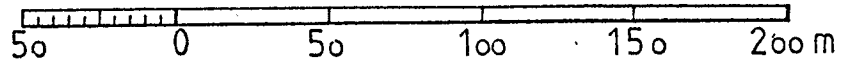


Abgrenzungskarte (Anlage 2),
 Bestandteil der Verordnung
 über das Naturschutzgebiet
 „Aschborn und Uderborn bei Rödgen“
 Ausschnitt aus der Flurkarte
 Maßstab 1 : 2 500

- Grenze des Schutzgebietes
- Landkreis: Gießen
- Stadt: Gießen
- Gemarkung: Gießen
- Flur: 55
- Gemarkung: Rödgen
- Flur: 5 und 6

Gießen, 4. September 1997
 Regierungspräsidium Gießen
 — Obere Naturschutzbehörde —
 gez. B ä u m e r

Maßstab 1: 2500



Im Dilcheskreuz

Fl. 6

Hegsacker

Auf dem

Koboldstück

Auf dem Tiergarten

An der

Hegerstraße

WaSchutzG IIIA

Am Fl. 5

Über dem

Auf der Geige

Schiffenberger Weg

Schiffenberger Weg

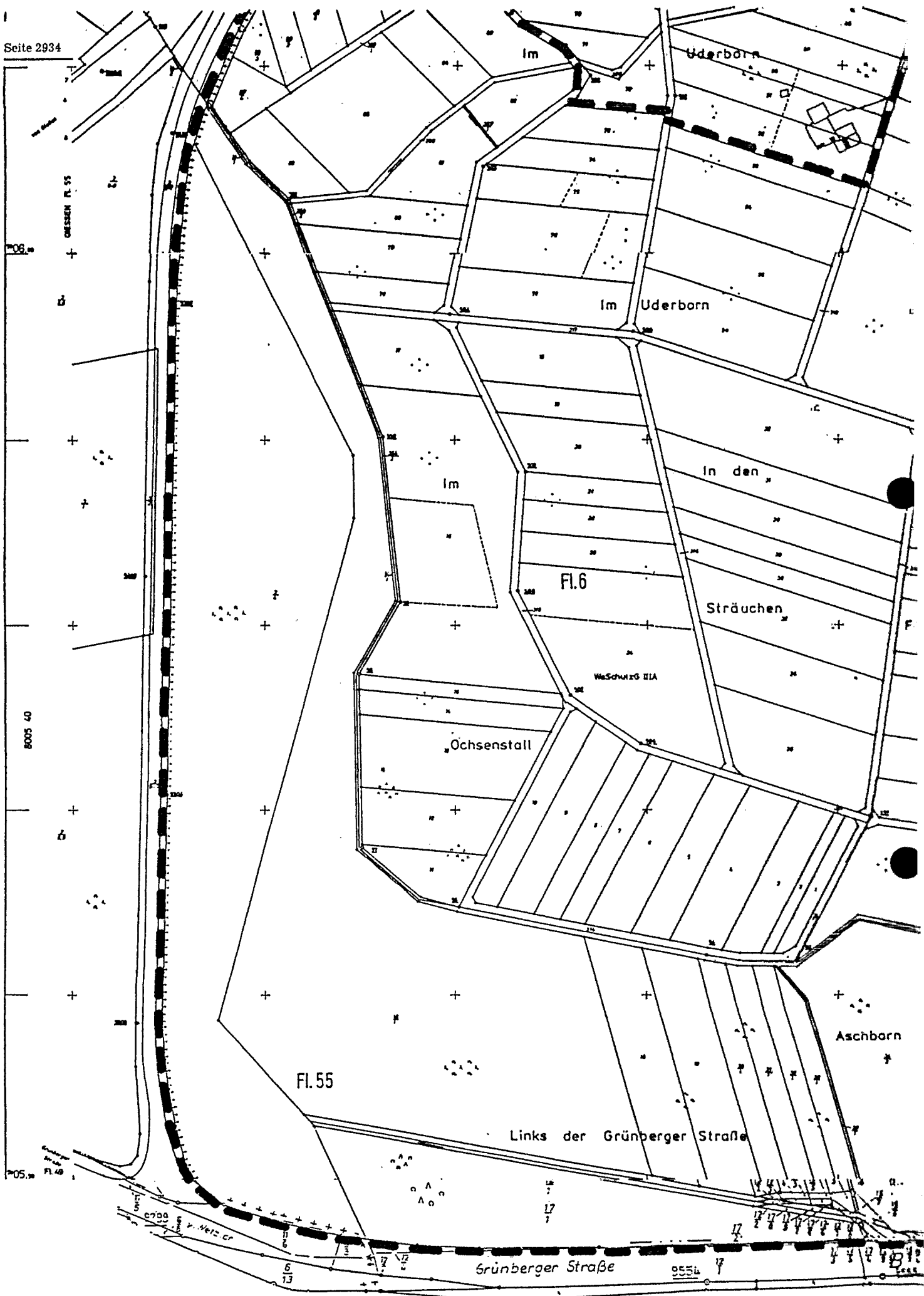
Auf dem Uderborn

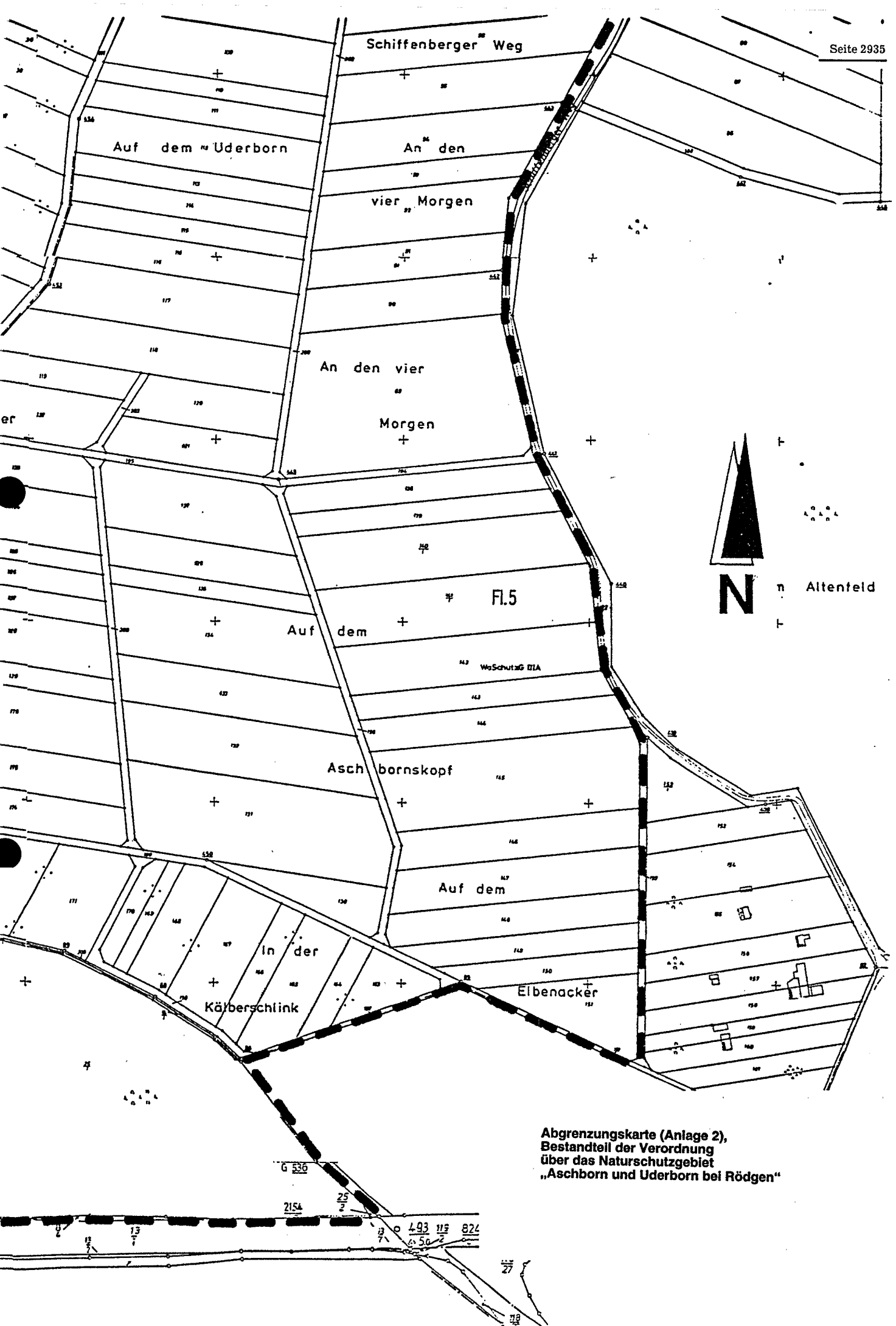
An den

vier Morgen

An den vier

Morgen





Abgrenzungskarte (Anlage 2),
 Bestandteil der Verordnung
 über das Naturschutzgebiet
 „Aschborn und Uderborn bei Rödden“

(Fortsetzung von Seite 2931)

- c) Besatzmaßnahmen mit standortsheimischen Fischen, jedoch unter der in § 3 Nr. 20 genannten Einschränkung;
5. Handlungen zur Überwachung der vorhandenen Ver- und Entsorgungsanlagen und deren Betrieb im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Erlaubnisse und Genehmigungen sowie zwingend erforderliche Maßnahmen zur Behebung von Störfällen; ferner Maßnahmen zur Unterhaltung und Instandsetzung der vorhandenen Ver- und Entsorgungsanlagen in der Zeit vom 16. Juli bis zum 28. Februar;
6. Handlungen der zuständigen Wasserbehörde oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht sowie Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
7. Maßnahmen zur Unterhaltung und Instandsetzung der vorhandenen Wege in der Zeit vom 16. Juli bis 28. Februar.

§ 5

Ordnungswidrig im Sinne des § 43 Abs. 3 Nr. 10 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Bestimmungen des § 3 verstößt.

§ 6

Die Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des zukünftigen Naturschutzgebietes „Aschborn und Uderborn bei Rödgen“ vom 21. Oktober 1992 (StAnz. S. 2897), geändert durch Verordnung vom 11. Oktober 1995 (StAnz. S. 3428), wird aufgehoben.

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gießen, 4. September 1997

Regierungspräsidium Gießen
— Obere Naturschutzbehörde —
gez. B ä u m e r
Regierungspräsident
StAnz. 39/1997 S. 2930

1044

Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage Tiefbrunnen „Im Grund“ der Gemeinde Brechen, Ortsteil Werschau, Landkreis Limburg-Weilburg, vom 20. August 1997

Aufgrund des § 19 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 1996 (BGBl. I S. 1695) und des § 29 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1990 (GVBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. September 1996 (GVBl. I S. 384), wird folgendes verordnet:

§ 1

Schutzgebietsfestsetzung

Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage „Tiefbrunnen“ in der Gemarkung Werschau, zugunsten der Gemeinde Brechen, Landkreis Limburg-Weilburg, ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

§ 2

Gliederung, Umfang, Grenzen

(1) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in

- Zone I** (Fassungsbereich),
Zone II (Engere Schutzzone),
Zone III (Weitere Schutzzone).

(2) Das Wasserschutzgebiet und seine Schutzzonen sind in der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000 und mit der Aufzählung nach § 3 dargestellt.

(3) Die genaue Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und der Schutzzonen ergibt sich aus den Schutzgebietskarten (Kartennummern 1 bis 7) im Maßstab 1 : 1 000, 1 : 2 000 und 1 : 10 000, in denen die Schutzzonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I** (schwarze Umrandung mit ganzflächiger roter Markierung),
Zone II (schwarze, gestrichelte Umrandung mit innenliegender blauer, gestrichelter Markierung),
Zone III (schwarze Umrandung mit innenliegender gelber Markierung).

(4) Die Anlage und die Schutzgebietskarten sind Bestandteil dieser Verordnung.

Die Schutzgebietskarten werden archivmäßig bei dem

Regierungspräsidium Gießen
— Obere Wasserbehörde —,
Landgraf-Philipp-Platz 3 — 7,
35390 Gießen,

und bei dem

Gemeindevorstand der Gemeinde Brechen,
Rathaus,
Marktstraße 1,
65611 Brechen,

zu jedermanns Einsicht verwahrt.

Die Karten können dort und bei den folgenden Dienststellen während der Dienststunden eingesehen werden:

Wasserwirtschaftsamt Dillenburg,
Wilhelmstraße 9,
35683 Dillenburg,

Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg
— Untere Wasserbehörde —,

Schiede 43,
65549 Limburg a. d. Lahn,

Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg

— Katasteramt —,

In der Erbach 2,
65549 Limburg a. d. Lahn,

Kreisausschuß des Landkreises Limburg-Weilburg

— Bauaufsicht —,

Schiede 43,
65549 Limburg a. d. Lahn,

Kreisausschuß des Landkreises Limburg-Weilburg

— Gesundheitsamt —,

Schiede 43,
65549 Limburg a. d. Lahn,

Hessisches Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen,

Wilhelmstraße 10,
65185 Wiesbaden,

Hessisches Landesamt für Bodenforschung,
Leberberg 9,
65189 Wiesbaden,

Hessische Landesanstalt für Umwelt,
Rheingaustraße 186,
65203 Wiesbaden,

Hessisches Landesamt für Regionalentwicklung
und Landwirtschaft,

Dezernat 23.4,
Kölnische Straße 48—50,
34117 Kassel,

Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege
und Landwirtschaft,

Am Renngraben 7,
65549 Limburg a. d. Lahn,

Forstamt Bad Camberg,

Wiesenstraße 2,
65520 Bad Camberg,

Regierungspräsidium Gießen
— Obere Naturschutzbehörde —,

Eichgärtenallee 1,
35394 Gießen,

Regierungspräsidium Gießen
— Obere Landesplanungsbehörde —,

Landgraf-Philipp-Platz 1,
35390 Gießen.

§ 3

Aufzählung der Flurstücke, Fluren und Gemarkungen

(1) Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich umfaßt die Flurstücke 115 und 116/1 jeweils teilweise innerhalb der Flur 12, Gemarkung Werschau.

(2) Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone umfaßt Teile der Flur 12 der Gemarkung Werschau.

(3) Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone umfaßt Teile der Gemarkungen Brechen-Werschau, Hünfelden-Neesbach und Hünfelden-Nauheim.

§ 4

Verbote in der Zone III

In der Zone III sind verboten:

1. das Versenken von Abwasser, einschließlich des auf Straßen und sonstigen befestigten Flächen anfallenden Niederschlagswassers;

2. das Versickern von Abwasser, einschließlich des auf Straßen und sonstigen befestigten Flächen anfallenden gesammelten und ungesammelten Niederschlagswassers, mit Ausnahme der Versickerung über die belebte Bodenzone bei günstigen Standortbedingungen. Günstige Standortbedingungen liegen vor, wenn es sich um nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser handelt, und/oder die Untergrundverhältnisse gewährleisten, daß vor dem Eintritt in das Grundwasser mitgeführte Schadstoffe abgebaut werden oder daß ein Eintritt in das Grundwasser nicht zu erwarten ist.

Als nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser gilt Niederschlagswasser von Feld- und Forstwegen sowie von Dach-, Terrassen- und Hofflächen von zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken. Dieses Verbot gilt nicht, wenn für das Versickern eine Erlaubnis nach § 7 des Wasserhaushaltsgesetzes erteilt ist;

3. Maßnahmen, die im Widerspruch zur jeweils gültigen Fassung der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung — VAWS) stehen;

4. das Ablagern von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen sowie deren Einbringen in den Untergrund;

5. das Errichten und Betreiben von gewerblichen, industriellen und der Forschung dienenden Betrieben und Anlagen, in denen als Reststoffe radioaktive Stoffe, wassergefährdende Stoffe oder Betriebsabwässer, ausgenommen Kühlwasser, anfallen, wenn diese Stoffe nicht vollständig und sicher aus dem Schutzgebiet hinausgeleitet, hinausgebracht, ausreichend behandelt oder zulässigerweise in eine öffentliche Kanalisation eingeleitet werden;

6. das Errichten und Betreiben von Rohrleitungen für wassergefährdende Stoffe außerhalb eines Werksgeländes;

7. Anlagen zur Entsorgung von Abfällen und Reststoffen mit Ausnahme von Zwischenlagern für Erdaushub, Bauschutt, Straßenaufbruch, soweit sie unbelastet sind, sowie mit Ausnahme von Kompostierungsanlagen, sofern keine nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften zu besorgen ist;

8. Umschlaganlagen für Hausmüll, Anlagen zur örtlichen Bodenbehandlung bei Sanierungsvorhaben, Recyclinghöfe, Schrottplätze, Autowrackplätze und Sortieranlagen für Haus-, Gewerbe- und Sperrmüll;

9. die Verwendung von auswaschungsgefährdeten oder auslaugbaren wassergefährdenden Materialien bei Baumaßnahmen im Freien;

10. der Wiedereinbau von Bodenmaterial aus dem Bereich einer Altlast oder eines Schadensfalles am Ort der Entnahme, sofern eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften zu besorgen ist;

11. die Anwendung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln mit W-Auflage und Pflanzenschutzmitteln, die aus einem Wirkstoff bestehen oder einen Wirkstoff enthalten, für den in der jeweils geltenden Fassung der „Verordnung über Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel (Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung)“ für Wasserschutzgebiete oder allgemein ein Anwendungsverbot besteht;

12. das Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln mit Luftfahrzeugen;

13. die Lagerung von organischen Düngern und Silagen, sofern Sickersäfte anfallen und diese nicht schadlos aufgefangen, verwertet oder ordnungsgemäß beseitigt werden;

14. das Zwischenlagern von Festmist auf unbefestigten Flächen, wenn das Entstehen von Sickersaft und dessen Eindringen in das Grundwasser zu besorgen ist; der Standort ist jährlich zu wechseln und nach der Räumung gezielt zu begrünen;

15. das Errichten und Betreiben von gewerblichen, industriellen und der Forschung dienenden Betrieben, in welchen mit radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen im Sinne von § 19 g WHG zum unmittelbaren Betriebszweck umgegangen wird;

16. das Betreiben von unterirdischen Anlagen zum Sammeln, Befördern, Lagern und Abfüllen von organischen Düngern und Silagesickersäften mit Ausnahme von solchen Anlagen, bei denen der bestmögliche Schutz des Grundwassers vor Verunreinigung oder sonstiger nachteiliger Veränderung seiner Eigenschaften erreicht wird; dies ist in der Regel der Fall, wenn der Nachweis der Dichtigkeit durch ein Leckerkennungsdrän mit Kontrollmöglichkeit (bei Neuanlagen) oder durch eine Dichtigkeitsprüfung (bei Altanlagen) gewährleistet ist.

Die Dichtigkeitsprüfung erfolgt sofort nach Inkrafttreten der Verordnung und anschließend im Abstand von fünf Jahren durch Eigenkontrolle und ist zu dokumentieren;

17. das Versenken und Versickern von Kühlwasser;

18. Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Betriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus dem Schutzgebiet hinausgeleitet wird (§ 4 Nr. 2 bleibt unberührt);

19. sämtlicher Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sowie deren Beförderung in Rohrleitungen innerhalb eines Werksgeländes, es sei denn, eine Verunreinigung oder eine sonstige nachteilige Veränderung der Eigenschaften des Grundwassers ist nicht zu besorgen. Eine Besorgnis besteht in der Regel nicht, wenn die jeweils für die Wasserschutzgebiete geltenden Vorschriften der Anlagenverordnung (VAWS) in der jeweils gültigen Fassung eingehalten sind;

20. das Lagern, Abfüllen und Umschlagen radioaktiver Stoffe;

21. das Errichten von Kläranlagen (mit Ausnahme zugelassener Kleinkläranlagen) und das Errichten und Betreiben von Abwassergruben;

22. das Lagern und Ablagern von Abfall und von zur Wiederverwertung vorgesehenen wassergefährdenden Materialien;

23. Start-, Lande- und Sicherheitsflächen des Luftverkehrs;

24. militärische Anlagen sowie Manöver und Übungen der Streitkräfte oder anderer Organisationen, soweit sie nicht den zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) abgestimmten Vorgaben für die Schutzzone III entsprechen.

25. Bohrungen, Erdaufschlüsse und sonstige Bodeneingriffe mit wesentlicher Minderung der Grundwasserüberdeckung; sofern nicht fachbehördlich festgestellt worden ist, daß eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist. Einem möglichen zukünftigen Abbau oberflächennaher Rohstoffe (Quarzsand und -kies) innerhalb des in der Karte „Siedlung und Landschaft“ des RROP 1995 ausgewiesenen „Gebietes oberflächennaher Lagerstätten (Reservegebiet)“ steht unter Beachtung der Belange des Trinkwasserschutzes nichts entgegen;

26. das Neuanlegen und Erweitern von Friedhöfen;

27. Grundwasser- und Erdreichwärmepumpen;

28. Flächen für Motorsport;

29. das Neuanlegen von Kleingärten;

30. das Anlegen oder Erweitern von Dränungen und Vorflutgräben.

§ 5

Verbote in der Zone II

In der Zone II gelten die Verbote für die Zone III. Darüber hinaus sind verboten:

1. das Errichten und die wesentliche Änderung von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen;

2. Lager für Baustoffe und Baumaschinen sowie Baustellen und Baustelleneinrichtungen;

3. der Neubau und die wesentliche Änderung von Straßen, Bahnlinien und sonstigen Verkehrsanlagen, ausgenommen unbefestigte Feld- und Waldwege;

4. das Zelten, Lagern, Baden sowie das Abstellen von Wohnwagen;

5. Parkplätze und Sportanlagen;

6. Abstellen von Kraftfahrzeugen auf wasserdurchlässigem Untergrund mit Ausnahme des Abstellens im Rahmen von land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten;

7. das Waschen, Reparieren und Warten von Kraftfahrzeugen;

8. jegliche über die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Grundwasserüberdeckung vermindert wird;

9. Bergbau, wenn er zum Zerreißen der Grundwasserüberdeckung, zu Einnuldungen oder offenen Wasseransammlungen führen kann;

10. Sprengungen;

11. das Vergraben von Tierkörpern;

12. das Herstellen oder wesentliche Umgestalten von oberirdischen Gewässern;

13. Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderen Organisationen, soweit sie nicht den zwischen dem Bundesministerium für Verteidigung und der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) abgestimmten Vorgaben für die Zone II entsprechen;

14. sämtlicher Umgang mit oder das Befördern von radioaktiven und wassergefährdenden Stoffen, mit Ausnahme des Ausbringens und Beförderns von Silagesickersäften, Dünge-, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in dichten

Transportbehältnissen sowie mit Ausnahme der Verwendung von Betriebsstoffen in land- und forstwirtschaftlichen Maschinen;

15. das Durchleiten und Hinausleiten von Abwasser;
16. Kompostierungsanlagen;
17. die Bewässerung mit hygienisch bedenklichem Wasser;
18. Kleingärten;
19. das breitflächige Versickern von auf Straßen und sonstigen befestigten Flächen anfallenden gesammeltem und ungesammeltem Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone, auch bei günstigen Standortbedingungen, mit Ausnahme der breitflächigen Versickerung von gesammeltem und ungesammeltem Niederschlagswasser von Feld- und Forstwegen.

§ 6

Verbote in der Zone I

In der Zone I gelten die Verbote für die Zone II. Darüber hinaus sind verboten:

1. Fahr- und Fußgängerverkehr sowie Reiten;
2. landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche, gartenbauliche und weinbauliche Nutzung;
3. die Anwendung von Düngern, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln;
4. das Verletzen der belebten Bodenzone.

§ 7

Ver- und Gebote für die landwirtschaftliche Grundstücksnutzung in der Zone III

Vorbehaltlich der Sonderregelungen in § 8 und zusätzlich zu den in § 4 genannten Verboten gelten für die landwirtschaftliche Grundstücksnutzung in der Zone III folgende Ver- und Gebote:

1. die Düngung, die Bodenbearbeitung, der Anbau und die Bodennutzung, die Bewässerung, der Pflanzenschutz sowie die Dokumentation der Bewirtschaftung haben nach den Vorgaben der ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung zu erfolgen;
2. Grünland darf nicht in Ackerland umgewandelt werden.
Die Grünlanderneuerung darf nur durch Direktsaat erfolgen;
3. Festmist darf auf Ackerland im Zeitraum nach der Ernte bis zum 1. November nicht ausgebracht werden, soweit in diesem Zeitraum keine Kultur angesät wird. Auf schweren Böden (Bodenartengruppe III — tL, sT, lT, T) gilt das Verbot bis zum 1. Oktober;
4. für die Lagerung von Zwischenlagerung von organischen Düngern und Silagen gelten die Vorschriften des § 4 Ziffer 13 und 14;
5. verboten ist eine Beweidung, bei welcher die Grasnarbe großflächig zerstört wird;
6. die Erstaufforstung von landwirtschaftlich genutzten Flächen ist erlaubt, soweit die Grundwasserneubildung nicht wesentlich beeinträchtigt wird und kein über das übliche Maß hinausgehender Stickstoffeintrag in das Grundwasser zu besorgen ist. Hierzu ist vor Beginn der Erstaufforstung der Stickstoffgehalt des Bodens durch Bodenuntersuchungen zu ermitteln. Es ist mindestens eine Bodenprobe je Hektar durchzuführen;
7. Bewirtschafteter landwirtschaftlich genutzter Flächen müssen schlagspezifische Aufzeichnungen über Art, Menge und Zeitpunkt der eingesetzten Dünge- und Pflanzenschutzmittel sowie über die angebauten Kulturen, durchgeführte Bodenbearbeitungsmaßnahmen und erzielten Erträge führen. Hierzu können vorhandene Aufzeichnungen herangezogen werden. Die Aufzeichnungen sind fünf Jahre aufzubewahren und auf Verlangen der zuständigen Wasserbehörde vorzuweisen. Zur fachlichen Bewertung ist das Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft heranzuziehen;
8. vor Vegetationsbeginn ist der Stickstoffgehalt des Bodens durch Bodenuntersuchungen zu ermitteln und bei der Düngung zu berücksichtigen. Es ist mindestens eine Bodenprobe je Flächeneinheit (Schlag) im Wasserschutzgebiet, mindestens jedoch eine Bodenprobe je Hektar durchzuführen. Bei gleicher Fruchtfolge und vergleichbaren Standortverhältnissen ist eine repräsentative Beprobung möglich. Diese Verpflichtung entfällt für Grünland und Dauerbrachen sowie für Rotationsbrachen, sofern dort keine Düngung erfolgt;
9. mit Gülle, Jauche und Klärschlamm dürfen auf Ackerland im Zeitraum nach der Ernte bis zum 1. Oktober nicht mehr als 60 kg Gesamt-N/ha ausgebracht werden;
10. vor dem Anbau von Sommerungen ist ein Zwischenfruchtanbau durchzuführen, soweit die Vorfrucht bis spätestens 15. September geerntet ist;

11. soweit eine Sommerung erfolgt, darf der Zwischenfruchtanbau nicht vor dem 1. November erfolgen;
12. Zwischenfrüchte zur Futternutzung dürfen mit nicht mehr als 60 kg Gesamt-N/ha gedüngt werden;
13. Zwischenfrüchte zur Gründüngung dürfen mit nicht mehr als 30 kg Gesamt-N/ha gedüngt werden;
14. Zwischenfruchtansaaten, in denen Leguminosen enthalten sind, dürfen keine N-Düngung erhalten;
15. im Zwischenfruchtanbau darf kein Reinanbau von Leguminosen erfolgen;
16. im Hauptfruchtanbau ist der Reinanbau von Leguminosen ohne gezielte Maßnahmen zur N-Konservierung während des Anbaues bzw. nach der Ernte nicht gestattet. Ebenfalls nicht gestattet ist der Umbruch von Rotations- und Dauerbrachen ohne gezielte Maßnahmen zur N-Konservierung nach dem Umbruch der Flächen.

Gezielte Maßnahmen sind:

- Anbau von Untersaaten;
 - Getreidebestellung bis zum 1. Oktober nach flacher Bearbeitung;
 - Nachbau von N-Zehren, wie zum Beispiel Kreuzblütler, Gräser, Phacelia;
 - Umbruch im Frühjahr mit unmittelbarem Anbau einer Sommerung;
17. der Einsatz von organischen Düngern wird insgesamt auf 120 kg Gesamt-N/ha/Jahr beschränkt, wobei bei der Anwendung von Festmist, Bio-Abfallkompost und entwässertem Klärschlamm bis zu 150 kg Gesamt-N/ha/Jahr verabreicht werden können, wenn im Schnitt der Fruchtfolge 120 kg Gesamt-N/ha/Jahr nicht überschritten werden;
 18. die in organischen Düngern enthaltenen Nährstoffe sind zu 100 Prozent in der Nährstoffbilanz anzurechnen. § 7 Ziffer 19 und 20 bleiben unberührt;
 19. sofern vor dem Ausbringen von Gülle und Jauche eine Messung des Ammoniumgehaltes mit anschließender Berechnung des Gesamt-N-Gehaltes erfolgt, kann dieser wie folgt in der Nährstoffbilanz angerechnet werden:
 - Schweinegülle: 60% im Ausbringungsjahr, 20% im Folgejahr
 - Rindergülle: 50% im Ausbringungsjahr, 20% im Folgejahr
 - Jauche: 90% im Ausbringungsjahr
 20. der Gesamt-N-Gehalt aus Stallmist, Klärschlamm und Bio-Abfallkompost (inkl. Grüngut) wird in der Nährstoffbilanz wie folgt angerechnet:
 - Stallmist: 40% im Ausbringungsjahr, 30% im Folgejahr
 - Naßschlamm: 50% im Ausbringungsjahr, 20% im Folgejahr
 - entwässerter Schlamm: 40% im Ausbringungsjahr, 30% im Folgejahr
 - Bio-Abfallkompost (einschl. Grüngut): 35% im Ausbringungsjahr, 25% im Folgejahr
 21. Grünland darf zum letzten Aufwuchs nicht mit mehr als 30 kg Gesamt-N/ha gedüngt werden, falls mehr als zwei Nutzungen erfolgen;
 22. soweit eine Beifütterung der Tiere erfolgt, ist eine Tag- und Nachtweide nicht gestattet; dies gilt nicht, soweit die Beifütterung ausschließlich mit Strukturfutter erfolgt;
 23. zur Stilllegung im Folgejahr vorgesehene Flächen sind durch Herbstansaat oder Aufwuchs der Untersaat nach der Ernte der Hauptfrucht gezielt zu begrünen. Nach Zuckerrüben und in Trockenlagen kann die Begrünung auch im Frühjahr vorgenommen werden; dann darf jedoch vor dem Frühjahr keine Bodenbearbeitung erfolgt sein, es sei denn, zum Zwecke des Erosionsschutzes;
 24. zur Begrünung von langfristig stillgelegten Flächen ist die Verwendung von Leguminosen, auch im Gemenge, nicht gestattet. Zur Begrünung von konjunkturell stillgelegten Flächen dürfen Leguminosen nur im Gemenge verwendet werden, wobei der Anteil der Leguminosen in der Aussaatmischung maximal 20 Prozent betragen darf.

§ 8

Ver- und Gebote für die landwirtschaftliche Grundstücksnutzung in der Zone II

Für die landwirtschaftliche Grundstücksnutzung in der Zone II gelten die Ver- und Gebote der §§ 5 und 7. Darüber hinaus gelten folgende Verbote:

1. Intensivbeweidung, bei der die Grasnarbe großflächig zerstört wird;
2. die organische Düngung mit Ausnahme der Gründüngung und der Düngung mit Bio-Abfallkompost des Rottegrades IV und höher;
3. die Lagerung von organischen Düngern und Silagen.

§ 9

Ver- und Gebote für die landwirtschaftliche und gartenbauliche Grundstücksnutzung beim Anbau von Sonderkulturen in der Schutzzone III

(1) Sonderkulturen im Sinne dieser Vorschrift sind Gemüse, Tabak, Obst, Baumschulerzeugnisse, Stauden, Zierpflanzen, gartenbauliche Samenkulturen, Arznei- und Gewürzpflanzen.

(2) Diese Vorschrift ist nicht anzuwenden für Sonderkulturen, die in Gewächshäusern oder in geschlossenen Systemen im Freiland angebaut werden.

(3) Zusätzlich zu den in § 4 genannten Verbote gelten für die landwirtschaftliche und gartenbauliche Grundstücksnutzung beim Anbau von Sonderkulturen in der Schutzzone III folgende Ver- und Gebote:

1. Es gelten die Ver- und Gebote des § 7 Ziffer 9 bis 11, 14 bis 17, 20 bis 22, 25 und 26 sinngemäß.
2. Bewirtschafter von Flächen mit Sonderkulturen müssen schlagspezifische Aufzeichnungen über Art, Menge und Zeitpunkt der eingesetzten Dünge- und Pflanzenschutzmittel sowie über die angebauten Kulturen und die durchgeführten Bodenbearbeitungsmaßnahmen führen. Hierzu können vorhandene Aufzeichnungen herangezogen werden. Die Aufzeichnungen sind fünf Jahre aufzubewahren und auf Verlangen der zuständigen Wasserbehörde vorzuweisen. Zur fachlichen Bewertung ist das Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft hinzuzuziehen;
3. für die Durchführung der Düngung ist ein auf den Einzelbetrieb abgestimmter kulturbezogener Düngeplan aufzustellen;
4. die Düngung ist gemäß dem Düngeplan unter Berücksichtigung des N-Entzugsverlaufs durchzuführen;
5. vor Vegetationsbeginn ist der Stickstoffgehalt des Bodens durch Bodenuntersuchungen zu ermitteln und im Düngeplan zu berücksichtigen. Es ist mindestens eine Bodenprobe je Flächeneinheit im Wasserschutzgebiet, mindestens jedoch eine Bodenprobe je Hektar durchzuführen. Bei vergleichbarer Fruchtfolge und vergleichbaren Standortverhältnissen ist eine repräsentative Beprobung möglich;
6. bei Ernte der Letztkultur vor dem 15. September sind Brachezeiten durch Anbau von Zwischenfrüchten (Zwischenkulturen bzw. Zwischenbegrünung) auszuschließen;
7. beim Anbau von Frühlkulturen ist ein Zwischenfruchtumbruch ab dem 15. Dezember zulässig; bei sonstigen Kulturen hat der Umbruch direkt vor Anbaubeginn zu erfolgen;
8. das Neuanlegen und Erweitern von Flächen mit Sonderkulturen ist verboten, sofern nicht grundwasserschützende Techniken angewandt werden.

§ 10

Ver- und Gebote für die landwirtschaftliche und gartenbauliche Grundstücksnutzung beim Anbau von Sonderkulturen in der Zone II

Für den Anbau von Sonderkulturen in der Zone II gelten die Ge- und Verbote der §§ 5 und 9. Darüber hinaus gelten folgende Verbote:

1. die Neuanlage und Erweiterung von Flächen zum Anbau von Sonderkulturen;
2. die Lagerung von organischen Düngern und Silagen;
3. die organische Düngung mit Ausnahme der Gründüngung und der Düngung von Bio-Abfallkompost des Rottegrades IV und höher.

§ 11

Ver- und Gebote für die landwirtschaftliche Grundstücksnutzung bei Vorhandensein einer Kooperationsvereinbarung

Besteht zwischen dem Träger der öffentlichen Wasserversorgung und den im Wasserschutzgebiet wirtschaftenden Landwirten eine Kooperationsvereinbarung, der die Obere Wasserbehörde zugestimmt hat, so gelten für die Landwirte, die an der Kooperationsvereinbarung beteiligt sind und diese einhalten, anstatt der Ge- und Verbote der §§ 7 und 8 die Regelungen der Kooperationsvereinbarung. Analoges gilt für den Anbau von Sonderkulturen.

§ 12

Handlungs- und Duldungspflichten

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes haben — soweit sie nicht selbst zur Vornahme dieser Handlungen verpflichtet sind — zu dulden, daß Beauftragte der zuständigen Behörden oder von diesen Verpflichtete

1. die Grundstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten;
2. den Fassungsbereich einzäunen;
3. Beobachtungsstellen einrichten;
4. Hinweisschilder zur Kennzeichnung aufstellen;
5. Mulden und Erdaufschlüsse auffüllen;
6. wassergefährdende Ablagerungen beseitigen;
7. notwendige Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Wasserschutzgebiet errichten;
8. Vorkehrungen an den im Wasserschutzgebiet liegenden Straßen und Wegen zur Verhinderung von Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen und zur Minderung von deren Folgen treffen;
9. Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen vornehmen.

§ 13

Ausnahmen

(1) Von den Bestimmungen dieser Verordnung kann das Regierungspräsidium Gießen — Obere Wasserbehörde — auf Antrag Ausnahmen zulassen. Die Zulassung bedarf der Schriftform.

(2) Handlungen, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung begonnen werden und die einer wasserrechtlichen Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung oder Befreiung, einer immissionsschutzrechtlichen, abfallrechtlichen oder bauaufsichtlichen Genehmigung bedürfen oder die aufgrund eines bergbehördlich geprüften Betriebsplanes oder durch bergrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung oder durch Planfeststellung zugelassen werden, bedürfen keiner Ausnahmezulassung nach dieser Verordnung. Entscheidet in den vorgenannten Fällen die Obere Wasserbehörde nicht selbst, ist, außer bei Planfeststellungsverfahren, ihr Einvernehmen erforderlich.

§ 14

Ordnungswidrigkeiten

Zu widerhandlungen gegen die in den §§ 4 bis 10 und 12 genannten Verbote und Duldungspflichten können nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG, Zu widerhandlungen gegen die in den §§ 7 und 9 genannten Gebote (Handlungspflichten) können nach § 120 Abs. 1 Nr. 19 und Abs. 2 HWG mit einer Geldbuße bis zu 100 000 Deutsche Mark geahndet werden.

§ 15

Übergangsvorschriften

- (1) Die Verbote in § 4 Ziffer 6 und 19 sowie § 5 Ziffer 14

finden auf Tätigkeiten im Rahmen von Betrieben, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung rechtmäßig betrieben werden, erst nach Ablauf eines Jahres ab dem Tage des Inkrafttretens Anwendung.

- (2) Die Verbote des § 4 Ziffer 25 und § 5 Ziffer 8 und 9

finden auf Tätigkeiten innerhalb eines Gewerbebetriebes oder eines unter Bergaufsicht stehenden Betriebes, der Kies, Sand oder Ton oder andere feste Stoffe zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung rechtmäßig abbaut, erst nach Ablauf eines Jahres ab dem Tage des Inkrafttretens Anwendung.

§ 16

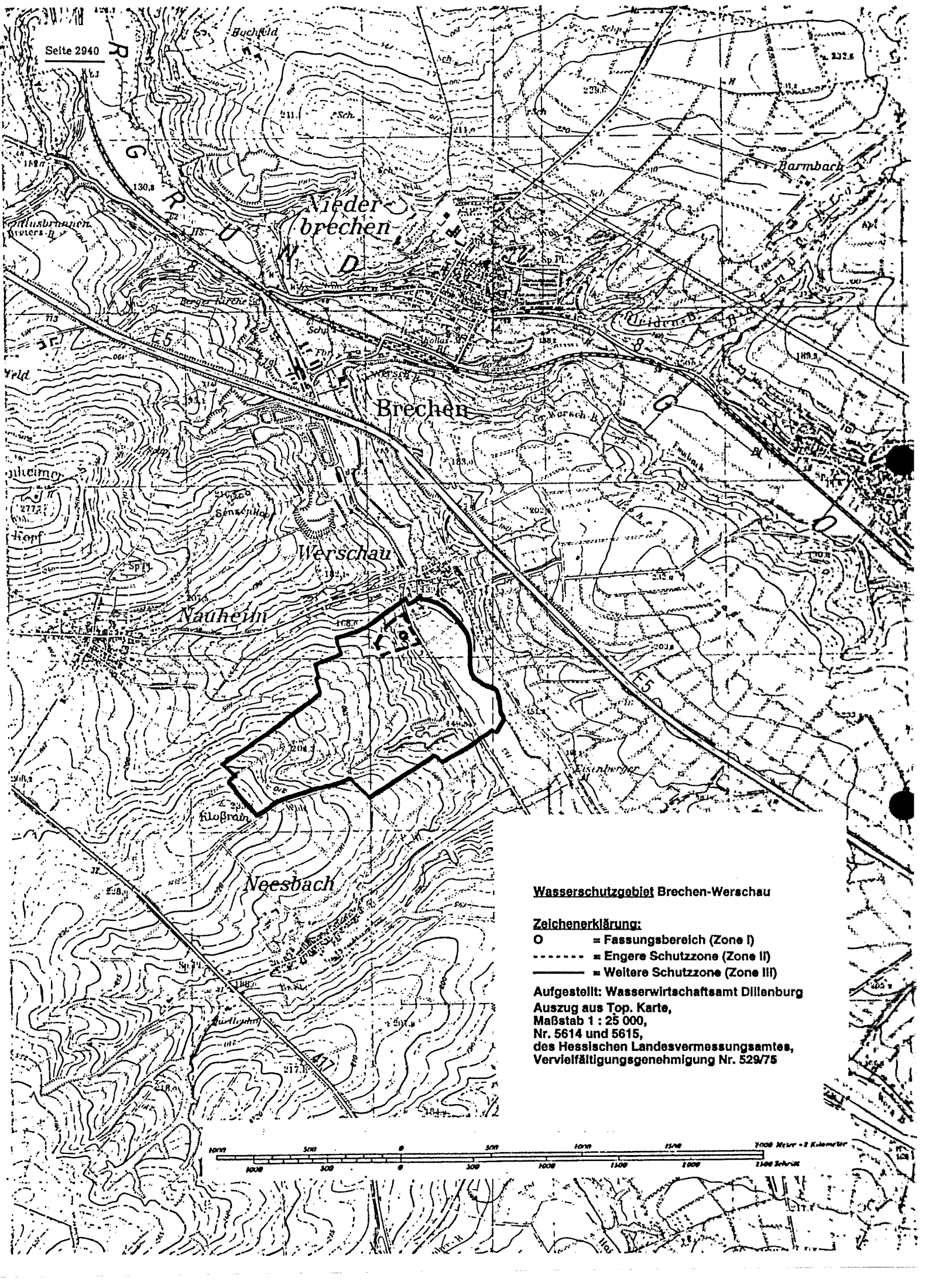
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Gießen, 20. August 1997

Regierungspräsidium Gießen
In Vertretung
gez. B e r g
Regierungsvizepräsident

StAnz. 39/1997 S. 2936

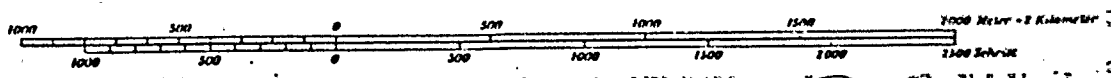


Wasserschutzgebiet Brechen-Werschau

Zeichenerklärung:

- O** = Fassungs-bereich (Zone I)
- = Engere Schutzzone (Zone II)
- = Weitere Schutzzone (Zone III)

Aufgestellt: Wasserwirtschaftsamt Dillenburg
Auszug aus Top. Karte,
Maßstab 1 : 25 000,
Nr. 5614 und 5615,
des Hessischen Landesvermessungsamtes,
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 529/75



1045

Berichtigung der Änderungsverordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Freiensteinau, Ortsteil Fleschenbach, Vogelsbergkreis, vom 22. Oktober 1996

Bezug: Verordnung vom 22. Oktober 1996 (StAnz. S. 4242)

Im Rahmen eines Flurbereinigungsverfahrens haben sich Änderungen in der Wege- und Flurstücksbezeichnung ergeben, die eine Berichtigung der in der Wasserschutzgebietsverordnung aufgezählten Flurstücksbezeichnung erfordern.

§ 2 Abs. 2 der o. a. Verordnung wird wie folgt berichtigt:

„Die Zone II für die Trinkwassergewinnungsanlage umfaßt in der Gemarkung Fleschenbach,

Flur 1, die Flurstücke 42, 43, 44, 45, 46, 47 teilweise, 48 teilweise, 51/1 teilweise, 51/2, 52 teilweise, 55 teilweise, 56 teilweise, 57, 58, 59, 60 und in der

Flur 2, das Flurstück 30, 31 teilweise, 68 teilweise, 70, 71, 72, 73, 74 teilweise, 75, 76, 77, 78, 80 teilweise.“

§ 2 Abs. 3 der o. a. Verordnung wird wie folgt berichtigt:

„Die Zone III umfaßt in der Gemarkung Fleschenbach, Flur 2, Flurstücke 1 teilweise, 2, 3, 27 teilweise, 28, 29, 38 teilweise und in der Gemarkung Freiensteinau, Flur 11, die Flurstücke 25, 26, 28, 29, 30, 31, 32, 43 teilweise, 44, 45 teilweise, 48 teilweise, 50, 51, 52, 53 teilweise, 54/1, 54/2, 55 und 56.“

Gießen, 8. September 1997

Regierungspräsidium Gießen
gez. B ä u m e r
Regierungspräsident

StAnz. 39/1997 S. 2941

1046

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 8. September 1997

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1186), in Verbindung mit der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen aufgrund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in **Weilburg/Lahn** in den in § 2 genannten Straßen und Plätzen aus Anlaß des Residenzmarktes am 12. Oktober 1997 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

§ 2

Der Geltungsbereich der Verordnung umfaßt die Straßen und Plätze:

- I. Innenstadt/Abgrenzung Marktplatz, Schloßplatz, Langgasse, Neugasse, untere Frankfurter Straße, vordere Bahnhofstraße und Postplatz.
- II. Gewerbegebiet „Kubach“, Abgrenzung Frankfurter Straße Ecke Johannes-Ernst-Straße, K 411 Kubacher Weg und untere Friedenbachstraße.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 12. Oktober 1997 in Kraft.

Gießen, 8. September 1997

Regierungspräsidium Gießen
gez. B ä u m e r
Regierungspräsident

StAnz. 39/1997 S. 2941

1047

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 8. September 1997

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom

30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1186), in Verbindung mit der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen aufgrund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in **Gladenbach** in den in § 2 genannten Straßen und Plätzen aus Anlaß des Jahrmarktes am 19. Oktober 1997 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

§ 2

Der Geltungsbereich der Verordnung umfaßt die Straßen und Plätze:

Marktstraße und Gießener Straße Nr. 1–5, Bahnhofstraße von Einmündung Marktstraße bis einschließlich Haus Nr. 25, Kreuzstraße von Marktstraße bis einschließlich Haus Nr. 21, Teichstraße bis Einmündung Karl-Waldschmidt-Straße bis einschließlich Hainstraße 4, Marktplatz und Ringstraße.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 19. Oktober 1997 in Kraft.

Gießen, 8. September 1997

Regierungspräsidium Gießen
gez. B ä u m e r
Regierungspräsident

StAnz. 39/1997 S. 2941

1048

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 9. September 1997

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1186), in Verbindung mit der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen aufgrund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in **Wetzlar** in den in § 2 genannten Straßen und Plätzen aus Anlaß des Gallusmarktes am 19. Oktober 1997 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

§ 2

Der Geltungsbereich der Verordnung umfaßt die Straßen und Plätze:

Bahnhofstraße, Barfüßerstraße, Baugasse, Brodschirm, Brückenstraße, Buderusplatz, Eduard-Kaiser-Straße (Bereich zwischen Bahnhofstraße und Gloelstraße), Eisenmarkt, Erbsengasse, Eselsberg, Fischmarkt, Güllgasse, Gürtlergasse, Hauser Gasse, Hauser-torstraße, Hintergasse, Hofstatt, Karl-Kellner-Ring, Kornmarkt, Krämerstraße, Lahnstraße, Langgasse, Moritz-Hensoldt-Straße, Nauborner Straße (Bereich vom Schillerplatz bis Friedrich-Ebert-Platz), Sandgasse, Schillerplatz, Schmiedgasse, Schwarzadlergasse, Silhöfer Straße, Silhöfertorstraße, Weißadlergasse, Zuckergasse, Haarplatz und Domplatz.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 19. Oktober 1997 in Kraft.

Gießen, 9. September 1997

Regierungspräsidium Gießen
gez. B ä u m e r
Regierungspräsident

StAnz. 39/1997 S. 2941

1049

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 9. September 1997

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1186), in Verbindung mit der Verordnung

über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen aufgrund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in **Homburg (Ohm)** in den in § 2 genannten Straßen und Plätzen aus Anlaß des Kalten Marktes am 19. Oktober 1997 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

§ 2

Der Geltungsbereich der Verordnung umfaßt die Straßen und Plätze:

Marktstraße von Haus-Nr. 1—87, Frankfurter Straße von Haus-Nr. 1—97, Marktplatz, Am Tiefen Hain und Stadthallenplatz.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 19. Oktober 1997 in Kraft.

Gießen, 9. September 1997

Regierungspräsidium Gießen

gez. B ä u m e r

Regierungspräsident

StAnz. 39/1997 S. 2941

1050

Überschwemmungsgebiet im Regierungsbezirk Gießen – Arbeitskarten des Wasserwirtschaftsamtes Marburg

Bezug: Veröffentlichung des Regierungspräsidiums Gießen vom 6. Januar 1995 (StAnz. S. 291 ff.) für Gewässer Bieber

In der o. a. Veröffentlichung muß es in Spalte 1 statt „Bieber, Gewässer II. Ordnung ab Einmündung des Schwarzbaches“ richtig „Bieber, Gewässer III. Ordnung“ lauten.

Gießen, 11. September 1997

Regierungspräsidium Gießen

In Vertretung

gez. S p ö h r e r i. V.

Regierungsvizepräsident i. V.

StAnz. 39/1997 S. 2942

BUCHBESPRECHUNGEN

Chemikaliengesetz. Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen; Sammlung des gesamten Chemikalienrechts des Bundes und der Länder. Kommentar von Dr. jur. Peter Schiwy mit einer Zusammenstellung des Europäischen Rechts von Univ.-Prof. Dr. jur. Bernd Becker; 87. Erg.Liefg., 300 S., 129,— DM; 88. Erg.Liefg., 290 S. + Ordn. EG-Recht Bd. 2, 134,— DM. Verlag R. S. Schulz, Starnberg. ISBN 3-7962-0381-7.

Die vorliegende Sammlung enthält als Kernstück das am 25. Juni 1980 vom Bundesrat verabschiedete „Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz)“, dessen wesentliche Bestimmungen am 1. Januar 1982 in Kraft getreten sind.

Nach der Absicht des Gesetzgebers soll dieses Gesetz Mensch und Umwelt mehr und wirksamer als bisher vor den Wirkungen gefährlicher Stoffe schützen. Neue chemische Stoffe müssen nach bestimmten Kriterien auf gefährliche Eigenschaften geprüft und bei einer staatlichen Behörde angemeldet werden.

Das Gesetz fügt sich in die Fülle rechtlicher Bestimmungen zum Umwelt- und Gesundheitsschutz ein; gleichwohl ist es kein Teil dieser Gesetze, sondern soll Regelungslücken öffentlich-rechtlicher Normen auf diesem Gebiet schließen. Die Komplexität dieses Rechtsbereichs macht es notwendig, Verknüpfungen zu Spezialgesetzen und -vorschriften herzustellen, die für den Regelungszusammenhang der Materie bedeutsam sind.

Daher erschien es Autor und Verlag notwendig, neben den bereits im Verlag R. S. Schulz erschienenen Gesetzessammlungen des Arzneimittel-, Gesundheits-, Seuchen- und Umweltschutzrechts eine Sammlung einschlägiger gesetzlicher Regelungen sowie einen Kommentar zu diesem Gesetz zu schaffen.

Mit den vorliegenden Ergänzungslieferungen wird das Gesamtwerk auf den Rechtsstand vom 1. Juni 1997 gebracht.

Neu erschienen sind:

87. Ergänzungslieferung; 300 Seiten, 129,— DM

88. Ergänzungslieferung; 290 Seiten inkl. Ordner EG-Recht, 134,— DM.

Die Kommentierung der §§ 8, 9, 9 a sowie 21a des Chemikaliengesetzes wurde mit der 88. Ergänzungslieferung überarbeitet. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Recht der Europäischen Union und dessen Umsetzung in nationales Recht.

Im Teil Bundesrecht sind außerdem folgende Änderungen bedeutsam:

Abwasser, VO über Anforderungen an das Einleiten von

— in Gewässer

7/15 (aufgenom.)

Atomgesetz

7/13 (geändert)

Bundes-Immissionsschutzgesetz

7/1 (geändert)

Gefahrstoff-VO;

TRGS 102 Technische

Richtkonzentrationen für gefährliche Stoffe

8/3-2 (geändert)

TRGS 906 Begründung zur Bewertung von

Stoffen der TRGS 905

8/3-14 (neugefaßt)

Grundwasser, VO zur Umsetzung der Richtlinie

80/68/EWG des Rates vom 17. 12. 1979 über den

Schutz des — gegen Verschmutzung durch

bestimmte gefährliche Stoffe

7/16 (aufgenom.)

Jugendarbeitsschutzgesetz

8/1 (geändert)

Mutterschutzgesetz

8/2 (neugefaßt)

Mutterschutzrichtlinienverordnung

8/2-1 (aufgenom.)

Ordnungswidrigkeiten, Gesetz über —

9/2 (geändert)

Strafprozeßordnung

10/2 (geändert)

Im landesrechtlichen Teil der Loseblattsammlung sind weitere bedeutende Neuregelungen des Länderrechts aufgenommen worden:

Aus dem Inhalt:

Abfallwirtschafts- und Altlastengesetz (Bayern) 12/8 (berichtet)

Zuständigkeiten auf verschiedenen Gebieten

(Nordrhein-Westfalen)

18/4 (geändert)

Zuständigkeiten auf dem Gebiet des

Immissionsschutzes (Thüringen)

21/A/2 (geändert)

Die Sammlung wendet sich an Chemiker, Mitarbeiter chemischer Werke, pharmazeutische Betriebe und andere Firmen, in denen gefährliche Stoffe verarbeitet werden. Zugleich ist die Sammlung von Bedeutung für die Arbeit von Arzneimittelfirmen, Apotheken, Drogen, Düngemittel-, Lebensmittel- und Futtermittelhersteller.

Selbstverständlich soll sie auch die Arbeit der mit der Ausführung des Chemikaliengesetzes und verwandter Vorschriften beauftragten Behörden sowie von Unfallversicherungsträgern, Verbänden, Gewerkschaften und Betriebsräten, aber auch von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit erleichtern.

Technischer Oberamtsrat a. D. Werner Wehnert

Abwasserrecht. Kommentar. Vorschriften des Bundes, der Länder und der EG, Rechtsprechung. Loseblattwerk, 8. Erg. Liefg., 232 S., 104,40 DM; Gesamtwerk, 1. Ordn., 1650 S., 128,— DM. C. F. Müller Verlag (Hüthig GmbH), Heidelberg. ISBN 3-8114-7000-0

Die 8. Ergänzungslieferung enthält — außer zwei niedersächsischen Verordnungen — ausschließlich Verwaltungsvorschriften, die unmittelbare Verbindlichkeit zwar nur für die Vollzugsbehörden besitzen, damit jedoch die Verwaltungspraxis bestimmen. Abgedruckt in dieser Ergänzungslieferung sind auch eine Vielzahl hessischer Verwaltungsvorschriften bzw. Erlasse, nämlich

— Indirekteinleiter-VwV

— Allg. VwV zum Vollzug des Abwasserabgabengesetzes/HAbwAG

— VwV zur Eigenkontrolle von Abwasseranlagen

— VwV zur Genehmigung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen

— Erlaß über die Bauabnahme wasserwirtschaftlicher Anlagen gemäß § 74 HWG

— Erlaß über die Abwasserbehandlung mit Wurzelraum- und Pflanzenkläranlagen

— Erlaß über den Bau von Kleinkläranlagen vor dem Anschluß baulicher Anlagen an zentrale Kläranlagen

— VwV über die Überwachung der Abwasseranlagen, Abwasserleitungen und der oberirdischen Gewässer in Hessen.

Reglerungsdirektor Reinalt Frey

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1997

MONTAG, 29. SEPTEMBER 1997

Nr. 39

Güterrechtsregister

5772

GR 2235 — Neueintragung — 5. 9. 1997: Michael Schuh, geboren am 3. 8. 1963, und Elizabeta Schuh-Tatimirovic, geboren am 19. 4. 1967, Oberursel. Durch Vertrag vom 24. Juni 1997 ist Gütertrennung vereinbart.

Bad Homburg v. d. Höhe, 11. 9. 1997

Amtsgericht

5773

GR 755 — Neueintragung — 5. 8. 1997: Eheleute Uwe Sommer, geboren am 25. 3. 1964, und Anita Susanne Sommer geb. Denz, beide wohnhaft in Bad Schwalbach. Durch notariellen Vertrag vom 25. April 1997 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

Bad Schwalbach, 5. 8. 1997

Amtsgericht

5774

Neueintragungen beim Amtsgericht Darmstadt

GR 2880 — 19. 8. 1997: Die Eheleute Rainer Herrmann Schuchmann und Elisabeth Schuchmann geb. Leib, beide in Weiterstadt, haben durch Vertrag vom 16. Juli 1997 Gütertrennung vereinbart.

GR 2890 — 26. 8. 1997: Die Eheleute Manfred Weber und Stefanie Weber geb. Schuchmann, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 10. Oktober 1990 Gütertrennung vereinbart.

GR 2898 — 26. 8. 1997: Die Eheleute Peter Weber und Petra Weber-Heinz geb. Heinz, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 30. April 1997 Gütertrennung vereinbart.

GR 2932 — 19. 8. 1997: Die Eheleute Nihad Škahić und Susanne Utsch-Škahić, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 30. Juni 1997 Gütertrennung vereinbart.

GR 2934 — 7. 8. 1997: Die Eheleute Michael Dieter Dechert und Mitra Dechert geb. Sanepour, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 1. April 1997 Gütertrennung vereinbart.

Darmstadt, 11. 9. 1997

Amtsgericht

5775

8 GR 1487 — Neueintragung — 28. 8. 1997: Eheleute Hans-Michael Würdinger, Werkzeugmacher, geboren am 29. 10. 1962, und Silvia Ulrike Würdinger geb. Jung, geboren am 7. 10. 1969, beide wohnhaft in Kronberg im Taunus. In der notariellen Urkunde vom 17. Juni 1997 ist Gütertrennung vereinbart.

Königstein im Taunus, 10. 9. 1997

Amtsgericht

5776

8 GR 1488 — Neueintragung — 28. 8. 1997: Eheleute Dr. med. Susanne Regina Waller geb. Weltin, Fachärztin für Allgemein-Medizin, geboren am 7. 9. 1951, und Eckart Heinz Waller, Personaldirektor, geboren am 2. 3.

1947, beide wohnhaft in Königstein im Taunus. In der notariellen Urkunde vom 18. Juli 1997 ist Gütertrennung vereinbart.

Königstein im Taunus, 10. 9. 1997

Amtsgericht

5777

8 GR 1489 — Neueintragung — 28. 8. 1997: Eheleute Hans Oliver Quink, Kundendienst-Koordinator, geboren am 31. 5. 1967, und Marion Petra Antje Quink geb. Dalaker, Textil-Kauffrau, geboren am 14. 4. 1963, beide wohnhaft in Glashütten OT Schloßborn. In der notariellen Urkunde vom 25. April 1997 ist Gütertrennung vereinbart.

Königstein im Taunus, 9. 9. 1997

Amtsgericht

5778

8 GR 1490 — Neueintragung — 29. 8. 1997: Nicole Billen geb. Heyer, geboren am 20. 12. 1963, und Uwe Billen, geboren am 3. 11. 1955, beide wohnhaft in Eppstein. Durch notariellen Vertrag vom 27. März 1997 ist Gütertrennung vereinbart.

Königstein im Taunus, 10. 9. 1997

Amtsgericht

5779

V GR 94 — Neueintragung — 11. 9. 1997: Güterrechtsregistersache Georg Leopold und Heide Leopold geb. Bartmann, Pestalozzistraße 13, 64720 Michelstadt. Durch Vertrag vom 9. Juni 1997 ist die Zugewinngemeinschaft ausgeschlossen, so daß Gütertrennung eintritt.

Michelstadt, 11. 9. 1997

Amtsgericht

5780

Neueintragungen beim Amtsgericht Offenbach am Main

GR 5536 — 11. 9. 1997: Eheleute Kurt Willi Heinz Martens und Luzia Martens geb. Merzbach, wohnhaft in Neu-Isenburg. Durch notariellen Vertrag vom 22. Mai 1997 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 5537 — 11. 9. 1997: Eheleute Stefan Botzum und Britta Botzum geb. Schneider, wohnhaft in Mühlheim am Main. Durch notariellen Vertrag vom 3. Juli 1997 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 5538 — 11. 9. 1997: Eheleute Axel Knut Schulze und Astrid Roswitha Schulze geb. Brehm, wohnhaft in Obertshausen. Durch notariellen Vertrag vom 17. März 1997 ist Gütertrennung vereinbart.

Offenbach am Main, 11. 9. 1997

Amtsgericht, Abt. 5

Vereinsregister

5781

VR 1137 — Neueintragung — 9. 9. 1997: Human Care for Cuba, Bad Homburg.

Bad Homburg v. d. Höhe, 11. 9. 1997

Amtsgericht

5782

Neueintragungen beim Amtsgericht Darmstadt

VR 2742 — 31. 7. 1997: Förderer der Peter-Petersen-Schule e. V. in Weiterstadt.

VR 2743 — 12. 8. 1997: Förderverein Atelierhaus Vahle e. V. in Darmstadt.

VR 2744 — 14. 8. 1997: FHP Forschungs- und Arbeitszentrum Hochschulausbildung von Piloten in Darmstadt.

VR 2745 — 26. 8. 1997: Walruß-Realsin-Single und Senioren Kultur e. V. in Pfungstadt.

VR 2746 — 3. 9. 1997: Förderverein Stadtteilschule Arheilgen e. V. in Darmstadt.

Darmstadt, 11. 9. 1997

Amtsgericht

5783

6 VR 633 — Neueintragung — 2. 9. 1997: Familienzentrum „Fratz“ e. V., Sontra.

Eschwege, 9. 9. 1997

Amtsgericht

5784

6 VR 634 — Neueintragung — 3. 9. 1997: Agility Club Werra-Meißner, Ringgau-Röhrda.

Eschwege, 9. 9. 1997

Amtsgericht

5785

5 VR 1243 — Neueintragung — 16. 9. 1997: Box-Verein Fulda, Fulda.

Fulda, 16. 9. 1997

Amtsgericht

5786

Neueintragungen beim Amtsgericht Hofgeismar

VR 451 — 16. 9. 1997: Heimat- und Verkehrsverein Hofgeismar, Sitz: Hofgeismar.

VR 452 — 16. 9. 1997: Freiwillige Feuerwehr Udenhausen e. V., Grebenstein-Udenhausen.

Hofgeismar, 16. 9. 1997

Amtsgericht

5787

Neueintragungen beim Amtsgericht Lampertheim

VR 650 — 12. 9. 1997: Freiwillige Feuerwehr Viernheim, Viernheim.

VR 651 — 12. 9. 1997: Haus & Grund Biblis und Umgebung, Biblis.

VR 652 — 12. 9. 1997: Förderverein St. Bartholomäus, Biblis.

Lampertheim, 12. 9. 1997

Amtsgericht

5788

8 VR 689 — Neueintragung — 15. 9. 1997: IG Geschenktes Leben Interessengemeinschaft der Organspender und Organtransplantierten e. V., Dreieich.

Langen, 15. 9. 1997

Amtsgericht

5789

7 VR 827 — Neueintragung — 17. 9. 1997: Verein Tina Hilfe e. V., Sitz: Runkel.

Limburg a. d. Lahn, 17. 9. 1997

Amtsgericht

5790

VR 1874 — Neueintragung — 9. 9. 1997:
Gesellschaft Germanenhaus Marburg, Mar-
burg.

Marburg, 9. 9. 1997 **Amtsgericht**

5791

VR 1875 — Neueintragung — 12. 9. 1997:
Gewerbeverein Fronhausen, Fronhausen.

Marburg, 12. 9. 1997 **Amtsgericht**

5792

VR 467 — Neueintragung — 16. 9. 1997:
Angelsportverein Eckardroth mit dem Sitz
in 63628 Bad Soden-Salmünster, Ortsteil
Eckardroth.

Schlüchtern, 16. 9. 1997 **Amtsgericht**

Vergleiche – Konkurse**5793**

1 N 43/97: Konkursöffnungsverfahren
über das Vermögen der Firma Gebhardt
GmbH Malerfachbetrieb, Rodheimer Weg
25, 61184 Karben, vertreten durch den Ge-
schäftsführer Reinhard Kötter.

Durch Beschluß vom 12. September 1997,
14.00 Uhr, ist gemäß § 106 KO über das Ver-
mögen der Schuldnerin ein allgemeines Ver-
äußerungsverbot zur Sicherung der Masse
verhängt worden.

Bad Vilbel, 12. 9. 1997 **Amtsgericht**

5794

1 N 25/96: In dem Konkursöffnungsver-
fahren über das Vermögen des Herrn Frank
Balmer, Max-Planck-Straße 35, 61184 Kar-
ben, ist der Beschluß vom 4. März 1997 über
die Sequestration und das allgemeine Ver-
äußerungsverbot aufgehoben worden.

Bad Vilbel, 15. 9. 1997 **Amtsgericht**

5795

In dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen der Firma TSB Tennisschule Bött-
cher GmbH, soll die Schlußverteilung statt-
finden. Gegenwärtig sind 45 878,59 DM ver-
fügbar. Zu berücksichtigen sind 42 934,35
DM bevorrechtigte Konkursforderungen
und 84 668,36 DM nichtbevorrechtigte Kon-
kursforderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht
der Beteiligten beim Amtsgericht Bensheim,
Zimmer 308, unter dem Aktenzeichen 4 N
39/92 aus.

Bensheim, 16. 9. 1997

Der Konkursverwalter
Woit as, Rechtsanwalt

5796

In dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen der GFD Ges. f. Dienstleistungen
mbH, Offenbach am Main, soll die
Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 69 113,57 DM zuzüglich
Zinsen, abzüglich noch anfallender Masse-
kosten und Masseschulden.

Zu berücksichtigen sind 358 478,68 DM
bevorrechtigte und 59 706,12 DM nichtbe-
vorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigen-
den Gläubiger liegt auf der Geschäftsstelle
des Konkursgerichts in Offenbach am Main
zur Einsicht der Beteiligten aus.

Darmstadt, 13. 9. 1997

Der Konkursverwalter
Dipl.-Rpfl. Klaus Kö h l e
Rechtsbeistand

5797

61 N 69/97: Über das Vermögen der A.
Schuchmann FLL Fußbodenbau GmbH, ge-
setzlich vertreten durch den Geschäftsführer
Günther Friedrich, Gräfenhäuser Straße
201, 64285 Darmstadt, ist am Mittwoch, 10.
September 1997, 12.00 Uhr, das Konkursver-
fahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Dipl.-Rpfl. Joachim
Stumpf, Darmstädter Straße 23, 64372 Ober-
Ramstadt.

Anmeldefrist: 28. November 1997. Offener
Arrest mit Anzeigepflicht: 15. Oktober 1997.

Gläubigerversammlungen vor dem Amts-
gericht Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15,
II. Stock, Raum 203:

a) am 17. Oktober 1997, 10.00 Uhr, zur Be-
schlußfassung über die Wahl des Konkurs-
verwalters, die Bestellung eines Gläubiger-
ausschusses, sowie gemäß §§ 132, 134 und
137 KO,

b) am 19. Dezember 1997, 10.00 Uhr, zur
Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Darmstadt, 10. 9. 1997 **Amtsgericht**

5798

61 N 139/97: Über das Vermögen der
Bickel + Partner, Technische Software
GmbH, gesetzlich vertreten durch den Ge-
schäftsführer Stefan Eugen Lehnoff,
Rheinstraße 3, 64283 Darmstadt, ist am Mit-
woch, 10. September 1997, 12.00 Uhr, das
Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Dipl.-Rpfl. Joachim
Stumpf, Darmstädter Straße 23, 64372 Ober-
Ramstadt.

Anmeldefrist: 28. November 1997. Offener
Arrest mit Anzeigepflicht: 15. Oktober 1997.

Gläubigerversammlungen vor dem Amts-
gericht Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15,
Zimmer 203, II. Stock:

a) am 17. Oktober 1997, 10.15 Uhr, zur Be-
schlußfassung über die Wahl des Konkurs-
verwalters, die Bestellung eines Gläubiger-
ausschusses, sowie gemäß §§ 132, 134 und
137 KO,

b) am 19. Dezember 1997, 10.15 Uhr, zur
Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Darmstadt, 10. 9. 1997 **Amtsgericht**

5799

61 N 106/97: Über das Vermögen der Kress
GmbH, gesetzlich vertreten durch die Ge-
schäftsführerin Doris Kreß, Röntgen-
straße 15, 64291 Darmstadt-Arheilgen, ist
am Mittwoch, 10. September 1997, 12.00
Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Dipl.-Rpfl. Joachim
Stumpf, Darmstädter Straße 23, 64372 Ober-
Ramstadt.

Anmeldefrist: 28. November 1997. Offener
Arrest mit Anzeigepflicht: 15. Oktober 1997.

Gläubigerversammlungen vor dem Amts-
gericht Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15,
Zimmer 207:

a) am Freitag, 17. Oktober 1997, 10.30 Uhr,
zur Beschlußfassung über die Wahl des Kon-
kursverwalters, die Bestellung eines Gläubi-
gerausschusses, sowie gemäß §§ 132, 134 und
137 KO,

b) am Freitag, 19. Dezember 1997, 10.30
Uhr, zur Prüfung der angemeldeten Forde-
rungen.

Darmstadt, 15. 9. 1997 **Amtsgericht**

5800

In dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen der Quadro Büro + Kopiersysteme
Vertriebsges. mbH, Offenbach am Main, soll
die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar
sind 35 152,57 DM zuzüglich Zinsen, abzü-
glich noch anfallender Massekosten und Mas-
seschulden (Vergütung und Auslagen des
Konkursverwalters, Gerichtskosten).

Zu berücksichtigen sind 552 021,89 DM
bevorrechtigte und 525 059,23 DM nichtbe-
vorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigen-
den Gläubiger liegt auf der Geschäftsstelle
des Konkursgerichts in Offenbach am Main
zur Einsicht der Beteiligten aus.

Darmstadt, 15. 9. 1997

Der Konkursverwalter
Dipl.-Rpfl. Klaus Kö h l e
Rechtsbeistand

5801

3 N 43/97: Über das Vermögen der Firma
MBG Leasing GmbH Berlin in Babenhausen
ist am 12. September 1997, 10.00 Uhr, Kon-
kurs eröffnet.

Konkursverwalter: Frank Völger, Anne-
Frank-Straße 6, 64823 Groß-Umstadt (Tel.:
0 60 78/91 23 13).

Konkursforderungen sind bis zum 31. Ok-
tober 1997 beim Gericht in zwei Stücken an-
zumelden.

Gläubigerversammlung im Amtsgericht
Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, I. Stock, Saal
117:

1. am 22. Oktober 1997, 14.00 Uhr, zur Be-
schlußfassung über Beibehaltung des er-
nannten oder Wahl eines neuen Verwalters,
Wahl eines Gläubigerausschusses und ein-
tretendenfalls über die in §§ 86, 132, 134,
137, 204 KO bezeichneten Angelegenheiten;

2. am 17. Dezember 1997, 14.00 Uhr, zur
Prüfung angemeldeter Forderungen sowie
eintretendenfalls über die in §§ 86 und 204
KO bezeichneten Angelegenheiten.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sa-
che besitzt oder zur Konkursmasse etwas
schuldet, darf nichts an den Schuldner aus-
händigen oder leisten und muß den Besitz
der Sachen und die Forderungen, für die er
aus der Sache abgesonderte Befriedigung
verlangt, dem Verwalter bis zum 31. Oktober
1997 anzeigen.

Dieburg, 12. 9. 1997

Amtsgericht

5802

3 N 61/97 — Beschluß: Über den Nachlaß
des am 4. 9. 1997 verstorbenen Jürgen Siese,
zuletzt wohnhaft Oberlandstraße 18, 37269
Eschwege, wird am Montag, 15. September
1997, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Peter
Bundel, Reichensächser Straße 17 a, 37269
Eschwege.

Konkursforderungen sind beim Gericht
zweifach und mit den bis zum Tage der Kon-
kursöffnung errechneten Zinsen anzumel-
den bis 28. Oktober 1997.

Erste Gläubigerversammlung mit Tages-
ordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO
am 5. November 1997, 14.30 Uhr,

Prüfungstermin am 17. Dezember 1997,
14.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Eschwege,
Bahnhofstraße 30, I. Obergeschoß, Raum
121.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 28.
Oktober 1997.

Eschwege, 16. 9. 1997

Amtsgericht

5803

81 N 741/90 — Beschluß: Das Konkursver-
fahren über das Vermögen der holiday bus
Reisegesellschaft mbH, jetzt firmierend un-
ter hb Reisegesellschaft mbH, gesetzlich ver-
treten durch die Geschäftsführer Hugo Al-
bert Gerber und Wolfgang Artur Ott, Zeil 44,
60313 Frankfurt am Main, wird nach Abhal-
tung des Schlußtermins gemäß § 183 KO auf-
gehoben.

Frankfurt am Main, 27. 5. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

5804

81 N 846/85 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Gemeinnützigen Wohnungsbauengesellschaft, Hofheim (Taunus) eG, i. L.**, vertreten durch die Liquidatoren Rudolf Frorath und Alfred Kirberg, vormals Königsberger Weg 34, 65719 Hofheim/Ts., wird nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Für die Mitglieder des Gläubigerausschusses werden festgesetzt:

- a) Herr Rechtsanwalt Dr. Ulrich Schlör:
Vergütung: 20 000,— DM zuzüglich 15% MwSt.: 3 000,— DM,
b) Herr Diplom-Kaufmann Hans Schikorr:
Vergütung: 15 000,— DM,
c) Herr Bankkaufmann Gert Matheisen:
Vergütung: 15 000,— DM zuzüglich 15% MwSt.: 2 250,— DM.

Frankfurt am Main, 25. 8. 1997
Amtsgericht, Abt. 81

5805

81 N 966/96 — **Beschluß:** Konkursverfahren über das Vermögen der **UHU Kantinen-Service GmbH**, vertreten durch die Geschäftsführer Jutta Wörner, Thorsten Schmidt, Georg Hebecker und Dirk Kirschstein, Hafestraße 51, 60327 Frankfurt am Main.

Für die Verwalterin werden weiterhin festgesetzt:

- Auslagen: 156,40 DM zuzüglich 15% Mehrwertsteuer: 23,46 DM.

Frankfurt am Main, 3. 9. 1997
Amtsgericht, Abt. 81

5806

81 N 1229/94 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **art'n card Kunst und Mode Handelsgesellschaft mbH**, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Christian Mock, Zeil 112 (Zeilgalerie Les Facettes — Laden 44), 60313 Frankfurt am Main (HRB 4805 AG Darmstadt), wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den

3. Dezember 1997, 7.55 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Saal 283, II. Stock, Gebäude A, Heiligkreuzgasse 34.

- Für den Verwalter werden festgesetzt:
a) Vergütung: 31 895,36 DM zuzüglich 4784,30 DM Mehrwertsteuer bzw. Ausgleichsbetrag nach § 4 (5) VergVO,
b) Auslagen: 966,80 DM zuzüglich 145,02 DM Mehrwertsteuer.

Frankfurt am Main, 5. 9. 1997
Amtsgericht, Abt. 81

5807

81 N 866/97: Über das Vermögen der **H. + S. Bau-Gesellschaft m.b.H.**, vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Reinhold Bernhard Schneider, Beyerbachstraße 9, 65830 Kriftel, wird heute, am 5. September 1997, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Herr Rechtsanwalt Hans-Joachim Caesar, Landgraf-Philipp-Straße 9, 60431 Frankfurt am Main, Telefon: 0 69/52 01 76.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Oktober 1997, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, am Montag, dem 6. Oktober 1997, 9.15 Uhr,

Prüfungstermin am Montag, dem 3. November 1997, 8.35 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. Oktober 1997 ist angeordnet.

Frankfurt am Main, 5. 9. 1997
Amtsgericht, Abt. 81

5808

81 N 541/94 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **CIP Center Hotel- und Gastronomiebetriebsgesellschaft mbH, Rosserstraße 18, 60323 Frankfurt am Main**, gesetzlich vertreten von den Geschäftsführern Horst Obermayr und Jean K. van Daalen, wird besonderer Termin zur Gläubigerversammlung bestimmt auf

Dienstag, 14. Oktober 1997, 8.40 Uhr, Zimmer-Nr. 283, II. Stock, im Gerichtsgebäude A, Heiligkreuzgasse 34, 60313 Frankfurt am Main.

Tagesordnung: Beschlußfassung über die Neubestimmung der Hinterlegungsbank gemäß § 132 Abs. 1 KO.

Frankfurt am Main, 11. 9. 1997

Amtsgericht, Abt. 81

5809

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Tycesa Jeans & Jackets Import und Vertriebs GmbH, Siemensstraße 12, 63303 Dreieich-Dreieichenhain**, vertreten durch den Geschäftsführer José Luis Cebria Riu, Plasco-Ibanez 134, 46022 Valencia/Spainien, soll mit Zustimmung des zuständigen Amtsgerichtes Langen die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind zur Zeit 194 508,61 DM. Davon gehen noch Masseschulden, Gerichtskosten, die Gebühren der Verwaltung sowie die Kosten der Veröffentlichung ab, so daß voraussichtlich auf die Gläubiger der Rangklassen I/I und I/II eine Quote von 100% und auf die Gläubiger der Rangklasse III eine Quote von 27% entfallen wird.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Beteiligten beim Amtsgericht Langen unter dem Aktenzeichen 7 N 4/91 aus. Schlußtermin wurde für den 30. Oktober 1997 vor dem Amtsgericht Langen bestimmt.

Frankfurt am Main, 16. 9. 1997
Der Konkursverwalter
Hans J. Schmitt
Rechtsanwalt und Notar

5810

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Bikepool Fahrradhandel GmbH, Hanau**, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Hanau, HRB-Nr.: 5669 am 17. 5. 1996, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 28 870,58 DM abzüglich noch anfallender Massekosten und Masseschulden (Vergütung und Auslagen für die Gutachtertätigkeit sowie die Tätigkeit als Konkursverwalter, Gerichtskosten, etc.).

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Gläubiger liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hanau, Nussallee 17, 63450 Hanau, zur Einsicht der Beteiligten aus.

Frankfurt am Main, 15. 9. 1997
Der Konkursverwalter
Rechtsanwalt Martin Wah l

5811

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma H. R. Immobilien- und Bauträger GmbH, zuletzt ansässig Moselstraße 2 B, 63452 Hanau**, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 15 085,58 DM abzüglich noch anfallender Massekosten und Masseschulden (Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters, Gerichtskosten, etc.). Zu

berücksichtigen sind 668 069,52 DM nicht-bevorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Gläubiger liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hanau, Nussallee 17, 63450 Hanau, zur Einsicht der Beteiligten aus.

Frankfurt am Main, 17. 9. 1997
Der Konkursverwalter
Rechtsanwalt Martin Wah l

5812

N 9/94: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Literatur-Café-Friedberg GmbH, Haagstraße 41, 61169 Friedberg (Hessen)**, vertreten durch die Geschäftsführer Harald Stipp und Klaus Kissel, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO) sowie zur Abnahme der Schlußrechnung Termin anberaumt auf

Montag, 20. Oktober 1997, 9.30 Uhr, Zimmer 236, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18.

- Für den Verwalter sind festgesetzt:
a) Vergütung: 3 470,— DM nebst 259,44 DM Umsatzsteuerausgleich,
b) Auslagen: 100,— DM nebst 15,— DM Umsatzsteuer.

Friedberg (Hessen), 11. 9. 1997 Amtsgericht

5813

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Peter Brinkmann GmbH Garten- und Landschaftsbau, Am Hellenberg 22, 61184 Karben**, vertreten durch die Geschäftsführerin Kauffrau Anna Maria Brinkmann, besteht Masseunzulänglichkeit. Die Masse reicht zur vollständigen Befriedigung aller Massegläubiger nicht aus. Eine Verteilung erfolgt gemäß § 60 KO.

Friedberg (Hessen), 12. 9. 1997
Der Konkursverwalter
Rechtsanwalt Bernd Re u s s

5814

9 N 7/97: Konkursantragssache über das Vermögen der **Firma Solida Produkte — Alleinvertretung für Deutschland und Korkstudio Eva Cath, Künzeller Straße 15, 36043 Fulda**.

Die nach Beschluß vom 16. April 1997 angeordnete Sequestration wird aufgehoben.

Fulda, 10. 9. 1997 Amtsgericht

5815

42 N 61/94: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma HRR Video-Studio GmbH mit dem Sitz in Laubach, gewerbliche Niederlassung ab dem 15. 7. 1994 in Nidda, Schloßgasse 7**, vertreten durch den Geschäftsführer Heinz Reichel, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Für den Konkursverwalter sind festgesetzt:

- a) seine Vergütung (einschließlich 7,5% Umsatzsteuerausgleich) auf 15 247,80 DM,
b) seine Auslagen (einschließlich 15% Mehrwertsteuer) auf 755,32 DM.

Gießen, 9. 9. 1997 Amtsgericht

5816

N 29/94: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Siekmann GmbH** findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt. Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Friedberg niedergelegt worden.

Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 2 008 232,19 DM.

Es ist ein Massebestand von 147 165,66 DM vorhanden.

Gießen, 16. 9. 1997 **Der Konkursverwalter Diehl, Rechtsanwalt**

5817

24 N 84/93: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Koch GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Norbert Koch, Robert-Bunsen-Straße 5, 64579 Gernsheim/Rh., ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Groß-Gerau, 9. 9. 1997 **Amtsgericht**

5818

24 N 40/94: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Heisel Büromaschinen Vertriebs GmbH i. L., vertreten durch den Liquidator Hiroshi Kamiya, Tokyo, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Groß-Gerau, 9. 9. 1997 **Amtsgericht**

5819

24 N 14/97: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 10. 2. 1994 in Frankfurt am Main verstorbenen Klaus Jürgen Kurt Strothauer, zuletzt wohnhaft in Riedstadt, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Groß-Gerau, 9. 9. 1997 **Amtsgericht**

5820

24 N 78/93: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma HSV Datentechnik GmbH, Pfarrer-Papon-Straße 45, 64546 Mörfelden-Walldorf, vertreten durch ihren Geschäftsführer Jürgen Schmidbauer, ist mangels Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Verwalters ist auf 21 784,15 DM, seine Auslagen sind auf 672,29 DM festgesetzt (jeweils inkl. Steuer).

Groß-Gerau, 9. 9. 1997 **Amtsgericht**

5821

24 N 49/95: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Karlheinz Ernst Reuss, Margarethenstraße 23, 64521 Groß-Gerau, ist mangels Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Verwalters ist auf 11 721,53 DM, seine Auslagen sind auf 441,37 DM festgesetzt (jeweils inkl. Steuer).

Groß-Gerau, 9. 9. 1997 **Amtsgericht**

5822

24 N 67/95: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma City Industrie Montage GmbH, Walther-Rathenau-Straße 16, 64521 Groß-Gerau, vertreten durch ihren Geschäftsführer Manfred Hans Paul Reinowsky, Lahnstraße 14, 64560 Riedstadt, ist mangels Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Verwalters ist auf 11 706,25 DM, seine Auslagen sind auf 1 038,85 DM festgesetzt (jeweils inkl. Steuer).

Groß-Gerau, 9. 9. 1997 **Amtsgericht**

5823

24 N 57/97: In dem Konkursantragsverfahren gegen die Firma Stompor Recycling GmbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer Zdzislaw Stompor, Forstweg 6, 64580 Riedstadt, Antragsgegnerin und Schuldnerin, wird heute, am 24. Juli 1997, um 13.13 Uhr, gegen die Antragsgegnerin angeordnet: allgemeines Veräußerungsverbot, worunter auch die Einziehung von Außenständen fällt,

sowie Sequestration des Geschäftsbetriebs.

Zugleich wird Rechtsanwalt Bardo M. Sigwart, Große Langgasse 1 A, 55116 Mainz, als Sequester bestimmt.

Groß-Gerau, 15. 9. 1997 **Amtsgericht**

5824

6 N 17/97: Über das Vermögen der Özen GmbH, Heinrich-Berlenbach-Straße 11, 65599 Dornburg, vertreten durch die Geschäftsführerin Fatma Özen, 65589 Hadamar, Schulstraße 20, ist am 9. September 1997, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Steuerberater Wolfgang Kalker in 53743 St. Augustin, Kölnstraße 135.

Konkursforderungen sind bis 20. Oktober 1997 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen:

10. November 1997, 9.30 Uhr, im Amtsgericht, Raum 1.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner aushändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. Oktober 1997 anzeigen.

Hadamar, 11. 9. 1997 **Amtsgericht**

5825

1 N 16/97 (Amtsgericht Herborn): In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Rompf GmbH, Lange Straße 20, 35745 Herborn-Uckersdorf, wird hiermit Masseunzulänglichkeit (§ 60 KO) angezeigt.

Herborn, 10. 9. 1997

Der Konkursverwalter
Peter R e h, Rechtsanwalt

5826

In dem Konkursverfahren Besim Zukorlic GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Besim Zukorlic, Holländische Straße 43, 34127 Kassel (Az. 650 N 175/94), soll die Schlußverteilung erfolgen.

Der verfügbare Massebestand beträgt 996,18 DM.

Zu berücksichtigen sind 433 302,70 DM bevorrechtigte und 184 582,74 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, 34117 Kassel (Zimmer-Nr. 206), aus.

Kassel, 9. 9. 1997 **Der Konkursverwalter**
Dr. Fritz Westhelle

5827

9 N 76/97: In der Konkursangelegenheit gegen Firma Forschungs- und Förderungsgesellschaft Dr. Pohlmann GmbH, Im Haderheck 4, 61462 Königstein im Taunus, ist durch Beschluß vom 11. September 1997 über das Vermögen der Gemeinschuldnerin ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen und die Sequestration angeordnet worden.

Königstein im Taunus, 11. 9. 1997

Amtsgericht

5828

Hiermit zeige ich in meiner Eigenschaft als Konkursverwalterin über das Vermögen

des Herrn Kurt Wittmann, Getränkegroßhandel, 81 N 707/97, Amtsgericht Frankfurt am Main, an, daß die Konkursmasse nicht zur vollständigen Befriedigung aller Massegläubiger ausreicht. Aus diesem Grunde werden Massekosten und Masse-schulden nach der Rangordnung des § 60 KO bedient. Eine Befriedigung erfolgt jedoch erst, wenn die Verwertung der Konkursmasse vollständig abgeschlossen ist und alle Aus- und Absonderungsansprüche erfüllt sind.

Massegläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche direkt bei der Konkursverwalterin, Rechtsanwältin Angelika Amend, Am Aufstieg 10, 61476 Kronberg im Taunus, anzuzugehen.

Kronberg im Taunus, 16. 9. 1997

Die Konkursverwalterin
Angelika A m e n d
Rechtsanwältin

5829

N 45/97 — Beschluß: In dem Konkursantragsverfahren der Firma Christ GmbH, Werner-von-Siemens-Straße 2, 68519 Viernheim, vertreten durch den Geschäftsführer Dietmar Kropka, — Antragstellerin und Gemeinschuldnerin —, wird das Veräußerungsverbot aufgehoben.

Lampertheim, 12. 9. 1997 **Amtsgericht**

5830

7 N 77/97: Über das Vermögen der Firma „Wohnfabrik GmbH Wohnen im Trend und mehr“, Odenwaldstraße 78, 63322 Rödermark, vertreten durch die Geschäftsführer Thomas Schütler, Uwe Schüller und Ursula Zoller, ebenda, ist am 9. September 1997, 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Georg Rettig, Stiftstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Telefon: 0 69/91 39 82 51, Fax: 0 69/91 39 82 53.

Konkursforderungen sind bis Donnerstag, den 27. November 1997, zweifach schriftlich, Zinsen berechnet bis zur Eröffnung, bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

Donnerstag, den 30. Oktober 1997, 15.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

Donnerstag, 18. Dezember 1997, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Zimmerstraße 29, Saal B.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner ver- abfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum Donnerstag, den 27. November 1997 anzeigen.

Langen, 9. 9. 1997

Amtsgericht

5831

7 N 105/97: Über das Vermögen der Firma „KStK Feines in Leder Gesellschaft mit beschränkter Haftung“, Paul-Ehrlich-Straße 28—30/Albert-Einstein-Straße 34, 63322 Rödermark, vertreten durch die Geschäftsführer: a) Katharina Steinmetz-Kumpa, Justus-Liebig-Straße 1, 64839 Münster, b) Can Haak, An der Bleiche 1, 63322 Rödermark, ist am 12. September 1997, 18.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalterin: **Rechtsanwältin**
Anette Schilling, Große Langgasse 1 A,

55116 Mainz, Telefon: 0 61 31/23 21 92, Fax: 0 61 31/22 95 23.

Konkursforderungen sind bis Donnerstag, den 20. November 1997, zweifach schriftlich, Zinsen berechnet bis zur Eröffnung, bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

Donnerstag, den 30. Oktober 1997, 11.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

Donnerstag, den 8. Januar 1998, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Zimmerstraße 29, Saal B.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner veräußern oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum Donnerstag, den 20. November 1997 anzeigen.

Langen, 15. 9. 1997 **Amtsgericht**

5832

7 N 98/97 — Beschluß: In dem Konkursantragsverfahren betreffend das Vermögen der Firma „Gestor Beteiligungs-, Verwaltungs- und Vermittlungs GmbH i. L.“, vertreten durch die Liquidatorin Karin Viereck, Albert-Schweitzer-Straße 3, 63303 Dreieich, — Schuldnerin —, wird die Sequestration angeordnet.

Zum Sequester wird Rechtsanwalt und Dipl.-Betriebswirt Bardo Sigwart, Ostend 14, 64347 Griesheim, Tel.: 0 61 55/60 93-0; Fax: 0 61 55/6 62 97, bestellt.

Zur Sicherung der Masse wird ferner angeordnet: Der Schuldnerin wird allgemein verboten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

Langen, 11. 9. 1997 **Amtsgericht**

5833

7 N 47/97: In dem Konkursantragsverfahren betreffend Firma Software Hotline Software Gesellschaft für Vertrieb von Hard- und Software mbH, Oderstraße 2, 65549 Limburg a. d. Lahn, vertreten durch den Geschäftsführer Werner Engel, Heidestraße 13, 65550 Limburg-Linter, wird die vom 22. Juli 1997 angeordnete Sequestration sowie das angeordnete Veräußerungsverbot aufgehoben, weil der Antrag zurückgenommen worden ist.

Limburg a. d. Lahn, 16. 9. 1997 **Amtsgericht**

3834

7 N 58/97: Konkursantragsverfahren betreffend LINDA Haus- und Boden GmbH, Weilburger Straße 3 b, 65549 Limburg a. d. Lahn, vertreten durch den Geschäftsführer Thomas Aha, Willbachstraße 6 c, 65582 Diez.

Der Schuldnerin ist am 10. September 1997 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Limburg a. d. Lahn, 10. 9. 1997 **Amtsgericht**

3835

7 N 60/97: Konkursverfahren betreffend Firma Naturstein Dauborn GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Floris de Reus, Neesbacher Straße 25, 65597 Hünfelden-Dauborn.

Das Veräußerungsverbot und die Sequestration vom 8. September 1997 werden aufgehoben.

Limburg a. d. Lahn, 15. 9. 1997 **Amtsgericht**

3836

Konkursverfahren K. J. Bodensohn GmbH i. L., Daimlerstraße 4, 63512 Hainburg (Az. N 12/96, Amtsgericht Seligenstadt); hier: Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 60 KO

1. Den Gläubigern in dem o. a. Konkursverfahren wird hiermit bekanntgegeben, daß der zur Zeit vorhandene Massebestand eine vollständige Befriedigung aller Massegläubiger nicht zuläßt, so daß die Berichtigung der Masseforderungen nach § 60 KO erfolgt.

2. Die Verteilung der unzulänglichen Konkursmasse nimmt der Konkursverwalter nach vollständiger Masseverwertung in der Rangfolge des § 60 KO vor.

Maintal, 11. 9. 1997

Der Konkursverwalter
Dipl.-Kaufm. Ulrich K n e l l e r
Rechtsanwalt und Notar

5837

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Albert Müller GmbH, Otzbergstraße 1, Rödermark (Az. 7 N 49/89, AG Langen), soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 24 392,89 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: Das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 67 506,04 DM bevorrechtigte und 119 131,62 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Langen, Zimmerstraße 29, 63225 Langen.

Maintal, 16. 9. 1997

Der Konkursverwalter
Dipl.-Kaufm. Ulrich K n e l l e r
Rechtsanwalt und Notar

5838

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Erwein Graf Matuschka-Greifenclo, Schloß Vollrads, 65375 Oestrich-Winkel (Aktenzeichen beim Amtsgericht Rüdeshheim 1 N 17/97), wird mitgeteilt:

Nach dem derzeitigen Stand des Verfahrens und der zu erwartenden Masseverwertung ist davon auszugehen, daß die vorhandene Konkursmasse nicht zur vollständigen Deckung der Masseverbindlichkeiten ausreicht.

Die Massegläubiger werden daher gemäß § 60 KO auf Ihre Forderungen nur eine Quote erhalten, deren Höhe noch nicht absehbar ist.

Mainz, 15. 9. 1997

Der Konkursverwalter
Dipl.-Volkswirt G e r d F u n c k e

5839

7 N 21/97: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Herrn Prof. Dr. Wolfgang Birkenfeld, geboren am 9. 12. 1935, verstorben am 11. 12. 1996, zuletzt wohnhaft gewesen Goßfeldener Straße 56, 35041 Marburg, wird mit Zustimmung der Konkursgläubiger eingestellt, § 202 KO.

Die Verwaltervergütung ist festgesetzt auf 20 000,— DM nebst 7,5% Mehrwertsteuerausgleich.

Marburg, 15. 9. 1997 **Amtsgericht, Abt. 7**

5840

7 N 190/94: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Quadro Büro- und Kopiersysteme Vertriebsgesellschaft mbH, Offenbach am Main, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und weiterer Schlußtermin anberaumt auf

Donnerstag, den 20. November 1997, 9.15 Uhr, Kaiserstraße 29 (Hinterhaus), Erdgeschoß, Raum 1001, 63065 Offenbach am Main.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Offenbach am Main, 2. 9. 1997 **Amtsgericht**

5841

1 N 15/97: Konkursantragsverfahren betreffend Manfred Bernd, Bäckerei und Konditorei, Römerberg 8, 65366 Geisenheim.

Dem Schuldner ist am 11. September 1997 verboten worden, über Gegenstände seines Vermögens zu verfügen. Er darf auch keine Forderungen einziehen.

Rüdeshheim am Rhein, 11. 9. 1997

Amtsgericht

5842

N 34/97: Über das Vermögen der Firma Elektro Hechler GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Matthias Mager, Offenbacher Landstraße 27, 63512 Hainburg, ist am 15. September 1997, 9.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Götz Lautenbach.

Konkursforderungen sind bis 31. Oktober 1997 zweifach bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 137 KO vorgesehenen Punkte und Anhörung zur eventuellen Einstellung mangels Masse gemäß § 204 KO:

10. November 1997, 9.30 Uhr, und zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

8. Dezember 1997, 10.00 Uhr, jeweils im Amtsgericht in Seligenstadt, Giselastraße 1, Raum 1 im Erdgeschoß.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 31. Oktober 1997.

Seligenstadt, 15. 9. 1997

Amtsgericht

5843

4 N 54/94: Das am 28. September 1994 über das Vermögen der Urban-Bopp & Co. GmbH in 61267 Neu-Anspach eröffnete Konkursverfahren wird mangels weiterer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse eingestellt.

Usingen, 11. 9. 1997

Amtsgericht

5844

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Dipl.-Ing. Kurt Willi Gräser soll die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar sind 61 185,61 DM zuzüglich Zinsen, abzüglich noch anfallender Massekosten und Masseschulden (Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters, Gerichtskosten und Veröffentlichungskosten). Zu berücksichtigen sind 225,— DM bevorrechtigte und 1 560 322,75 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Gläubiger liegt auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichtes in 35037 Marburg,

Universitätsstraße, Zimmer 354, zur Einsichtnahme der Beteiligten aus.

Wetter-Niederwetter, 16. 9. 1997
Der Konkursverwalter
Herbert Weber, Steuerberater

5845

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Ana Katic GmbH, Ludwigsplatz 3, 35390 Gießen, reicht die Konkursmasse zur Befriedigung aller Massegläubiger nicht aus.

Wetzlar, 11. 9. 1997 Der Konkursverwalter
Ache, Rechtsanwalt

5846

3 N 26/97: In dem Konkurseröffnungsverfahren über das Vermögen der Firma Ambassador Hotel-Management GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Steffen Winkelhaus, Ernst-Leitz-Straße 47, 35578 Wetzlar, ist die Sequestration und das Veräußerungsverbot vom 5. März 1997 mit Beschluß vom 16. Mai 1997 aufgehoben worden.

Wetzlar, 3. 9. 1997 Amtsgericht

5847

3 N 46/97: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Berufsbildungszentrums für den Straßenverkehr e. V., Steinstraße 14, 35641 Schöffengrund-Schwalbach, vertreten durch den Vorsitzenden Hans Trobbach, Hünfeld-Nüst, wird dem Konkursverwalter gestattet, der Konkursmasse einen Vorschuß auf seine Vergütung in Höhe von 60 948,07 DM inkl. Umsatzsteuer und auf seine Auslagen in Höhe von 1622,64 DM inkl. Mehrwertsteuer zu entnehmen.

Wetzlar, 9. 9. 1997 Amtsgericht

5848

3 N 93/96: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Protel Hotel-Projekt Entwicklungs GmbH & Co., Beratungs- und Immobilien KG, vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin, die Ambassador Hotel-Management GmbH, diese wiederum vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Steffen Winkelhaus, Ernst-Leitz-Straße 47, 35578 Wetzlar, ist die Sequestration und das Veräußerungsverbot vom 27. Januar 1997 nach Ablehnung des Konkurses mangels Masse mit Beschluß vom 28. April 1997 aufgehoben worden.

Wetzlar, 11. 9. 1997 Amtsgericht

5849

3 N 50/97: In dem Konkurseröffnungsverfahren über das Vermögen der Firma INDOORS Akustikvertrieb GmbH, Zum Wehrholz 6, 35619 Braunfels, vertreten durch den Geschäftsführer Klaus Josef Kucharsky, Franzenburg 49, 35578 Wetzlar, ist die Sequestration und das Veräußerungsverbot vom 30. April 1997 mit Beschluß vom 1. Juli 1997 aufgehoben worden.

Wetzlar, 11. 9. 1997 Amtsgericht

5850

62 N 198/97: Konkursantragsverfahren betreffend Freimann-Maier-Preißig GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Johann Maier, Schmalweg 38, 55252 Mainz-Kastel.

Der Schuldnerin ist am 29. August 1997 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Wiesbaden, 29. 8. 1997 Amtsgericht

5851

62 N 187/97: Konkursantragsverfahren betreffend Özdemir Bau GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Recep Özdemir, Prießnitzstraße 11, 65203 Wiesbaden.

Der Schuldnerin ist am 3. September 1997 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Wiesbaden, 3. 9. 1997 Amtsgericht

5852

62 N 17/96: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Gebrüder Schäufele GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Klaus Schäufele, Otto-Wallach-Straße 3, 65203 Wiesbaden, wird nach Abhaltung des Schlußtermins am 4. September 1997 aufgehoben.

Wiesbaden, 4. 9. 1997 Amtsgericht

5853

62 N 116/97: Konkursantragsverfahren betreffend Hicret Bau GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Dursun Yildiz, Martinstraße 3, 65189 Wiesbaden.

Infolge Antragsrücknahme wird das am 24. Juli 1997 verfügte allgemeine Veräußerungsverbot aufgehoben.

Wiesbaden, 3. 9. 1997 Amtsgericht

5854

62 N 205/97: Konkursantragsverfahren betreffend DOMARUS Projektentwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, vertreten durch den Geschäftsführer Norbert G. Maxeiner, Schwägerichenstraße 3, 04107 Leipzig, Niederlassungsbüro: Sonnenberger Straße 9, 65193 Wiesbaden.

Der Schuldnerin ist am 10. September 1997 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Wiesbaden, 10. 9. 1997 Amtsgericht

5855

62 N 139/97: Konkursantragsverfahren betreffend PD Bau GmbH, vertreten durch die Geschäftsführerin Alexandra Dlugosz, Auf dem Bangert 39, 65207 Wiesbaden.

Der Schuldnerin ist am 11. September 1997 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Wiesbaden, 11. 9. 1997 Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55

ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

5856

8 K 5/97: Das im Grundbuch von Bad Vilbel, Bezirk Gronau, Band 58, Blatt 1882, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1: 30/100 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gronau, Flur 10, Flurstück 10/3, Gebäude- und Freifläche, Neue Straße 11, Nidderstraße 4, Größe 6,92 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an Wohnung, Räumen und Garage mit Nr. 1 gelb des Aufteilungsplanes bezeichnet; für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuchblatt angelegt (Blatt 1879 bis Blatt 1882); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums gemäß Bewilligung vom 14. 2. 1995 (UR. Nr. 13/95 des Notars Walter König in Bad Vilbel); übertragen aus Blatt 884;

soll am Mittwoch, dem 10. Dezember 1997, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Friedrich-Ebert-Straße 28, 61118 Bad Vilbel, Sitzungssaal 3, 2. Ebene, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 2. 1997 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Franz Keidl, geboren am 5. 5. 1943, Nidderstraße 4, 61118 Bad Vilbel.

Beschlagnahmedatum: 5. Februar 1997. Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 420 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bad Vilbel, 29. 8. 1997 Amtsgericht

5857

61 K 14/98: Das im Grundbuch von Erzhausen, Band 109, Blatt 4153, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Erzhausen, Flur 2, Flurstück 376, Gebäude- und Freifläche, Bahnstraße 98, 100, Größe 17,97 Ar,

soll am Mittwoch, dem 14. Januar 1998, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Julius-Reiber-Straße 15, Zimmer Nr. 8, EG, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 4. 3. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ingeborg Muhr geb. Spolanek, geboren am 16. 5. 1944, Mannheim.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

4 952 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 31. 7. 1997 Amtsgericht

5858

61 K 87/95; 61 K 188/95 und 61 K 190/96: Die im Grundbuch von Nieder-Ramstadt, Band 119, Blatt 4493 eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 7, Flurstück 151/13, Gebäude- und Freifläche, Ahornweg 11, Größe 3,06 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 7, Flurstück 151/19, Verkehrsfläche, Ahornweg, Größe 0,12 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 7, Flurstück 151/20, Verkehrsfläche, Ahornweg, Größe 0,12 Ar,

Ifd. Nr. 4/zu 1—3: 1/8 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 7, Flurstück 151/11, Verkehrsfläche, Ahornweg, Größe 1,99 Ar,

Ifd. Nr. 5/zu 1—3: 1/6 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 7, Flurstück 151/14, Verkehrsfläche, Ahornweg, Größe 2,11 Ar, sollen am Dienstag, dem 11. November 1997, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 109, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 7. 1995 und 18. 3. 1996 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Lothar Bund, geboren am 28. 12. 1941, Mühlthal,

Monika Anni Hedi Lore Bund geb. Gutkäse, geboren am 21. 4. 1943, Mühlthal, — je zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt worden:

- 1. Ifd. Nr. 1: 767 000,— DM,
- 2. Ifd. Nr. 2: 4 500,— DM,
- 3. Ifd. Nr. 3: 4 500,— DM,
- 4. Ifd. Nr. 4/zu 1—3: 2 500,— DM,
- 5. Ifd. Nr. 5/zu 1—3: 10 500,— DM.

Der Wert für die Grundstücke insgesamt wird festgesetzt auf 789 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 1. 7. 1997 Amtsgericht

5859

3 K 3/97: Das im Wohnungsgrundbuch von Dieburg, Band 233, Blatt 8757, eingetragene Grundeigentum, 102,67/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Dieburg, Flur 13, Flurstück 407/1, Gebäude- und Freifläche, Am Rinckenbühl 102, Größe 11,53 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 2. Obergeschoß, rechts, sowie einem Balkon und einem Kellerraum (Aufteilungsplan Nr. 9),

soll am Dienstag, dem 9. Dezember 1997, 13.30 Uhr, Raum 110, I. Stock, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 1. 1997 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Dieter Wäscher.
Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 190 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Dieburg, 12. 9. 1997 Amtsgericht

5860

3 K 59/96: Das im Grundbuch von Abterode, Band 60, Blatt 1915, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Abterode, Flur 3, Flurstück 231, Gebäude- und Freifläche, Helene-Brehm-Straße 11, Größe 12,83 Ar, soll am Freitag, dem 21. November 1997, 8.00 Uhr, Raum 121, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, 37269 Eschwege, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 11. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Martin Schäfer, Meißner-Abterode.
Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 566 000,— DM.

Das Grundstück ist mit einem voll unterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebautem

Dachgeschoß sowie seitlich angebauter unterkellertes Garage und einem Blockhaus bebaut.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Eschwege, 9. 9. 1997 Amtsgericht

5861

3 K 19/97: Das im Grundbuch von Sontra, Band 143, Blatt 4218, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Sontra, Flur 15, Flurstück 356/138, Gebäude- und Freifläche, Herrenstraße 3, Größe 1,94 Ar, soll am Freitag, dem 21. November 1997, 10.00 Uhr, Raum 121, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, 37269 Eschwege, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 5. 1997 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

- a) Trappmann, Rolf, Sontra, jetzt Rotenburg a. d. Fulda, — zu drei Vierteln —,
- b) Trappmann, Jürgen, Plankstadt, — zu einem Viertel —.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 245 000,— DM.

Bei dem Objekt handelt es sich um ein Wohn- und Geschäftshaus mit Doppelgarage im Erdgeschoß.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Eschwege, 9. 9. 1997 Amtsgericht

5862

3 K 21/97: Das im Grundbuch von Sontra, Band 103, Blatt 3041, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Sontra, Flur 23, Flurstück 36, Ackerland, Auf dem alten Schacht, Größe 46,14 Ar, soll am Freitag, dem 28. November 1997, 10.00 Uhr, Raum 121, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, 37269 Eschwege, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 6. 1997 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

- a) Anna Elise Degenhardt geb. Rehm, 37284 Waldkappel,
- b) Martin Rehm, DK-2630 Taastrup/Dänemark,
- c) Christa Bertuleit geb. Rehm, 53619 Rheinbreitbach,
- d) Rosemarie Burghardt geb. Rehm, 31556 Wölpinghausen,
- e) Alfred Martin Rehm, 34308 Bad Emstal,
- f) Hannelore Dorothea Detert geb. Rehm, 44577 Castrop-Rauxel,
- g) Heinrich Johannes Rehm, 44388 Dortmund,
- h) Kurt Heller, 36251 Bad Hersfeld, — in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 7 724,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Eschwege, 9. 9. 1997 Amtsgericht

5863

3 K 22/97: Das im Grundbuch von Alburnen, Band 20, Blatt 659, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Alburnen, Flur 5, Flurstück 35/1, Gebäude- und Freifläche, Hardtweg 2, Größe 6,90 Ar, soll am Freitag, dem 5. Dezember 1997, 10.00 Uhr, Raum 121, I. Stock, im Gerichts-

gebäude, Bahnhofstraße 30, 37269 Eschwege, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 6. 1997 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

- a) Claus Schröder, Bad Sooden-Allendorf, jetzt Eschwege-Albungen,
- b) Ida Schröder geb. Scharff, Bad Sooden-Allendorf, jetzt Eschwege-Albungen, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 426 000,— DM.

Das Grundstück ist mit einem voll unterkellerten zweigeschossigen Wohnhaus mit ausgebautem Dachgeschoß bebaut.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Eschwege, 15. 9. 1997 Amtsgericht

5864

84 K 162/96: Das im Grundbuch-Bezirk 16 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 54, Blatt 1894, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 222, Flurstück 358/17, Hof- und Gebäudefläche, Schwalbacher Straße 50, Größe 5,42 Ar

(lt. Gutachten bebaut mit Wohn- und Geschäftshaus, Garagenhalle, Hinterhaus mit Einzelzimmern, als Arbeiterunterkunft genutzt),

soll am Donnerstag, dem 18. Dezember 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 9. 1996 (Versteigerungsvermerk):

Haritun Kupeliyan, Wilhelmshof 1 c, 63303 Dreieich.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 380 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 25. 8. 1997 Amtsgericht, Abt. 84

5865

84 K 150/96: Das im Grundbuch-Bezirk 25 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 94, Blatt 3205, eingetragene Wohnungseigentum,

Ifd. Nr. 1, bestehend aus 24,5/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 392, Flurstück 4/3, Gebäude- und Freifläche, Röderbergweg 118—126 und Ostparkstraße 37, Größe 62,16 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 145 des Aufteilungsplans und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (eingetragen in Blatt 3061 bis 3375, 3409 bis 3414),

soll am Mittwoch, dem 17. Dezember 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. 7. 1996 (Versteigerungsvermerk):

Heinz Günther, Watzmannstraße 21, 71067 Sindelfingen.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 109 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 17. 6. 1997 Amtsgericht, Abt. 84

5866

84 K 277/96: Das im Grundbuch-Bezirk 41 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 53, Blatt 1724, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1: 23 085,78/Millionstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Frankfurt am Main 41, Flur 4, Flurstücke 50, 51/1, 51/2, 51/3, 51/4, Gebäude- und Freiflächen, Mühlwiesenstraße 13 und Hausener Obergasse 17, Größe 15,59 und 0,14 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung mit Keller Nr. 17 des Aufteilungsplans; die Nutzung der 22 Pkw-Abstellplätze ist geregelt; hier zugeordnet ist das Sondernutzungsrecht an dem Pkw-Abstellplatz Nr. 7,

das Miteigentum ist beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blätter 1708—1723, 1725—1749) und teilweise in der Veräußerung,

soll am Freitag, dem 19. Dezember 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. 12. 1996 (Versteigerungsvermerk):

Frau Connie Damgaard in Frankfurt am Main.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

118 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistgerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 20. 6. 1997

Amtsgericht, Abt. 84

5867

84 K 89/96: Das im Grundbuch-Bezirk Okrifel des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 121, Blatt 3533, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Okrifel, Flur 8, Flurstück 129/8, Gebäude- und Freifläche, Rheinstraße (postalisch Rheinstraße 13—23), Größe 101,13 Ar,

(Bürogebäude, Lagerhallen, Produktionshalle),

soll am Dienstag, dem 23. Dezember 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. 5. 1996 (Versteigerungsvermerk):

Gertrude Stehl, Am Silberbühl 16, 87534 Oberstaufen.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

10 000 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistgerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 24. 6. 1997

Amtsgericht, Abt. 84

5868

84 K 56/95: Das im Grundbuch-Bezirk 34 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 233, Blatt 8034, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1: ein Drittel Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Frankfurt am Main 34, Flur 10, Flurstück 819/42, Gebäude- und Freifläche, Hans-Sachs-Straße 6, Größe 6,08 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 1 und dem Sondernutzungsrecht am Garten und an der Garage laut Aufteilungsplan und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blatt 8035, 8036) sowie teil-

weise in der Veräußerung (3-Zimmer-Wohnung),

soll am Donnerstag, dem 15. Januar 1998, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 5. 1995 (Versteigerungsvermerk):

Dieter Sperling, Hans-Sachs-Straße 6, 60487 Frankfurt am Main.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

670 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistgerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 15. 7. 1997

Amtsgericht, Abt. 84

5869

84 K 181/96: Das im Grundbuch-Bezirk 45 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 155, Blatt 4991, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1: 46/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Frankfurt am Main 45, Flur 7, Flurstück 1/6, Gebäude- und Freifläche, Höllbergstraße 2 und 2 A, Größe 31,26 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 17 laut Aufteilungsplan und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blatt 4975—4990, 4992—5005) sowie — teilweise — in der Veräußerung,

soll am Mittwoch, dem 28. Januar 1998, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 9. 1996 (Versteigerungsvermerk):

Herr Otto-Friedrich Kern, Viktoriastraße 33, 65189 Wiesbaden.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

475 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistgerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 12. 8. 1997

Amtsgericht, Abt. 84

5870

42 K 48/96: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Wohnungsgrundbuch von Wißmar, Band 119, Blatt 3889,

lfd. Nr. 1: 142,43/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Wißmar, Flur 20, Nr. 62/4, Gebäude- und Freifläche, Am Gänsberg 38, Größe 14,89 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Dachgeschoß und Spitzboden, im Aufteilungsplan mit Nr. 6 bezeichnet und dem Keller im Tiefgeschoß, mit Nr. W 6 bezeichnet; Gebrauchsregelungen sind bzgl. bestimmter Grundstücksflächen, Terrassen und Kiz.-Einstellplätze getroffen;

soll am Mittwoch, dem 14. Januar 1998, 9.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude A, Gutfleischstraße 1, Gießen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 6. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

- a) Bernd Wenzel,
 - b) Virginia Wenzel geb. Syska,
- je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

355 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistgerungen“ wird hingewiesen.

Gießen, 10. 9. 1997

Amtsgericht

5871

24 K 21/97: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bischofshelm, Band 72, Blatt 3353,

BV lfd. Nr. 1: 8,4451/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 4, Nr. 573/3, Bauplatz, Platanenstraße, Größe 112,61 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. D-1-2 bezeichneten Wohnung im Erdgeschoß,

soll am Montag, dem 1. Dezember 1997, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Europaring 11—13, Saal 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 3. 1997 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Andreas Wiegandt,
Franz-Manfred Müller.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

308 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistgerungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 3. 9. 1997

Amtsgericht

5872

24 K 118/96: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Walldorf, Band 139, Blatt 5295,

BV lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 289, Hof- und Gebäudelfläche, Kelsterbacher Straße 64, Größe 4,63 Ar,

soll am Dienstag, dem 17. Februar 1998, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Europaring 11—13, Saal 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 2. 1997 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gebauer, Siegbert,
Orth-Gebauer, Kerstin, — je zur Hälfte.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

465 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistgerungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 3. 9. 1997

Amtsgericht

5873

K 16/96: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Helmarshausen, Band 104, Blatt 2375,

Gemarkung Helmarshausen, Flur 12, Flurstück 72, Gebäude- und Freifläche, Georg-August-Zinn-Straße 2, Größe 10,68 Ar,

soll am Mittwoch, dem 12. November 1997, 10.00 Uhr, Raum 24, im Gerichtsgebäude, Friedrich-Pfaff-Straße 8, 34369 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 5. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Michael Klinker, 45884 Gelsenkirchen.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

463 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistgerungen“ wird hingewiesen.

Hofgeismar, 11. 9. 1997

Amtsgericht

5874

K 3/97: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Hombressen,

Band 78, Blatt 3159, Gemarkung Hombresen, zu einem halben Miteigentumsanteil an Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Flur 22, Flurstück 191/1, Streuwiese, Hutung, Unland (Hecke), Im oberen Giesbade, Größe 50,00 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 22, Flurstück 194/1, Landwirtschaftsfläche, Im oberen Giesbade, Größe 50,00 Ar,

soll am Mittwoch, dem 3. Dezember 1997, 14.00 Uhr, Raum 24, im Gerichtsgebäude, Friedrich-Pfaff-Straße 8, 34369 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 2. 1997 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Manfred Herbold, geboren am 10. 8. 1953, Hofgeismar-Hombresen.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 000,— DM (BV lfd. Nr. 1) und auf 1 250,— DM (BV lfd. Nr. 2).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Hofgeismar, 10. 9. 1997 **Amtsgericht**

5875

K 16/97: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Helmarshausen, Band 104, Blatt 2373,

Gemarkung Helmarshausen, Flur 7, Flurstück 110, Gebäude- und Freifläche, Niederau 4, Größe 12,20 Ar,

soll am Mittwoch, dem 10. Dezember 1997, 10.00 Uhr, Raum 24, im Gerichtsgebäude, Friedrich-Pfaff-Straße 8, 34369 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 5. 1997 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1. Bernd Breitbarth, 34385 Bad Karlshafen,

2. Jutta Breitbarth geb. Friese, 34369 Hofgeismar, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

315 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Hofgeismar, 15. 9. 1997 **Amtsgericht**

5876

640 K 7/97: Das im Grundbuch von Wehlheiden, Band 200, Blatt 5708, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wehlheiden, Flur 8, Flurstück 53/7, Gebäude- und Freifläche, Boppenhausenstraße 7, Größe 8,36 Ar

(zweigeschossiges Dreifamilienwohnhaus und zwei Fertigaragen),

soll am Mittwoch, dem 21. Januar 1998, 10.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, II. Obergeschoß, Zimmer-Nr. 201 (Sitzungssaal 1), im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 1. 1997 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Rudolf Blaschke, Göttingen.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG: 480 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 15. 7. 1997 **Amtsgericht, Abt. 640**

5877

640 K 119/96: Das im Wohnungsgrundbuch von Kassel, Band 741, Blatt 19969, eingetragene Wohnungseigentumsrecht,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 95,13/10 000 an dem Grundstück Gemarkung Kassel, Flur 46,

Flurstück 161/23, Erholungsfläche, Josef-Fischer-Straße, Größe 3,01 Ar,

Flurstück 161/24, Gebäude- und Freifläche, Josef-Fischer-Straße 18, Größe 27,96 Ar,

Flurstück 161/29, Gebäude- und Freifläche, Josef-Fischer-Straße 22, Größe 42,93 Ar,

Flurstück 161/30, Gebäude- und Freifläche, Josef-Fischer-Straße 20, Größe 66,73 Ar,

Flurstück 161/31, Gebäude- und Freifläche, Josef-Fischer-Straße 18, Größe 17,09 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 61, K 61, Haus Nr. 20, 22 des Aufteilungsplans;

der Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch Verwalter; Ausnahmen: Veräußerung an Ehegatten, an Verwandte gerader Linie, durch Konkursverwalter, durch Zwangsvollstreckung, an Grundpfandrechtsgläubiger zwecks Verwertung, bei Erstveräußerung durch teilenden Eigentümer;

wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligungen vom 1. 10. 1993 und 22. 11. 1993;

lfd. Nr. 2/zu 1: Grunddienstbarkeit (Kanalrecht) an Grundstück Kassel, Blatt 7029, Best. Verz. Nr. 98 (Flur 46, Flurstück 161/17) in Abt. II, Nr. 4; vermerkt am 18. 9. 1978,

lfd. Nr. 3/zu 2: Grunddienstbarkeit (Entwässerungsleitungsrecht, Baubeschränkung) an Grundstück Kassel, Blatt 7029, Best. Verz. Nr. 99 (Flur 46, Flurstück 161/2) in Abt. II, Nr. 9; vermerkt am 5. 1. 1979

(Eigentumswohnung im 7. OG mit 72,64 qm),

soll am Donnerstag, dem 18. Dezember 1997, 8.30 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, 2. Obergeschoß, Sitzungssaal 1 (Zimmer-Nr. 201), im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Wohnungseigentümer am 26. 6. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kul, Ali, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG: 150 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 12. 8. 1997 **Amtsgericht, Abt. 640**

5878

640 K 120/96: Das im Wohnungsgrundbuch von Kassel, Band 739, Blatt 19924, eingetragene Wohnungseigentumsrecht,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 95,13/10 000 an dem Grundstück Gemarkung Kassel, Flur 46,

Flurstück 161/23, Erholungsfläche, Josef-Fischer-Straße, Größe 3,01 Ar,

Flurstück 161/24, Gebäude- und Freifläche, Josef-Fischer-Straße 18, Größe 27,96 Ar,

Flurstück 161/29, Gebäude- und Freifläche, Josef-Fischer-Straße 22, Größe 42,93 Ar,

Flurstück 161/30, Gebäude- und Freifläche, Josef-Fischer-Straße 20, Größe 66,73 Ar,

Flurstück 161/31, Gebäude- und Freifläche, Josef-Fischer-Straße 18, Größe 17,09 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 16, K 16, Haus Nr. 20, 22 des Aufteilungsplans;

der Miteigentumsanteil ist durch die zu

den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch Verwalter; Ausnahmen: Veräußerung an Ehegatten, an Verwandte gerader Linie, durch Konkursverwalter, durch Zwangsvollstreckung, an Grundpfandrechtsgläubiger zwecks Verwertung, bei Erstveräußerung durch teilenden Eigentümer;

wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligungen vom 1. 10. 1993 und 22. 11. 1993;

lfd. Nr. 2/zu 1: Grunddienstbarkeit (Kanalrecht) an Grundstück Kassel, Blatt 7029, Best. Verz. Nr. 98 (Flur 46, Flurstück 161/17) in Abt. II, Nr. 4; vermerkt am 18. 9. 1978,

lfd. Nr. 3/zu 2: Grunddienstbarkeit (Entwässerungsleitungsrecht, Baubeschränkung) an Grundstück Kassel, Blatt 7029, Best. Verz. Nr. 99 (Flur 46, Flurstück 161/2) in Abt. II, Nr. 9; vermerkt am 5. 1. 1979

(Eigentumswohnung im 3. OG mit 72,64 qm),

soll am Donnerstag, dem 18. Dezember 1997, 10.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, 2. Obergeschoß, Sitzungssaal 1 (Zimmer-Nr. 201), im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Wohnungseigentümer am 26. 6. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kul, Ali, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG: 155 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 12. 8. 1997 **Amtsgericht, Abt. 640**

5879

640 K 69/96: Das im Grundbuch von Kassel, Band 645, Blatt 17095, eingetragene Wohnungseigentumsrecht,

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 10/1 000 an dem Grundstück Gemarkung Kassel, Flur 46,

Flurstück 142/29, LB 8256, Gebäude- und Freifläche, Holländische Straße 149, Größe 14,01 Ar,

Flurstück 142/31, Gebäude- und Freifläche, Holländische Straße 151, 153, 155, 157, 157 A, Größe 27,90 Ar,

Flurstück 142/33, Gebäude- und Freifläche, Holländische Straße 149, Größe 4,12 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 157 A/56 des Aufteilungsplans;

für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blatt 17028 bis 17134); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch Verwalter; Ausnahme: Veräußerung an Ehegatten, Verwandte gerader Linie, Verwandte zweiten Grades der Seitenlinie, durch Konkursverwalter, durch Zwangsvollstreckung;

wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 9. 11. 1990;

(noch herzustellende 1-Zimmer-Eigentumswohnung mit ca. 32,5 m² Wfl.),

soll am Mittwoch, dem 10. Dezember 1997, 11.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, 2. Obergeschoß, Sitzungssaal 1 (Zimmer-Nr. 201), im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Wohnungseigentümerin am 22. 4. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Gabriele Lingl geb. Sigmund, Nürnberg.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. V ZVG:

4 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 24. 7. 1997 Amtsgericht, Abt. 640

5880

640 K 70/96: Das im Grundbuch von Kassel, Band 645, Blatt 17096, eingetragene Wohnungseigentumsrecht,

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 10/1 000 an dem Grundstück Gemarkung Kassel, Flur 46,

Flurstück 142/29, LB 8256, Gebäude- und Freifläche, Holländische Straße 149, Größe 14,01 Ar,

Flurstück 142/31, Gebäude- und Freifläche, Holländische Straße 151, 153, 155, 157, 157 A, Größe 27,90 Ar,

Flurstück 142/33, Gebäude- und Freifläche, Holländische Straße 149, Größe 4,12 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 157 A/57 des Aufteilungsplans;

für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blatt 17028 bis 17134); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch Verwalter; Ausnahme: Veräußerung an Ehegatten, Verwandte gerader Linie, Verwandte zweiten Grades der Seitenlinie, durch Konkursverwalter, durch Zwangsversteigerung;

wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 9. 11. 1990;

(noch herzustellende 1-Zimmer-Eigentumswohnung mit ca. 31 m² Wfl.),

soll am Mittwoch, dem 10. Dezember 1997, 13.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, 2. Obergeschoß, Sitzungssaal 1 (Zimmer-Nr. 201), im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Wohnungseigentümerin am 22. 4. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Gabriele Lingl geb. Sigmund, Nürnberg.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. V ZVG:

4 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 24. 7. 1997 Amtsgericht, Abt. 640

5881

640 K 303/95: Das im Grundbuch von Ihringshausen, Band 65, Blatt 1863, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Ihringshausen, Flur 13, Flurstück 6/61, Gebäude- und Freifläche, Weddelstraße 54, Größe 7,53 Ar

(Dreifamilienhaus, Baujahr um 1930, Wohnfläche insgesamt ca. 184 m²),

soll am Montag, dem 5. Januar 1998, 10.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, II. Obergeschoß, Sitzungssaal 201, im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. 10. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

August Petzing, Fulda.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. V ZVG:

450 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 31. 7. 1997 Amtsgericht, Abt. 640

5882

9 K 71/96: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Neuenhain, Band 132, Blatt 4262,

lfd. Nr. 1, Flur 29, Flurstück 2724/6, Gebäude- und Freifläche, Platanenstraße 1 A, Größe 1,79 Ar

(2 gesch. WH, einseitig angeb., KG+DG ausgebaut, Gar., NFL KG = 57 m², EG = 54,37 m² mit Frühstücksraum + Terr. WFL 1. OG + DG = 91,52 m², BJ 1989),

soll am Dienstag, dem 11. November 1997, 14.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer:

Herr Anton Huber.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

700 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Königstein im Taunus, 9. 9. 1997

Amtsgericht, Abt. 9

5883

8 (1) K 60/94: Das im Grundbuch von Ottlar, Band 11, Blatt 276, eingetragene Grundeigentum, Gemarkung Ottlar, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 14/6, Gebäude- und Freifläche, Zum Upland 32, Größe 8,52 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 14/4, Gebäude- und Freifläche, Zum Upland 32, Größe 0,07 Ar,

soll am Freitag, dem 14. November 1997, 9.00 Uhr, Raum 132, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Hagenstraße 2, 34497 Korbach, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 11. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ulrike Schmelzer geb. Janich, nunmehr

wohnhaft in 52538 Selkant.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß

§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

BV Nr. 1 auf 219 000,— DM,

BV Nr. 2 auf 200,— DM.

Das ursprünglich als Pension und Restaurant genutzte Gebäude wurde später zu Wohnzwecken umgebaut und Anfang 1997 durch Feuer stark beschädigt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Korbach, 9. 9. 1997

Amtsgericht

5884

8 K 7/97: Das im Grundbuch von Korbach, Band 145, Blatt 4207, eingetragene Grundeigentum, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Korbach, Flur 13, Flurstück 512, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Steinberg 23, Größe 3,38 Ar,

soll am Freitag, dem 21. November 1997, 10.00 Uhr, Raum 132, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Hagenstraße 2, 34497 Korbach, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 19. 3. 1997 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dagmar Backes geb. Grawitschky, 34497 Korbach.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

230 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Korbach, 10. 9. 1997

Amtsgericht

5885

K 3/97: Das im Grundbuch von Freiensteinau, Band 31, Blatt 1212, eingetragene Grundstück, Gemarkung Freiensteinau,

lfd. Nr. 3, Flur 1, Nr. 426, Hof- und Gebäudefläche, Im Mühlfeld 18, Größe 10,61 Ar

(Wohnhaus mit angebauter Garage, überdachter Stellplatz und Garagengebäude),

Wert: 445 000,— DM,

soll am Donnerstag, dem 29. Januar 1998, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Lauterbach, Königsberger Straße 8, Zimmer Nr. 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 2. 1997 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Wolfgang Röhl,

b) Aloysis Röhl geb. Lotz, — in Gütergemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Lauterbach (Hessen), 9. 9. 1997 Amtsgericht

5886

7 K 86/95: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Dauborn, Band 42, Blatt 1427,

lfd. Nr. 21, Flur 38, Flurstück 35, Hof- und Gebäudefläche, Eufinger Straße 54, Größe 6,25 Ar,

lfd. Nr. 24, Flur 38, Flurstück 36, Hof- und Gebäudefläche, Eufinger Straße 54, Größe 6,25 Ar,

lfd. Nr. 35, Flur 38, Flurstück 34, Hof- und Gebäudefläche, Eufinger Straße 54, Größe 6,25 Ar,

lfd. Nr. 36, Flur 38, Flurstück 33, Hof- und Gebäudefläche, Eufinger Straße 54, Größe 6,25 Ar,

soll am Freitag, dem 21. November 1997, 10.00 Uhr, Raum B 11, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Waldendorffstraße 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 9./13. 12. 1995 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

Werner Müller, Dauborn.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 21 (Flurstück 35) auf 250 000,— DM,

lfd. Nr. 24 (Flurstück 36) auf 173 000,— DM,

lfd. Nr. 35 (Flurstück 34) auf 130 000,— DM,

lfd. Nr. 36 (Flurstück 33) auf 21 000,— DM.

Auf den Grundstücken befindet sich ein Einfamilienhaus (Baujahr 1980) und ein Gärtnerbetrieb, bestehend aus Verkaufsraum, Gewächshaus mit Kühlhaus, Treibhaus, Lagergebäude und Gerätehalle (Baujahr 1978 bis 1982).

Bieter haben sich auszuweisen und müssen damit rechnen, daß sie in Höhe von mindestens 10% ihres Bargebotes Sicherheit zu leisten haben. Erforderlich dafür ist Bargeld, von der Landeszentralbank bestätigter Scheck oder Bankbürgschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Limburg a. d. Lahn, 19. 8. 1997 Amtsgericht

5887

7 K 36/97: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Heringen, Band 38, Blatt 1203,

Flur 45, Flurstück 11/2, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße 10, Größe 5,06 Ar,

soll am Freitag, dem 28. November 1997, 8.30 Uhr, Raum B 11, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Waldendorffstraße 12, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 4. 1997 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Alfred Hölzel,
Brigitte Hölzel, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

182 650,— DM

(ein nach 1958 erbautes Einfamilienhaus, vollunterkellert).

Bieter haben sich auszuweisen und müssen damit rechnen, daß sie in Höhe von mindestens 10% ihres Bargebotes Sicherheit zu leisten haben. Erforderlich dafür ist Bargeld, von der Landeszentralbank bestätigter Scheck oder Bankbürgschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Limburg a. d. Lahn, 3. 9. 1997 Amtsgericht

5888

7 K 1/98: Das im Grundbuch von Marburg, Band 229, Blatt 8204, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Marburg, Flur 18, Flurstück 726/93, Hof- und Gebäudefläche, Schückingstraße 24, Größe 3,47 Ar,

soll am Donnerstag, dem 18. Dezember 1997, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 2. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Hanna Gabriele Naumann geb. Jacobsohn, Altenheim Tabor, Dürerstraße 30, 35039 Marburg, — zur Hälfte —,
2. die Eheleute Anselm Jacobsohn und Pe-

tra Jacobsohn geb. Bergmann, Schückingstraße 24, 35037 Marburg, — je zu einem Viertel —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 530 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Marburg, 5. 9. 1997

Amtsgericht

5889

7 K 162/96: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Neu-Isenburg, Band 313, Blatt 10697, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 15, Flurstück 1/314, Hof- und Gebäudefläche, Graf-Folke-Bernadotte-Straße 1, Größe 8,52 Ar,

am Freitag, dem 21. November 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude F des Amtsgerichts Offenbach am Main, Kaiserstraße 29 (Hintergebäude), Erdgeschoß, Saal 1001, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 22. 11. 1996 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Karin Vogt, Neu-Isenburg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 850 000,— DM.

Weitere Objektbeschreibung (ohne Gewähr): zweigeschossiges Einfamilienhaus und Doppelgarage.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 19. 8. 1997 Amtsgericht

5890

7 K 121/96: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungserbbaugrundbuch von Dietzenbach, Band 270, Blatt 9353, eingetragene 141,72/100 000 Miteigentumsanteil an dem Erbbaurecht, eingetragen auf dem im Grundbuch von Dietzenbach, Band 186, Blatt 6840, unter lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses verzeichneten Grundstück Gemarkung Dietzenbach, Flur 11, Miteigentumsanteil besteht nunmehr an Grundstück Gemarkung Dietzenbach, Flur 11,

Flurstück 332/3, Verkehrsfläche, Lohrer Weg, Größe 9,15 Ar,

Flurstück 332/4, Verkehrsfläche, Mespelbrunner Weg, Größe 2,89 Ar,

Flurstück 332/5, Verkehrsfläche, Rohrbrunner Weg, Größe 7,56 Ar,

Flurstück 332/6, Verkehrsfläche, Marktheidenfelder Weg, Größe 3,00 Ar,

Flurstück 332/7, Verkehrsfläche, Wertheimer Weg, Größe 4,58 Ar,

Flurstück 332/8, Gebäude- und Freifläche, Lohrer Weg 2—4, Mespelbrunner Weg 2—4, Rohrbrunner Weg 2—4, Marktheidenfelder Weg 2—4, Wertheimer Weg 2—4, Größe 5,74 Ar,

Flurstück 332/9, Gebäude- und Freifläche, Lohrer Weg 2—4, Mespelbrunner Weg 2—4, Rohrbrunner Weg 2—4, Marktheidenfelder Weg 2—4, Wertheimer Weg 2—4, Größe 521,38 Ar,

in Abt. II, Nr. 1, für die Dauer von 99 Jahren seit dem Tage der Eintragung, dem 30. 3. 1973,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 753 bezeichneten Wohnung mit Sondernutzungsrecht an der Garage Nr. 425,

beschränkt durch die jeweils zu den ande-

Tragen Sie Verantwortung für den Brandschutz

... dann müssen Sie seine (ständig wechselnden) neuesten Vorschriften bei sich haben:

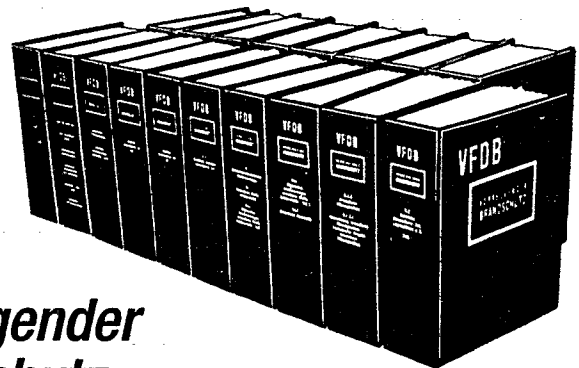
VFDB Vorbeugender Brandschutz, einzige, stets aktuelle Brandschutz-Vorschriftensammlung — die Bezieher unseres Werkes haben sie griffbereit!

In 19 Ordnern sind alle gültigen Gesetze und Verordnungen aus Bund und Ländern, nach Sach- und Geltungsbereichen gegliedert, enthalten. Austauschlieferungen halten sie regelmäßig auf dem neuesten Stand.

Herausgeber ist die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (VFDB) e.V.

Loseblatt-Sammlung in 19 Bänden DM 985,— (Preisstand: Januar 1994)

Begründet und aufgebaut von Dipl.-Chem. Kurt Möbius †, Bearbeitung: Dipl.-Ing. Heinz Weck, Ministerialrat a. D.



VFDB
Vorbeugender
Brandschutz

Verlag Kultur und Wissen GmbH, Marktplatz 13, 65183 Wiesbaden, Telefon (06 11) 3 60 98-31

ren Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Dienstag, dem 18. November 1997, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude F des Amtsgerichts Offenbach am Main, Kaiserstraße 29 (Hintergebäude), Erdgeschoß, Saal 1001, versteigert werden.

Eingetragener Wohnungserbbauberechtigter am 26. 8. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl August Ehmman, Rödermark.

Der Wert des Wohnungserbbaurechts ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 93 000,— DM.

Weitere Objektbeschreibung — ohne Gewähr —: 4 1/2-Zimmer-Wohnung; Wohnfläche: 89,6 qm; 10. OG im Gebäude Marktheidenfelder Weg 2—4.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 20. 8. 1997 Amtsgericht

5891

K 58/96: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Licherode, Band 8, Blatt 215, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Licherode, Flur 9, Flurstück 123/52, Gebäude- und Freifläche, im Dorfe 21, Größe 5,71 Ar,

soll am Freitag, dem 5. Dezember 1997, 9.30 Uhr, Sitzungssaal 1, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude, Weidenberggasse 1, 36199 Rotenburg a. d. Fulda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. 1. 1997 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Anna Adelheid Döll geb. Griese in Licherode.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

75 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Rotenburg a. d. Fulda, 12. 9. 1997

Amtsgericht

5892

1 K 2/97: Der im Grundbuch von Geisenheim, Bezirk Geisenheim, Band 109, Blatt 3554, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 3, Flur 58, Flurstück 100, Ackerland, Stegbach, Größe 3,56 Ar,

soll am Dienstag, dem 2. Dezember 1997, 9.00 Uhr, Raum 15, 1. Stock, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 9, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 2. 1997 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl-Heinz Krüger, Geisenheim.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

12 460,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Rüdesheim am Rhein, 10. 9. 1997

Amtsgericht

5893

K 45/95: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Klein-Krotzenburg, Band 96, Blatt 3986,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Krotzenburg, Flur 6, Flurstück 116/4, Hof- und Gebäudefläche, Ostring 8, Größe 2,23 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Klein-Krotzenburg, Flur 6, Flurstück 117/1, Hof- und Gebäudefläche, Ostring 8, Größe 3,23 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Klein-Krotzenburg, Flur 6, Flurstück 117/2, Hof- und Gebäudefläche, Ostring 8, Größe 5,45 Ar

(Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung und Garage),

soll am Montag, dem 12. Januar 1998, 9.30 Uhr, Raum 1, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude, Giselastraße 1, Seligenstadt, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 10. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Dr. Dieter Behm, Frankfurter Straße 55, 63067 Offenbach am Main.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 347 000,— DM,

lfd. Nr. 2 auf 503 000,— DM,

lfd. Nr. 3 auf 850 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Seligenstadt, 9. 9. 1997

Amtsgericht

5894

4 K 68/96: Das im Grundbuch von Arnoldshain, Band 59, Blatt 1875, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Arnoldshain, Flur 9, Flurstück 29/13, Gebäude- und Freifläche, Hegewiese 2 B, Größe 9,21 Ar,

soll am Dienstag, dem 13. Januar 1998, 9.00 Uhr, Raum 11, Sitzungssaal, Weilburger Straße 2, 61250 Usingen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 11. 1996 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Marijan Blazekovic, z. Z. Sisak/Kroatien.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Dreifamilienwohnung, Keller, ausgebautes Dachgeschoß, 5 Pkw-Plätze in Garage, Baujahr 1992 (Wohnfläche von insgesamt 356,89 qm) auf

1 150 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Usingen, 4. 8. 1997

Amtsgericht

5895

5 K 4/94: Das im Grundbuch von Wehrheim, Band 79, Blatt 2698, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehrheim, Flur 42, Flurstück 99/2, Hof- und Gebäudefläche, Köpperner Straße 100, Größe 14,41 Ar,

soll am Dienstag, dem 6. Januar 1998, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 11 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. 1. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Trautau Maurer geb. Rathemacher, Oranienstraße 3, 61273 Wehrheim.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Hotel mit Einliegerwohnung und Garage auf

2 100 000,— DM,

Zubehör auf 115 879,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Usingen, 4. 9. 1997

Amtsgericht

5896

61 K 37/97: Das im Grundbuch von Wiesbaden-Biebrich, Band 429, Blatt 10917, eingetragene Grundeigentum, 33,7695/1 000 Miteigentumsanteil am Grundstück,

Flur 36, Flurstück 82/26, Hof- und Gebäudefläche, Breslauer Straße 36—38, Größe 13,91 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 2. Obergeschoß, Eingang B und den Räumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 27,

soll am Donnerstag, dem 20. November 1997, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Nebengebäude Moritzstraße 5, IV. Stock, Zimmer 402, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 4. 1997 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Harald Schnabel, Wiesbaden.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

309 375,— DM.

Objektbeschreibung ohne Gewähr: 3 ZW mit Balkon, ca. 68,75 qm, Breslauer Straße 36, 2. OG, 10—11 Jahre alte Wohnanlage.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 8. 9. 1997

Amtsgericht

5897

61 K 14/97: Das im Grundbuch von Wiesbaden-Biebrich, Band 495, Blatt 12920, eingetragene Grundeigentum,

Flur 18, Bauplatz Simrockstraße,

lfd. Nr. 1, Flurstück 2017/231, Größe 3,80 Ar, Wert: 387 600,— DM,

lfd. Nr. 2, Flurstück 231/25, Größe 0,50 Ar, Wert: 51 000,— DM,

soll am Donnerstag, dem 20. November 1997, um 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Nebengebäude Moritzstraße 5, IV. Stock, Zimmer 402, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 3. 1997 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Burda GmbH, Wiesbaden.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie oben angegeben.

Laut Gutachten: Bebauung des unbebauten Grundstücks ist mit einem 2geschossigen Wohngebäude mit 129 qm Grundfläche und 258 qm Geschoßfläche möglich.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 9. 9. 1997

Amtsgericht

5898

61 K 74/96: Das im Grundbuch von Wiesbaden-Sonnenberg, Band 196, Blatt 5441, eingetragene Grundeigentum,

Flur 13, Flurstück 155/103, Gebäude- und Freifläche, Kemmelweg 4, Größe 4,17 Ar,

soll am Donnerstag, dem 27. November 1997, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Nebengebäude Moritzstraße 5, IV. Stock, Zimmer 402, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 9. 1. 1997 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Birgit Herrgen, Wiesbaden.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

1,24 Mio. DM.

Laut Gutachten: Zweigeschossiges, vollunterkellertes, freistehendes Einfamilienhaus (Baujahr vermutlich 1992) mit seitlich angebaute Einzelgarage.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 11. 9. 1997

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

Jahresbilanz der Hessischen Brandversicherungsanstalt Darmstadt zum 31. Dezember 1996

Aktiva

| | 1996 DM | 1996 DM | 1996 DM | 1996 DM | 1995 DM |
|---|---------------|---------------|----------------|----------------|----------------|
| A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital | | | | 0,00 | 0,00 |
| davon: eingefordert: 0,00 DM | | | | | |
| B. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | 2.835.788,00 | 3.006.473,00 |
| C. Kapitalanlagen | | | | | |
| I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | | | 16.866.222,00 | | 17.121.341,00 |
| II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen | | | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | | 0,00 | | | 0,00 |
| 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen | | 0,00 | | | 0,00 |
| 3. Beteiligungen | | 536.430,30 | | | 536.430,30 |
| 4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | 1.520.000,00 | 2.056.430,30 | | 1.520.000,00 |
| III. Sonstige Kapitalanlagen | | | | | |
| 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | 0,00 | | | 0,00 |
| 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | 187.325.770,00 | | 186.172.850,00 |
| 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen | | 0,00 | | | 0,00 |
| 4. Sonstige Ausleihungen | | | | | |
| a) Namensschuldverschreibungen | 15.000.000,00 | | | | 5.000.000,00 |
| b) Schuldscheinforderungen und Darlehen | 23.101.450,53 | | | | 16.018.908,62 |
| c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine | 0,00 | | | | 0,00 |
| d) übrige Ausleihungen | 0,00 | 38.101.450,53 | | | 0,00 |
| 5. Einlagen bei Kreditinstituten | | 8.600.000,00 | | | 9.100.000,00 |
| 6. Andere Kapitalanlagen | | 0,00 | 234.027.220,53 | | 0,00 |
| IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft | | | 0,00 | 252.949.872,83 | 0,00 |
| D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice | | | | 0,00 | 0,00 |
| E. Forderungen | | | | | |
| I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: | | | | | |
| 1. Versicherungsnehmer | | 2.671.826,69 | | | 5.874.607,99 |
| 2. Versicherungsvermittler | | 3.348.292,67 | | | 1.241.542,61 |
| 3. Mitglieds- und Trägerunternehmen | | 0,00 | 6.020.119,36 | | 0,00 |
| II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft | | | 7.760.328,69 | | 2.896.677,59 |
| davon an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | | | | |
| 7.733.056,79 DM (Vorjahr: 2.896.677,59 DM) | | | | | |
| III. Sonstige Forderungen | | | 3.001.285,14 | 16.781.733,19 | 1.240.278,81 |
| F. Sonstige Vermögensgegenstände | | | | | |
| I. Sachanlagen und Vorräte | | | 1.840.040,63 | | 1.788.089,71 |
| II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks- und Kassenbestand | | | 579.056,91 | | 514.281,20 |
| III. Eigene Anteile | | | 0,00 | | 0,00 |
| Nennwert bzw. rechnerischer Wert 0,00 DM | | | | | |
| IV. Andere Vermögensgegenstände | | | 42.850,92 | 2.461.948,46 | 41.764,13 |
| G. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | | |
| I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten | | | 7.080.842,80 | | 9.304.263,07 |
| II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten | | | 980.370,23 | 8.061.213,03 | 937.581,95 |
| H. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | | | | 0,00 | 0,00 |
| | | | | 283.090.555,51 | 264.315.089,98 |

Passiva

| | 1996 DM | 1996 DM | 1996 DM | 1995 DM |
|--|---------------------|---------------------|----------------|----------------|
| A. Eigenkapital | | | | |
| I. Gezeichnetes Kapital | | 0,00 | | 0,00 |
| II. Kapitalrücklage | | 0,00 | | 0,00 |
| III. Gewinnrücklagen | | | | |
| Sicherheitsrücklage | | 93.561.147,31 | | 93.561.147,31 |
| IV. Verlustvortrag | | -2.261.111,10 | | -1.662.481,23 |
| V. Jahresüberschuß / Jahresfehlbetrag | | <u>1.126.544,95</u> | 92.426.581,16 | -598.629,87 |
| B. Genußrechtskapital | | | 0,00 | 0,00 |
| C. Nachrangige Verbindlichkeiten | | | 0,00 | 0,00 |
| D. Sonderposten mit Rücklageanteil | | | 0,00 | 0,00 |
| E. Versicherungstechnische Rückstellungen | | | | |
| I. Beitragsüberträge | | | | |
| 1. Bruttobetrag | 4.430.550,01 | | | 3.099.238,19 |
| 2. davon ab: | | | | |
| Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft | <u>1.378.160,82</u> | 3.052.389,19 | | 817.193,96 |
| II. Deckungsrückstellung | | | | |
| 1. Bruttobetrag | 0,00 | | | 0,00 |
| 2. davon ab: | | | | |
| Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft | <u>0,00</u> | 0,00 | | 0,00 |
| III. Rückstellung für noch nicht abge- wickelte Versicherungsfälle | | | | |
| 1. Bruttobetrag | 91.760.379,79 | | | 110.681.450,83 |
| 2. davon ab: | | | | |
| Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft | <u>5.680.563,10</u> | 86.079.816,69 | | 16.328.966,20 |
| IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgs- unabhängige Beitragsrückerstattung | | | | |
| 1. Bruttobetrag | 0,00 | | | 0,00 |
| 2. davon ab: | | | | |
| Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft | <u>0,00</u> | 0,00 | | 0,00 |
| V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen | | 60.252.799,00 | | 40.898.380,00 |
| VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen | | | | |
| 1. Bruttobetrag | 0,00 | | | 0,00 |
| 2. davon ab: | | | | |
| Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft | <u>0,00</u> | <u>0,00</u> | 149.385.004,88 | 0,00 |
| F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird | | | | |
| I. Deckungsrückstellung | | | | |
| 1. Bruttobetrag | 0,00 | | | |
| 2. davon ab: | | | | |
| Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft | <u>0,00</u> | <u>0,00</u> | | |
| II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen | | | | |
| 1. Bruttobetrag | 0,00 | | | |
| 2. davon ab: | | | | |
| Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft | <u>0,00</u> | <u>0,00</u> | 0,00 | 0,00 |
| G. Andere Rückstellungen | | | | |
| I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | 19.497.844,67 | | 19.445.633,67 |
| II. Steuerrückstellungen | | 3.809.483,00 | | 2.514.745,00 |
| III. Sonstige Rückstellungen | | <u>1.269.629,00</u> | 24.576.956,67 | 1.021.040,02 |
| H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft | | | 0,00 | 0,00 |

| | 1996 DM | 1996 DM | 1996 DM | 1995 DM |
|---|--------------|----------------------|-----------------------|-----------------------|
| I. Andere Verbindlichkeiten | | | | |
| I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber | | | | |
| 1. Versicherungsnehmern | 1.809.658,86 | | | 1.265.044,21 |
| 2. Versicherungsvermittlern | 838.485,95 | | | 674.055,95 |
| 3. Mitglieds- und Trägerunternehmen | <u>0,00</u> | 2.648.144,81 | | |
| II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft | | 1.842.701,66 | | 2.042.864,73 |
| davon an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | | | |
| 1.363.802,86 DM (Vorjahr: 1.498.982,55 DM) | | | | |
| III. Anleihen | | 0,00 | | 0,00 |
| davon konvertibel: 0,00 DM | | | | |
| IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | 68.884,44 | | 93.634,93 |
| V. Sonstige Verbindlichkeiten | | <u>12.065.457,39</u> | 16.625.188,30 | 8.338.071,90 |
| davon: aus Steuern: | | | | |
| 1.668.720,13 DM (Vorjahr: 1.893.361,80 DM) | | | | |
| davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit: | | | | |
| 599,27 DM (Vorjahr: 2.793,66 DM) | | | | |
| K. Rechnungsabgrenzungsposten | | | <u>76.824,50</u> | <u>87.054,50</u> |
| | | | <u>283.090.555,51</u> | <u>264.315.089,98</u> |

Darmstadt, 10. April 1997

Hessische Brandversicherungsanstalt Darmstadt
- Sparkassenversicherung -

Der Vorstand

Dr. Momberger

Heinze

Der vollständige Jahresabschluß und der Lagebericht wurden mit folgendem Bestätigungsvermerk versehen:

Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Versicherungsanstalt. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.

Wiesbaden, den 30. April 1997

Hübner & Co.
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Geib
Wirtschaftsprüfer

Elmenthaler
Wirtschaftsprüfer

Hinweis: Die Langfassung des Geschäftsberichtes wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Gewinn- und Verlustrechnung der Hessischen Brandversicherungsanstalt Darmstadt für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1996

| Posten | 1996 DM | 1996 DM | 1996 DM | 1995 DM |
|--|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| I. Versicherungstechnische Rechnung | | | | |
| 1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung | | | | |
| a) Gebuchte Bruttobeiträge | 165.147.724,81 | | | 152.809.781,13 |
| b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge | <u>-51.715.650,85</u> | 113.432.073,96 | | <u>-64.340.714,53</u> |
| c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge | <u>-1.331.311,82</u> | | | <u>-2.481.059,50</u> |
| d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen | <u>560.966,86</u> | <u>-770.344,96</u> | 112.661.729,00 | 730.879,47 |
| 2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung | | | 0,00 | 0,00 |
| 3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung | | | 95.451,58 | 5.501,67 |
| 4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung | | | | |
| a) Zahlungen für Versicherungsfälle | | | | |
| aa) Bruttobetrag | 118.178.707,44 | | | 140.223.458,07 |
| bb) Anteil der Rückversicherer | <u>-39.857.467,42</u> | 78.321.240,02 | | <u>-49.980.112,92</u> |
| a) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle | | | | |
| aa) Bruttobetrag | -18.921.071,04 | | | -144.945.653,99 |
| bb) Anteil der Rückversicherer | <u>-10.648.403,10</u> | <u>-8.272.667,94</u> | 70.048.572,08 | <u>-91.127.517,80</u> |
| 5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen | | | | |
| a) Netto-Deckungsrückstellung | | 0,00 | | |
| b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen | | <u>0,00</u> | 0,00 | 0,00 |
| 6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung | | | 0,00 | 0,00 |
| 7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung | | | | |
| a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb | | 39.380.499,45 | | 36.346.911,51 |
| b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft | | <u>-15.207.801,14</u> | 24.172.698,31 | <u>-15.349.276,74</u> |
| 8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung | | | <u>8.003.837,18</u> | <u>6.665.834,11</u> |
| 9. Zwischensumme | | | 10.532.073,01 | 22.635.710,40 |
| 10. Veränderungen der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen | | | <u>-19.354.419,00</u> | <u>-33.996.505,00</u> |
| 11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung | | | <u>-8.822.345,99</u> | <u>-11.360.794,60</u> |

| Posten | 1996 DM | 1996 DM | 1996 DM | 1996 DM | 1995 DM |
|---|----------------------|---------------|---------------------|----------------------|----------------------|
| II. Nichtversicherungstechnische Rechnung | | | | | |
| 1. Erträge aus Kapitalanlagen | | | | | |
| a) Erträge aus Beteiligungen | | 40.217,86 | | | 0,00 |
| davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 DM | | | | | |
| b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen | | | | | |
| davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 DM | | | | | |
| aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | 2.697.338,35 | | | | 2.595.738,69 |
| bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen | <u>16.768.562,59</u> | 19.465.900,94 | | | <u>17.771.021,28</u> |
| c) Erträge aus Zuschreibungen | | 0,00 | | | |
| d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen | | 800.900,00 | | | 180.400,00 |
| e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen | | 0,00 | | | 0,00 |
| f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil | | <u>0,00</u> | 20.307.018,80 | | <u>0,00</u> |
| 2. Aufwendungen für Kapitalanlagen | | | | | |
| a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen | | 3.580.593,52 | | | 3.535.546,21 |
| b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen | | 473.912,87 | | | 820.427,59 |
| c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen | | 290.000,00 | | | 190.000,00 |
| d) Aufwendungen aus Verlustübernahme | | 0,00 | | | 0,00 |
| e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil | | <u>0,00</u> | 4.344.506,39 | | <u>0,00</u> |
| | | | 15.962.512,41 | | |
| 3. Technischer Zinsertrag | | | <u>0,00</u> | 15.962.512,41 | 0,00 |
| 4. Sonstige Erträge | | | 328.448,11 | | 163.235,78 |
| 5. Sonstige Aufwendungen | | | <u>4.954.299,13</u> | <u>-4.625.851,02</u> | <u>2.859.420,18</u> |
| 6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | | | | 2.514.315,40 | 1.944.207,17 |
| 7. Außerordentliche Erträge | | | 0,00 | | 0,00 |
| 8. Außerordentliche Aufwendungen | | | <u>0,00</u> | | <u>0,00</u> |
| 9. Außerordentliches Ergebnis | | | | 0,00 | 0,00 |
| 10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | | | -12.225,00 | | 1.370.000,00 |
| 11. Sonstige Steuern | | | <u>1.399.995,45</u> | 1.387.770,45 | 1.172.837,04 |
| 12. Erträge aus Verlustübernahme | | | 0,00 | | 0,00 |
| 13. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne | | | <u>0,00</u> | <u>0,00</u> | <u>0,00</u> |
| 14. Jahresüberschuß / Jahresfehlbetrag | | | | 1.126.544,95 | -598.629,87 |
| 15. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr | | | | <u>-2.261.111,10</u> | <u>-1.662.481,23</u> |
| 16. Entnahmen aus der Kapitalrücklage | | | | 0,00 | 0,00 |
| 17. Entnahmen aus Gewinnrücklagen | | | | 0,00 | 0,00 |
| 18. Entnahmen aus Genußrechtskapital | | | | 0,00 | 0,00 |
| 19. Einstellungen in Gewinnrücklagen | | | | 0,00 | 0,00 |
| 20. Wiederauffüllung des Genußrechtskapitals | | | | 0,00 | 0,00 |
| 21. Bilanzgewinn / Bilanzverlust | | | | <u>-1.134.566,15</u> | <u>-2.261.111,10</u> |

Sitzung des Umlandverbandes Frankfurt

Terminänderung

Die 2. — öffentliche — Sitzung des Rechts- und Ältestenausschusses in der VI. Wahlperiode wird vom 2. Oktober 1997 vorverlegt auf **Dienstag, 30. September 1997, 13.00 Uhr**, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 1. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 102.

Frankfurt am Main, 22. September 1997

Umlandverband Frankfurt
gez. R a h l w e s, Vorsitzender des
Rechts- und Ältestenausschusses

Öffentliche Ausschreibungen

Der Magistrat der STADT FRANKFURT AM MAIN, vertreten durch das Hochbauamt, Gerbermühlstraße 48, 60594 Frankfurt am Main, schreibt für das Bauvorhaben

Birsteiner Straße 54, Sportanlage, mit folgendem wesentlichen Leistungsumfang öffentlich aus:

1 Stück Gas-Wandheizgerät 24 kW turbo für raumluftunabhängigen Betrieb

ca. 300 Stück lfd. m Kupferrohr DN 15—25 einschl. Form- und Verbindungsstücke

23 Stück Raumheizflächen als Flachheizkörper einschl. thermostatische Regelventile mit Rücklaufverschraubungen

Ausführungsfristen: 17. November 1997,

Ende: 28. November 1997

Eröffnungstermin: 30. Oktober 1997

Zuschlags- und Bindefrist: 15. Dezember 1997

Ausschreibungsnummer: 540

Sicherheitsleistungen: 5%

Die Nachprüfstelle nach § 31 VOB/A ist das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Referat „Bauberufs- und Verdingungsrecht“, Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/8 15-0, Telefax: 06 11/8 15-22 25.

Bewerber, die sich gewerbsmäßig mit der Ausführung von Leistungen der ausgeschriebenen Art befassen, können die Ausschreibungsunterlagen schriftlich bis zum 13. Oktober 1997 vom Hochbauamt der Stadt Frankfurt am Main, Abt. 65.C21, unter Hinzufügung des Zahlungsabschnittes anfordern.

Die Ausschreibungsunterlagen werden gegen einen Unkostenbeitrag von 20,— DM den Bewerbern auf dem Postweg zugestellt.

Der Betrag ist auf das Konto der Stadtkasse Frankfurt am Main, Postbankkonto-Nr. 2-609, BLZ 500 100 60, unter Angabe der Verrechnungsstelle 97.0.1.6010.130022, lfd. Nr. 540, mit dem Vermerk „Birsteiner Straße 54, Sportanlage“ einzuzahlen.

Einreichung von Verrechnungsschecks oder Barzahlung ist nicht möglich.

Auskunft beim Hochbauamt: Abt. 65.C21, Herr Busch, Telefonnummer: 0 69/2 12-3 31 45, Telefaxnummer: 0 69/2 12-3 78 51.

Frankfurt am Main, 12. September 1997

Der Magistrat

Ausschreibung von Bauleistungen (Freihändige Vergabe)

Bauvorhaben: Tiefgarage in 99817 Eisenach

ca. 10 000 m² umbauter Raum

Planung/ Bauleitung: Brenner GmbH, Brentanostraße 12, 71083 Herrenberg, Tel.: 0 70 32/2 44 73

Es werden folgende Bauleistungen (ohne VOB/A und B) ausgeschrieben:

Baulos I: Abbrucharbeiten, Schutzgebühr 30,— DM, Ausführungszeit vor Weihnachten 1997

Baulos II: Erd- und Verbauarbeiten, Schutzgebühr 60,— DM, Ausführungszeit Dezember 1997/Januar 1998

Baulos III: Beton- und Mauerarbeiten, Schutzgebühr 90,— DM, Ausführungszeit Januar 1998 bis September 1998

Leistungsfähige Firmen, die an einer Angebotsabgabe interessiert sind, können die Angebotsunterlagen nur schriftlich ab sofort bei Brenner GmbH, Brentanostraße 12, 71083 Herrenberg, anfordern.

Letzter Tag der schriftlichen Anforderung: 11. Oktober 1997

Die Ausschreibungsunterlagen werden an die Bieter versandt, die sich fristgerecht bewerben und die Schutzgebühr mit Verrechnungsscheck vorgelegt haben. Die Schutzgebühr wird nicht zurückerstattet.

Die Leistungsverzeichnisse werden versandt: 11. Oktober bis 17. Oktober 1997.

Jeder Bewerber hat Referenzen über ausgeführte Leistungen an Objekten ähnlicher Größenordnung anzugeben. Als Sicherheit für die Vertragserfüllung und die Gewährleistung wird eine Bürgschaft in Höhe von 5% der Brutto-Auftragssumme bzw. Abrechnungssumme verlangt.

Letzter Angebotsabgabetermin ist zu Ort und Uhrzeit, 31. Oktober 1997 wie im LV angegeben.

Es findet keine öffentliche Angebotseröffnung statt. Verspätet eingehende Angebote können vom Wettbewerb ausgeschlossen werden.

Die Auftragserteilung findet statt bis spätestens: 15. November 1997

Bei Rückfragen bitte wenden an: Brenner GmbH, Brentanostraße 12, 71083 Herrenberg, Tel.: 0 70 32/2 44 73, Fax: 0 70 32/58 18.

Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnehmerwettbewerb § 17 Nr. 2 VOB/A

- | | |
|--|--|
| a) Öffentlicher Auftraggeber: | Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Rheingau-Taunus-Kreis Heimbacher Straße 7, 65307 Bad Schwalbach, Telefon: 0 61 24/5 10-3 94, Fax: 0 61 24/5 10-3 00 |
| b) Gewähltes Vergabeverfahren: | Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnehmerwettbewerb |
| c) Art des Auftrages: | Ausführung von Bauleistungen im Deponiebau |
| d) Ort der Ausführung: | Aarbergen-Kettenbach |
| e) Bezeichnung der Baumaßnahme, Art und Umfang der Leistung: | Herst. der Oberflächenabdichtung nach TASI, Dep.-Kl. I und Rekultivierung der Deponie |
| | 17 000 m ² Mineralische Dichtung, 2lagig à 0,25 m, kf-Wert ≤ 5 × 10 EXP-9 m/s |
| | 12 500 m ² Entwässerungsdränsystem aus Geotextilien, 1 400 g/m ² |
| | 9 000 m ² Gasdränsystem aus Geotextilien, 1 400 g/m ² |
| | 1 650 m ² Entwässerungsschicht Kies 16/32 |
| | 18 000 m ² Rekultivierungsschicht |
| | 1 200 m PE-Vollrohre und Sickerrohre, PE-80 (PE-HD), DN 100—250, einschl. Schachtbauwerke Beton |
| | 4 St. Gasfilterbrunnen PE, DN 100 |
| | 1 500 m ² Erdbewegungen insgesamt |
| | 10 100 m ² Böschungsrasen mit Weißklee |
| | 4 500 m ² Strauch- und Baumhecken |
| | 8 St. Einzelbäume, 3 × verpfl. Ø 12/14 |
| f) Aufteilung in Lose: | nein |
| g) Erbringung von Planungsleistungen: | nein |
| h) Ausführungszeit: | sechs Monate nach Auftragsvergabe |
| i) Rechtsform von Bietergemeinschaften: | Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter |
| j) Einsendefrist der Teilnahmeanträge: | 10. Oktober 1997 |
| k) Anträge sind zu richten an: | Dorsch Consult Ingenieurgesell. mbH, Friedrich-Bergius-Straße 5, 65203 Wiesbaden, Telefon: 06 11/2 34-1 29, Fax: 06 11/2 34-1 56 |
| l) Der Antrag ist abzufassen in: | deutsch |
| m) Die Angebotsanforderungen werden spätestens abgesandt am: | 31. Oktober 1997 |
| n) Geforderte Sicherheiten: | Vertragserfüllungs- und Gewährleistungsbürgschaft in Höhe von 5 v. H. der Auftragssumme einschl. der Nachträge |
| o) Zahlungsbedingungen: | gem. Verdingungsunterlagen |
| p) Geforderte Eignungsnachweise: | Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit Angaben zu machen gemäß § 8 Nr. 3 (1) Buchstabe a, b, c, d, e, f VOB/A |
| r) Angaben über zusätzlich geforderte Nachweise: | Der Bieter hat eine Bescheinigung der Berufsgenossenschaft vorzulegen |
| s) Auskünfte erteilt: | Anschrift siehe k) |

Stellenausschreibungen



Beim Hessischen Landesamt für Bodenforschung

Ist voraussichtlich zum Spätherbst oder Beginn des nächsten Jahres die Stelle einer/eines

Geologin/Geologen

im Dezernat II 6 — Rohstoffgeologie — zu besetzen.

Der Aufgabenbereich umfaßt das gesamte Gebiet der Rohstoffgeologie, insbesondere der Steine und Erden, einschließlich der Industriemineralien. Neben der Erfassung und Einschätzung von Lagerstätten steht im Moment die Bearbeitung von Stellungnahmen zu Planungsfragen (Regionalplanung, Flächennutzungspläne, Raumordnungsverfahren u. a.) im Sinne der Wahrnehmung der Aufgaben eines Trägers öffentlicher Belange (TÖB) im Vordergrund.

Einstellungsvoraussetzung ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium der Geologie und nachgewiesene Erfahrungen und Kenntnisse bei der Erkundung und Bewertung oberflächennaher Lagerstätten. Erwartet werden ferner Teamfähigkeit, Flexibilität und Durchsetzungsvermögen. Eine wissenschaftliche Qualifikation durch Promotion wäre von Vorteil.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Eine Erhöhung des Frauenanteils wird aufgrund der Verpflichtung eines Frauenförderplans angestrebt. Eine Teilung der Vollzeitstelle ist grundsätzlich möglich.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Es steht eine Stelle der Vergütungsgruppe II a BAT zur Verfügung. Es handelt sich zunächst um eine befristete Tätigkeit von einem Jahr im Rahmen einer Erziehungsurlaubsvertretung. Abhängig von der künftigen Stellensituation ist evtl. die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis möglich.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 10. Oktober 1997 erbeten an das

Hessische Landesamt für Bodenforschung,
Leberberg 9, 65193 Wiesbaden.

Beim Landesjugendamt Hessen

Ist im Dezernat II — Dezernat Förderung von Kindern in Kindertagesstätten und Tagesstätten — die Stelle einer/eines

Verwaltungssachbearbeiterin/ Verwaltungssachbearbeiters

ab sofort zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt die Bearbeitung von Leistungen zur Maßnahmeförderung nach den §§ 7 bis 9 des Hessischen Kindertagesgesetzes, von Widerspruchsverfahren und Klageerwidlungen, die Beratung der Träger von Kindertagesstätten im Bezug auf die finanzielle Förderung, die Mitarbeit bei der Weiterentwicklung des DV-Verfahrens sowie verwaltungsinterne Prüfungsvorgänge aufgrund von Änderungen der Rechtsnormen und der hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften.

Einstellungsvoraussetzung ist die Befähigung zum gehobenen Verwaltungsdienst (Diplomverwaltungswirt/in) oder eine vergleichbare Qualifikation. Die Bewerberin/der Bewerber sollte über fundierte Fachkenntnisse im Verwaltungsverfahren, der Verwaltungsgerichtsordnung verfügen. Weiterhin wird sicheres Auftreten und die besonders ausgeprägte Fähigkeit zu präziser und verständlichem mündlichen und schriftlichen Formulieren erwartet. Qualifizierte Kenntnisse in der Orthographie und in der Interpunktion sind erforderlich. Langjährige Erfahrungen und Kenntnisse in der Anwendung von DV-Softwareprogrammen sind von Vorteil.

Dienstort ist Wiesbaden.

Für den Dienstposten steht eine Stelle der Besoldungsgruppe A 9/A 10 BBesG zur Verfügung. Aufstiegsmöglichkeiten im Rahmen des Stellenplans sind gegeben.

Das Landesjugendamt Hessen ist bestrebt, den Anteil der beschäftigten Frauen im gehobenen Dienst zu erhöhen, daher sind Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich.

Bewerbungen sind bis innerhalb von vier Wochen nach Veröffentlichung der Ausschreibung zu richten an das

Landesjugendamt Hessen, z. Hd. Herrn Smentek,
Wilhelmshöher Allee 157—159, 34121 Kassel.

Zeitschrift für Sozialreform

Herausgeber: Prof. Dr. Florian Tennstedt

- aktuelle Abhandlungen zu allen Problemen der Sozialreform
- interessante Beiträge in- und ausländischer Autoren
- Veröffentlichungen im internationalen Vergleich
- Wissenschaft und Praxis

Verlag Chmielorz GmbH

Postfach 22 29 · 65012 Wiesbaden



Beim Hessischen Landesamt für Bodenforschung

ist voraussichtlich im Spätherbst die Stelle einer/eines

Geologin/Geologen

im Dezernat I 1 — **Geologische Landesaufnahme** — zu besetzen.

Der Aufgabenbereich umfaßt die geologische Kartierung, vornehmlich in Triasgebieten von Hessen.

Einstellungsvoraussetzung ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium der Geologie sowie Erfahrung in der geologischen Aufnahme klastischer Abfolgen. Erwartet werden ferner Teamfähigkeit, Flexibilität und Durchsetzungsvermögen. Eine nachgewiesene wissenschaftliche Qualifikation durch Promotion wäre von Vorteil.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Eine Erhöhung des Frauenanteils wird aufgrund der Verpflichtung eines Frauenförderplans angestrebt. Eine Teilung der Vollzeitstelle ist grundsätzlich möglich.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Es steht eine Stelle der Vergütungsgruppe II a BAT zur Verfügung. Es handelt sich zunächst um eine befristete Tätigkeit von einem Jahr im Rahmen einer Erziehungsurlaubsvertretung. Abhängig von der künftigen Stellensituation ist evtl. die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis möglich.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 10. Oktober 1997 erbeten an das

**Hessische Landesamt für Bodenforschung,
Leberberg 9, 65193 Wiesbaden.**



Im Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung

ist die Stelle der/des

Leiterin/Leiters des Parlamentsreferats

befristet für die Zeit vom 1. Dezember 1997 bis 31. Oktober 1998 zu besetzen.

Die Eingruppierung erfolgt nach Vergütungsgruppe I b BAT.

Die Besetzung mit zwei Teilzeitbeschäftigten ist grundsätzlich möglich.

Das Aufgabengebiet erfordert neben dynamischer Arbeitsweise, organisatorischen Fähigkeiten, insbesondere Erfahrungen und Kenntnisse aus dem parlamentarischen Raum.

Verhandlungsgeschick, ein hohes Maß an Eigeninitiative und Flexibilität in der Aufgabenerfüllung werden ebenso vorausgesetzt wie überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfähigkeit sowie die Fähigkeit zur Moderation und Darstellung politischer Sachzusammenhänge.

Das Aufgabengebiet umfaßt

- Landtagsangelegenheiten
- Bearbeitung aller Anfragen und Anträge im Sinne der Geschäftsordnung
- Vorbereitung von Plenar- und Ausschusssitzungen
- Kontakte zu den Landtagsfraktionen
- Vor- und Nachbereitung von Kabinettsitzungen und Vorkonferenzen
- Auswertung der Landtagsdrucksachen, der Plenar- und Ausschußprotokolle
- Anfragen und Eingaben von Landtagsabgeordneten, die nicht solche im Sinne der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags sind
- Petitionen
- Bearbeitung von Grundsatzangelegenheiten aus dem parlamentarisch-politischen Bereich auf Weisung der Ministerin bzw. des Staatssekretärs

Darüber hinaus wird Teamfähigkeit, die Fähigkeit zur zeitgemäßen, zielorientierten Mitarbeiterführung und soziale Kompetenz ebenso erwartet, wie die Bereitschaft, gerne Verantwortung zu übernehmen und sich neuen Aufgaben zu stellen.

Aus dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz in Verbindung mit dem Frauenförderplan unseres Hauses ergibt sich die Verpflichtung, den Frauenanteil zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen sind daher besonders erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, neuem Lichtbild und Zeugnisabschriften sind bis zwei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige zu richten an

**Hessisches Ministerium für Frauen,
Arbeit und Sozialordnung — Personalreferat —,
Dostojewskistraße 4, 65187 Wiesbaden.**



Beim Hessischen Landesamt für Bodenforschung

ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle einer/eines

Hydrogeologin/Hydrogeologen

zu besetzen.

Der Aufgabenbereich umfaßt das gesamte Gebiet der Hydrogeologie. Bewerberinnen und Bewerber sollten daher fundierte Kenntnisse der Geologie haben und im Bereich Hydrogeologie möglichst breit angelegte, vertiefte Kenntnisse nachweisen können.

Einstellungsvoraussetzung ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium der Geologie. Erwartet werden ferner Teamfähigkeit, Flexibilität und Durchsetzungsvermögen. Eine nachgewiesene wissenschaftliche Qualifikation durch Promotion wäre von Vorteil.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Eine Erhöhung des Frauenanteils wird aufgrund der Verpflichtung eines Frauenförderplans angestrebt. Eine Teilung der Vollzeitstelle ist grundsätzlich möglich.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Es steht eine Stelle der Vergütungsgruppe II a BAT zur Verfügung. Eine spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis ist vorgesehen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 10. Oktober 1997 erbeten an das

**Hessische Landesamt für Bodenforschung,
Leberberg 9, 65193 Wiesbaden.**

Anfragen und Auskünfte über den

**ÖFFENTLICHEN
ANZEIGER**



0 61 22 / 77 09-0
Durchwahl -152

zum
STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

Der Zweckverband „Kooperationsmodell Abfallwirtschaft Thüringen“ (KAT)

sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Geschäftsleiter/in

Vergütung nach BAT-O: I a

für die Geschäftsstelle des Deponiezweckverbandes.

Das Aufgabengebiet umfaßt die wirtschaftliche, organisatorische und fachliche Leitung der Geschäftsstelle des Zweckverbandes.

Wir erwarten sowohl Bewerbungen von Diplomingenieuren mit fachspezifischen Studienschwerpunkten und praktischen Erfahrungen auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft sowie dem kommunalen Haushaltsrecht als auch Bewerbungen von Fachleuten aus dem höheren Verwaltungsdienst sowie der Privatwirtschaft mit Berufserfahrung in der Abfallwirtschaft und technischem Verständnis.

Auf kaufmännische Erfahrungen wird sehr hoher Wert gelegt.

Für Berufsanfänger ist die Stelle nicht geeignet.

Der Zweckverband hat seinen Sitz in der Universitätsstadt Jena. Das neue Verwaltungsgebäude der Geschäftsstelle befindet sich in unmittelbarer Nähe der Deponie Großlöbichau (6 km von Jena).

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Saale-Holzland-Kreis und die kreisfreie Stadt Jena.

Die jährliche Ablagerungsmenge beträgt ca. 80 000 t mit z. Z. fallender Tendenz bei rund 200 000 Einwohnern. Der Zweckverband besitzt drei Deponien, wovon eine untergrundgesicherte über das Jahr 2005 hinaus betrieben werden muß.

Stadt und Landkreis verfügen, neben der Universität Jena und einem voll ausgebauten Schulsystem, über attraktive Einrichtungen auf dem Bildungs-, Kultur- und Sportsektor. Zur Erholung und Freizeitgestaltung bestehen in landschaftlich sehr reizvoller Lage vielfältige Möglichkeiten.

Auf Wunsch schicken wir Ihnen weitere Informationen zum Abfallzweckverband KAT sowie zu den Aufgabenschwerpunkten des/der Geschäftsleiters/in zu.

Frauen sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugniskopien, Tätigkeitsnachweisen und aktuellem Lichtbild richten Sie bitte bis spätestens zwei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige in einem gekennzeichneten Umschlag mit der Aufschrift „Personalauswahl“ an

Zweckverband
„Kooperationsmodell Abfallwirtschaft Thüringen“,
Geschäftsstelle Deponie Großlöbichau,
An der B 7, 07751 Großlöbichau.

Das Hessische Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen in Wiesbaden sucht für das Amt für Straßen- und Verkehrswesen Frankfurt

für das Sachgebiet Maßnahmenförderung IV einen/eine

Diplom-Ingenieur/in (FH)

der Fachrichtung Bauingenieurwesen

Das Aufgabenfeld umfaßt insbesondere die

Prüfung und Abwicklung von Zuwendungsmaßnahmen für

— Kommunale Baulastträger nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz einschließlich Beratung der Antragsteller

— Maßnahmen nach dem Finanzausgleichsgesetz (Beseitigung von Verkehrsnotständen)

— Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz

Wir erwarten hierfür organisatorisches Geschick und Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit zur intensiven Zusammenarbeit mit Kommunen und Kreisen.

Die Bezahlung erfolgt je nach Berufsverlauf bis zur Vergütungsgruppe IV a BAT.

Für den Bereich, in dem die Stelle zu besetzen ist, besteht aufgrund eines Frauenförderplanes die Verpflichtung, den Frauenanteil zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen sind daher besonders erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Die Stelle kann auch mit zwei Teilzeitkräften besetzt werden.

Wenn Sie sich von dieser Stellenausschreibung angesprochen fühlen, richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen und evtl. Hinweisen auf besondere Kenntnisse und Fähigkeiten bitte bis zum 10. Oktober 1997 an das

Hessische Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen
Wiesbaden, Wilhelmstraße 10, 65185 Wiesbaden.



Im Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung

ist bei der Tierärztlichen Grenzkontrollstelle Hessen in Frankfurt am Main — Flughafen — die Stelle (25 Stunden/wöchentlich) einer/eines

Verwaltungsangestellten

ab sofort — befristet bis zum 31. Dezember 1998 — zu besetzen.

Die Eingruppierung erfolgt nach Vergütungsgruppe VII BAT.

Die Tätigkeit im Bereich der Grenzkontrollstelle umfaßt sämtliche Aufgabenbereiche im Zuge der Abfertigung von Sendungen (Lebensmittel, Tiere etc.) aus Drittländern über den Flughafen Frankfurt am Main. Die Bereitschaft zur Wahrnehmung von Dienstaufgaben an Feiertagen, Sonnabenden und Sonntagen (Schichtdienst) wird vorausgesetzt. Die Fahrerlaubnis der Klasse III ist wegen der örtlichen Gegebenheiten notwendig sowie die Bereitschaft erforderlich, den eventuell vorhandenen Privat-Pkw dienstlich einzusetzen.

Fremdsprachenkenntnisse, insbesondere Englisch und Französisch, sind erwünscht.

Verwaltungserfahrung wäre vorteilhaft.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, neuem Lichtbild und Zeugnisabschriften sind bis zwei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige zu richten an

Hessisches Ministerium für Frauen,
Arbeit und Sozialordnung — Personalreferat —,
Dostojewskistraße 4, 65187 Wiesbaden.

Stellenangebote — richtig formuliert!

Wenn eine Stelle neu zu besetzen ist, bitte bei der Textgebung folgendes beachten:

Das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz (§ 611b BGB) vom 21. August 1980 besagt, daß ein Arbeitsplatz nicht nur für Männer oder nur für Frauen ausgeschrieben werden soll, es sei denn, für die Ausübung der Tätigkeit ist ein bestimmtes Geschlecht unverzichtbare Voraussetzung.

Staatsanzeiger für das Land Hessen
Öffentlicher Anzeiger Anzeigenabteilung

In der Gemeinde Steffenberg, Landkreis Marburg-Biedenkopf,

ist die Stelle der/des

hauptamtlichen Bürgermeisterin/ hauptamtlichen Bürgermeisters

neu zu besetzen. Die Gemeinde Steffenberg hat zur Zeit rd. 4 500 Einwohner.

Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister wird am 7. Dezember 1997 von den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Steffenberg für die Dauer von sechs Jahren direkt gewählt und in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Gegebenenfalls findet am 21. Dezember 1997 eine Stichwahl unter den beiden Bewerberinnen/Bewerbern statt, die bei der Wahl die höchste Stimmenzahl erhalten haben. Der frühestmögliche Beginn der Amtszeit ist der 1. Juni 1998.

Die Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe A 15 der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung. Außerdem wird eine Aufwandsentschädigung nach den Sätzen des Hessischen Wahlbeamten-Aufwandsentschädigungsgesetzes gewährt.

Zur Bürgermeisterin/zum Bürgermeister wählbar ist jede/r Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes und Staatsangehörige eines der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland (Unionsbürger/in), die/der am 7. Dezember 1972 oder früher geboren wurde, am Tage des Beginns der Amtszeit das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Die Bewerbung für die zu besetzende Stelle muß in Form eines Wahlvorschlages erfolgen. Für Aufstellung und Einreichung der Wahlvorschläge gelten die Bestimmungen der §§ 10 bis 13, 41 und 45 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) in der Fassung vom 19. Oktober 1992, zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. September 1995 (GVBl. I S. 462, berichtigt durch GVBl. I 1996 S. 46). Näheres ist dem II. Abschnitt der ausführlichen Bekanntmachung zu entnehmen. Eine besondere Bewerbung an den Gemeindevwahlausschuß ist wahlrechtlich weder erforderlich noch ausreichend.

Die Wahlvorschläge sind während der Dienststunden der Gemeindeverwaltung, bis spätestens Montag, den 3. November 1997, bis 18.00 Uhr, schriftlich beim Gemeindevwahlleiter der Gemeinde Steffenberg, Rathaus, Bauhofstraße 1, Zimmer Nr. 16, 35239 Steffenberg, OT Niederreisenhausen, einzureichen. Dort sind auch die zur Einreichung der Wahlvorschläge erforderlichen Vordrucke erhältlich.

Von der künftigen Bürgermeisterin/dem künftigen Bürgermeister wird erwartet, daß sie/er ihren/seinen Hauptwohnsitz in der Gemeinde Steffenberg nimmt.

In der Gemeindevertretung besteht zur Zeit folgende Sitzverteilung: BLS 11 Sitze, CDU 5 Sitze, SPD 5 Sitze und GRÜNE 2 Sitze.

Die vollständige, mit der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen verbundene Stellenausschreibung ist am 11. September 1997 im amtlichen Mitteilungsblatt der Gemeinde Steffenberg „Wochenzeitung der Gemeinden Angelburg und Steffenberg“ öffentlich bekanntgemacht worden. Sie kann zusätzlich unter der o. g. Anschrift angefordert werden.

Steffenberg, 12. September 1997

**Der Gemeindevwahlausschuß
der Gemeinde Steffenberg**
gez. Gerhard A c k e r, Gemeindevwahlleiter

Postvertriebsstück
Verlag Kultur und Wissen GmbH
Postfach 22 29, 65012 Wiesbaden

Entgelt bezahlt

D 6432 A

Bei dem Landrat des Kreises Bergstraße — Staatliches Amt für Lebensmittelüberwachung, Tier- schutz und Veterinärwesen —

ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Funktion der/des

Leiterin bzw. Leiters

der Hauptabteilung „Staatliches Amt für Lebensmittelüberwachung, Tierschutz und Veterinärwesen“ kommissarisch zu besetzen.

Die ausgewählte Bewerberin bzw. der ausgewählte Bewerber wird im Wege der Abordnung im Staatlichen Amt für Lebensmittelüberwachung, Tierschutz und Veterinärwesen eingesetzt. Ein personeller Ausgleich in der Stammdienststelle ist nicht vorgesehen.

Das Aufgabengebiet umfaßt die fachliche und administrative Leitung des Staatlichen Amtes für Lebensmittelüberwachung, Tierschutz und Veterinärwesen mit seinen Abteilungen: Allgemeine Verwaltung, Lebensmittel- und Fleischhygiene, Tiersuchenbekämpfung und Tierschutz.

Gesucht wird deshalb eine Persönlichkeit, die als kommissarische Amtsleiterin bzw. kommissarischer Amtsleiter neben Eigeninitiative und Entscheidungsfreudigkeit vor allem über langjährige Erfahrungen im Verwaltungsvollzug mit umfassenden Kenntnissen der Verwaltungspraxis verfügt.

Es besteht die Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen. Frauen sind deshalb besonders aufgefordert, sich zu bewerben. Schwerbehinderte Bewerberinnen bzw. Bewerber werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Teilzeitbeschäftigung ist unter Berücksichtigung dienstlicher Belange grundsätzlich möglich.

Bewerberinnen bzw. Bewerber, die im Dienste des Landes Hessen stehen, innerhalb des Regierungsbezirks Darmstadt eingesetzt sind, ein abgeschlossenes Hochschulstudium der Veterinärmedizin, Approbation, Promotion, Befähigungsnachweis für den tierärztlichen Staatsdienst und mehrjährige Berufserfahrung in einer Vollzugsbehörde der Veterinärverwaltung nachweisen können, sollten ihre Bewerbung bis spätestens drei Wochen nach Veröffentlichung dieser Stellenausschreibung senden an das

**Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat I 2 a — 13,
Luisenplatz 2, 64278 Darmstadt.**

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Marktplatz 13, 65183 Wiesbaden, Telefon: 06 11 / 3 60 98-0, Telefax: 06 11 / 30 13 03. Verlagsleitung: Werner Augsburger. Anzeigenannahme und Vertrieb siehe Verlagsanschrift. Vertrieb: Gabriele Belz, Telefon: 06 11 / 3 60 98-57. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (inklusive Versandkosten und USt.). Bankverbindung: Hessische Landesbank Frankfurt, BLZ 500 500 00, Konto-Nr. 15 542 004. Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 30. 6. und 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM (inkl. Versandkosten und USt.). Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postbankkonto des Verlages Frankfurt am Main, BLZ 500 100 60, Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz.

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Regierungsoberamtsleiterin Bettina Macik; Redaktion: Telefon 06 11 / 3 53-6 74; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Poetter, Telefon 0 61 22 / 77 09-152, auch zuständig für Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen). Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden-Nordenstadt. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985. Der Umfang der Ausgabe Nr. 39 vom 29. September 1997 beträgt 56 Seiten.